Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1950

2 (11.1.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

AUSGABEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ECONOMIE CONTINENTALE / CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 2 — 5. Jahrgang | Karlsruhe, 11. Januar 1950 | Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

Dieses Bild zeigt die durch Steckstifte zerlegbare und nur mit einer Plombe zu verschließende „Collico".

Die Erfahrungen mit Holzkisten als Verpackung zeigten, daß durch die Nägel sehr bald erhebliche Verletzungen des Holzes verursacht wurden, so daß die Lebensdauer der Holzkisten begrenzt war. Außerdem ging meist die Verpackung zu Lasten des Empfängers, ebenso die Rücksendung der Holzkiste. Um diese Kostenbelastung wesentlich zu ermäßigen, kam man auf die grundlegende deutsche Neuentwicklung Collico, die in Deutschland, England und USA zum Patent angemeldet ist. Die ersten Nachrichten über das Collico-Dauerbehälter-Mietsystem brachten spontan Lizenz- und Kaufaufträge aus England, Holland, Belgien, Frankreich, Schweiz, Brasilien, Peru und Indien.

Die zerlegbare Collico erlaubt es, direkt in sie zu fabrizieren, sie ist aus unverlierbaren Metallwänden gefertigt, die nur hochgeschlagen werden und durch Plombe bei 10% der sonst üblichen Zeit den Versand erlauben. Die Collico wird ausschließlich vermietet, sie bleibt Eigentum der Collico-Zentrale. Eine Monatsmiete der Collico ist für Dauermieter billiger, als einmal eine Bahnrückfahrt für eine Normalkiste. Die leere Collico wird — diese Bestimmung steht bevor — von der Bundesbahn frachtfrei zurückgesandt.

Die in verschiedenen Größen hergestellten Collico tragen durchweg 600 kg. Die Type C 36 hat 55 Ltr. Inhalt (29x38x52 cm) und wiegt 10 kg; die Type C 48 hat 130 Ltr. Inhalt (50x53x57 cm) und wiegt ca. 16 kg. Die Firmen, die Dauermietverträge schließen (auf 100 Collicos) erlegen pro Monat 1.58 DM für die C 36 und 2.— DM für die C 48 an Miete.

Die Collico-Organisation befindet sich im Aufbau; in Süddeutschland arbeitet bereits die Collico-Zentrale in Konstanz.

Preissenkungen beginnen

Preisstürze am freien Markt - Zwei Autofabriken ermäßigen - Produktion größer als Umsatz
Amtlich geregelte Preise steigen: Benzin und Kohle - Steuerdruck bleibt; nur kleine Milderungen

Man kann bestimmt nicht behaupten, daß das neue Jahr sehr günstig begonnen hat. Auf politischem Gebiet gab es den Schock der sehr schnellen Anerkennung der Regierung Mao Tse Tungs durch England, auf wirtschaftlichem Gebiet, die Reduzierung der Marshall-Hilfe um 1 Milliarde Dollar für das laufende Jahr. Für die innerdeutsche Wirtschaft begann es mit der Erhöhung der Treibstoffpreise, wozu in der vorigen Woche die Erhöhung des innerdeutschen Kohlenpreises und die erhebliche Minderung der Exporterlöse bei der Kohle kamen — und die unbefriedigende Entwicklung auf dem Gebiete der Steuern.

Benzinpreise in Verhandlung

Der Konflikt um den Benzinpreis ist noch nicht zu Ende. Vorläufig wird noch verhandelt. Das Bundeswirtschafts- und das Bundesverkehrsministerium prüfen die von den Verkehrsbetrieben abgegebenen Unterlagen, und es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß doch noch eine Senkung der angeordneten Treibstoffpreise durchgeführt wird. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Mehrerlöse nach Eingang vom Verbraucher direkt beim Verteiler durch den Fiskus abgeschöpft werden. Weder Importeure noch Rohölproduzenten noch Verarbeiter noch Verteiler haben den geringsten Vorteil von dieser Preiserhöhung. Die zusätzlichen Einnahmen sind also eine reine Steuer, die nicht einmal zweckgebunden ist, etwa für den Bau von Straßen. Dieser Hinweis genügt heute, da bereits in der vorigen Woche an dieser Stelle darauf näher eingegangen wurde.

Aber eins wollen wir doch noch ergänzen: wer glaubt, mit der Treibstoffpreiserhöhung der Bundesbahn aufzuhelfen, der irrt sich. Zunächst einmal schafft man keinen Frieden zwischen den konkurrierenden Verkehrsträgern dadurch, daß man durch einen zackigen Schlag, geführt durch den langen und immer länger werdenden Arm des Staates, einen Verkehrsträger einseitig belastet und dazu noch höher als die eventuellen staatlichen Ausgaben für seinen Verkehrsweg ausmacht. Die Bundesbahn muß noch mehr rationalisieren und muß Unternehmerinitiative entwickeln (einige kleine Anfänge sind bereits festzustellen). Wir wollen vorläufig noch glauben, daß die Benzinpreiserhöhung, soweit sie über die valutarisch notwendige Erhöhung hinausgeht, unter rein fiskalischen Gesichtspunkten vorgenommen wurde, aber der Verdacht liegt nahe, daß die Bundesbahn mit Zuflüsterungen in dieser Richtung nicht gespart hat. Es ist so auffallend ruhig um Tariferhöhungen bei der Bahn geworden, das Defizit für 1949 ist bekannt. Was wird man tun?

Kohlen-Kompromiß

Der zweite Schlag war der „Kompromiß" in der Kohlenpreisfrage. Unsere Leser erinnern sich noch, daß bei der Verkündung der Abwertung der D-Mark Ende September gleichzeitig Forderungen der Hochkommissare auf Änderung der Kohlenpreise erhoben wurden. Das hätte damals eine Erhöhung des Inlandkohlenpreises um 25% bedeutet. Die Bundesregierung trat diesem Wunsch energisch entgegen und es blieb zunächst alles beim Alten, bis jetzt eine Preiserhöhung um 30 Pfg. pro Tonne ausgehandelt wurde. Das bedeutet praktisch nur eine Erhöhung um 1% (bisher betrug im Durchschnitt der Preis je Tonne 32,50 und wird nun auf 32,80 DM steigen). Sehr viel einschneidender ist die Herabsetzung des Exporterlöses für Kohle um 2,16 DM je Tonne. Die Kohlenbergbauleitung hat bereits ihren Protest angemeldet und erklärt, daß die neue Regelung des Preises nicht auf einen Vorschlag des Bergbaus zurückgehe. Der Bergbau steht damit vor einer neuen Situation. Der Zeitpunkt war denkbar ungünstig gewählt; denn die Zechen stehen in Verhandlungen mit den Bergarbeitergewerkschaften in Richtung auf Lohnerhöhungen, die im Grundsatz für notwendig gehalten werden. Der Mindererlös, der durch die neue Regelung eintritt, wird wahrscheinlich Lohnerhöhungen unmöglich machen. Käme es dahin, dann hätte also der Kumpel den Mindererlös bei der Exportkohle zu bezahlen. Das wäre die erste unangenehme und nicht zu vertretende Folge. Die zweite ist die Konsequenz, die wir aus dieser Regelung ziehen müssen: Deutschland wird gezwungen, zu dumpen — und dies im Zeitalter der Liberalisierung des Außenhandels! Denn nun wird die deutsche Kohle billiger als die englische Kohle (es spricht einiges dafür, daß man nun auch England dahin bringen will, seinen Exportkohlenpreis zu ermäßigen).

Man muß zugeben, daß die Bundesregierung sich in einer schwierigen Lage befand und wir wollen die bona fides annehmen, daß sie das Bestmögliche erreicht hat, aber es darf wohl herausgestellt werden, daß hier Deutschland ein Opfer, ein großes Opfer bringt für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas. Frankreich ist auf den Kohlenimport aus Deutschland angewiesen und die Rentabilität seiner Eisenindustrie wäre gefährdet gewesen, wenn die deutschen Exportpreise für Kohle auf der Höhe geblieben wären, die sich aus der, ja auch nicht von uns vorgenommenen, Abwertung der D-Mark ergab. Wir haben damit das zweite Opfer gebracht; das erste war das geringe Ausmaß der Abwertung, die uns dekretiert wurde. Wir bringen im Außenhandel auch weiter noch andere Opfer, aber darüber Näheres in dieser Ausgabe auf Seite 4 und in unserer nächsten Nummer.

Wo bleiben die Steuersenkungen?

Die dritte Enttäuschung ist, daß auf dem Gebiete der Steuersenkungen noch nichts zu hören ist. Von der groß angekündigten Ermäßigung der Einkommensteuern ist nichts übrig geblieben. Die ursprünglichen Pläne werden immer weiter verwässert. Die Länder brauchen Geld und noch einmal Geld.

Auch von der Verbrauchssteuerreform ist wenig übriggeblieben. In der vorigen Ausgabe wurde das Problem der Zigarette angeschnitten und verlangt, die 6-Pfg.-Zigarette wieder möglich zu machen. Dazu ist nun von amtlicher Seite erklärt worden, das würde einen jährlichen Steuerausfall von 600 Mill. DM bedeuten. Ist das nicht eine Milchmädchenrechnung? Es wird doch niemand bestreiten können, daß der Zigaretten-Konsum ganz erheblich steigen wird, wenn die Preise gesenkt werden. Man komme nicht mit dem Gesundheitsargument; ginge man nämlich davon aus, dann müßte die Zigarette 1 DM kosten und noch mehr. Bleiben wir bei der nüchternen Rechnung in Zahlen, so nüchtern, wie der Staat auch rechnet. Es wird nicht nur von uns der Standpunkt vertreten, daß bei einer Preissenkung für Zigaretten das Steueraufkommen nicht geringer sein wird als bisher. Man verlangt vom Unternehmer so viel Initiative und den Mut zum Wagnis, warum wagen die Länder hier nichts? Dabei ist das Wagnis gar nicht so groß. Man sehe sich doch einmal die Zigarettenverbrauchszahlen früherer Jahre an und man lese im Lotz und Eheberg nach, was ein optimaler Steuerertrag ist. Die wirklich guten wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf steuerlichem Gebiet bringen nämlich sowohl dem Konsumenten wie dem Staat die besten Ergebnisse.

Bei Zigarren muß man . . .

Aber was nützt das alles bei autoritär demokratischen Regierungen? Erst muß das Kind in den Brunnen gefallen sein . . . Erst mußten die Zigarrenfabriken größere Entlassungen vornehmen, ehe man nun wenigsten daran denkt, bei Zigarren die Steuern zu senken (sagen wir es einmal deutlich: will die Bundesregierung mit einer Senkung der Einkommensteuer auch erst warten, bis die angelaufene Konjunktur glücklich abgewürgt ist und in eine Depression übergeht? Läßt sich die Bundesregierung immer noch blenden durch die steigenden Produktionsziffern? Weiß sie nicht, daß schon seit Wochen mehr produziert als verkauft wird? Es knistert im Gebälk, aber nur wegen der unerträglich hohen Steuerlast).

Also, die Banderolensteuern für die Zigarren werden gesenkt werden, aber natürlich nicht etwa um den Betrag, den die Zigarrenindustrie mit Recht verlangt, sondern um weniger. Man versucht es zunächst mit wenig und wartet auf weitere Arbeiterentlassungen — im Sinne einer neuen Sozialordnung.

Dagegen scheint es, daß die Biersteuer stärker gesenkt wird, vielleicht sogar um die Hälfte. Eine Verbeugung vor den Bayern, aber doch nicht tief genug; die Wünsche aus Bayern gingen weiter. Auch hier versucht man es zunächst mal mit wenig.

Wann wird endlich gespart?

Die anderen Reformpläne sind zunächst einmal zurückgestellt, so bei Sekt, bei den Zündhölzern und auch beim Branntwein. Der Alkoholpreis ist heute viermal so hoch, wie in der Zeit vor 1933. Alles dies muß das deutsche Volk wissen, nicht um zu erfahren, daß Vater Staat ihm den Rausch verteuert, sondern welche Unsummen Moloch Staat braucht. Gewiß sind die Besatzungskosten hoch, aber es schweben immerhin Verhandlungen, diese Kosten um eine Milliarde für dieses Jahr zu senken. Worauf das deutsche Volk aber wartet, ist die Senkung der Verwaltungskosten, ist der Abbau des Beamtenapparates, ist das Einsparen in den Etats, ist die Einschränkung des Aufwandes in Bonn. Jetzt wird dort schon wieder umgezogen, die Entfernungen zwischen den Ministerien (wir meinen nicht nur die inneren!) werden wieder größer. Wer aus der Wirtschaft in Bonn zu tun hat, weiß ein Lied davon zu singen. Es ist Zeit, daß auch auf finanziellem Gebiet Bund und Länder mit public relations beginnen. Das hat eine demokratische Regierung nötig, die autoritären Systeme haben es immer nötig und je autoritärer man regiert, um so mehr.

Deutsche Werte gefragt

Wenden wir uns nun den erfreulicheren Begebenheiten zu. An die Spitze wollen wir heute die Aufwärtsentwicklung der Kurse für deutsche Wertpapiere an den Auslandsbörsen stellen. In der Schweiz sind bereits im vergangenen Jahr mehrfach kurze Haussen in deutschen Papieren erfolgt. Um die Jahreswende herum kam es zu neuen Höchstnotierungen, zumal da das Angebot gering blieb. Die repräsentativen Anleihen, die sich Anfang April 1949 noch um einen Kurs von 20 herum bewegten, standen beim Jahreswechsel bereits bei 38 (Schluchseewerk war sogar schon etwas höher gestiegen). In der ersten Januarwoche kam es in Zürich zu lebhafteren Umsätzen bei der 5½%igen Young-Anleihe, die am 4. Januar sogar auf 21½ stieg (gegen 4¾ zu Beginn 1949), die 7%ige Dawes-Anleihe stieg auf 26½, 7% Deutsche Kali auf 69 und 6¾% Deutsche Kali auf 65; die deutschen Industrieobligationen konnten ihren Kurs verbessern: Felten auf 36, Lahmeyer auf 37 und Untere Iller auf 49 (man sehe sich demgegenüber die Kurse deutscher Industrieobligationen an den deutschen Börsen an!).

An der Londoner Effektenbörse ergab sich eine für die Engländer wenig erfreuliche Entwicklung: die deutschen Anleihen stiegen und die goldgeränderten eigenen Staatsanleihen gingen stark zurück. In London stieg die 7%ige Dawes-Anleihe allein in der vorigen Woche von 33,3 auf 36,5 und die 5½%ige Young-Anleihe von 19½ auf 21½. Dabei waren die beiden erwähnten Notierungen Geldkurse, da kaum Angebot auftrat. In der internationalen Finanzpresse wird diese Entwicklung auf den Appell Adenauers zurückgeführt, wieder Investitionen ausländischen Kapitals in der westdeutschen Wirtschaft zu gestatten. Überhaupt ist dieses Thema in der letzten Woche wieder sehr häufig in der englischen und amerikanischen Presse ventiliert worden. Auch die französische Presse hat sich, allerdings mit starker Zurückhaltung, daran beteiligt.

D-Mark weiter fest

Es wundert darum nicht, daß der D-Mark-Kurs weiter sehr feste Tendenz zeigt. Am Donnerstag voriger Woche ging er auf einen neuen Rekordstand von 75/77.— sfr für 100 DM hinauf und blieb auf diesem Stand bis zum Ende der Woche (gleichzeitig erreichte das englische Pfund einen neuen Rekordtiefstand mit 9,90 sfr für ein Pfund!). Im Zuge dieser Entwicklung ging auch an den freien deutschen Devisenmärkten der Kurs sowohl für den Dollar und noch mehr für das Pfund zurück. Den tiefsten Stand erreichte der Dollar in Hannover mit 5,60 DM und das Pfund mit 11 DM. An anderen deutschen Plätzen geht der Dollar mit 5,70 bis 5,80 und das Pfund mit 12 DM um. Der schweizer Franken liegt ungefähr bei 1,30 DM.

Preiseinbrüche

Eine vorläufig noch erfreuliche, aber an manchen Punkten doch schon nicht mehr ganz unbedenkliche Entwicklung zeigt sich in den Preisen: die Preise gehen stark nach unten. Beginnen wir am freien Markt. Durch den Freiverkauf ausländischer Butter für 6.— DM das Kilo wurde dem freien Markt in der ersten Jahreswoche ein weiteres Gebiet entzogen. Hier und da tauchten schon Gerüchte auf, daß die Butter überhaupt frei verkauft würde. Das ist theoretisch noch ein bißchen verfrüht, in der Praxis jedoch schon lange der Fall. (Ist es nicht ein Witz, daß man jetzt, da jeder Eier kaufen kann, soviel er will und zu Preisen unter 20 Pfg., in den Ernährungsministerien Erwägungen darüber angestellt werden, die Eierbewirtschaftung aufzuheben; druckt man etwa weiter Eierkarten wie Raucherkarten, die den Spott der ganzen deutschen Presse auf sich gezogen haben?) Auf einer Tagung der Eiergroßhändler vor einigen Tagen wurde erklärt — und das verdient festgehalten zu werden —, daß an einer Vereinbarung über den Erzeugerpreis, der nicht unter 15 Pfennige sinken dürfe, festgehalten werden müsse. Die Handelsspanne liege bei etwa 5 Pfg. pro Ei, so daß bei einem großen Angebot theoretisch (!) mit einem Verbraucherpreis von 20 Pfg. gerechnet werden könnte. Nun kommt aber der Trost für die Landwirtschaft und die kalte Dusche für die Hausfrau. Es heißt nämlich in der Erklärung weiter: Es wird jedoch vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt, da nicht damit zu rechnen sei, daß die Bank deutscher Länder ständig große Devisenbeträge für die Einfuhr von Eiern zur Verfügung stellen kann.

In den übrigen Waren des freien Marktes: Kaffee, Kakao und Ami-Zigaretten sind entweder die Umsätze sehr zusammengeschrumpft, oder die Preise gaben bis zu ausgesprochenen Preisstürzen nach.

Autopreise herabgesetzt

Sehr erfreulich sind die Preisherabsetzungen zweier großer Automobilfabriken in Deutschland: Daimler-Benz und Ford. Erfreulich insbesondere deshalb, weil beide Werke noch über einen sehr hohen Auftragsbestand in Personenwagen verfügen, also aus markttechnischen Gründen nicht gezwungen waren, die Preise zu senken. Übrigens ist diese neue Preissenkung bei beiden Firmen die zweite seit der Währungsreform. Die Preissenkung bei dem billigsten Mercedes-Wagen (170 V) beträgt 5,5 Prozent (von 7 800.— auf 7 380.—) und beim billigsten Ford (dem Taunus-Standard) genau 8 Prozent (von 6 500.— auf 5 980.— DM).

Produktionsanpassung

In anderen Industriezweigen ist die Tendenz zu Preissenkungen ebenfalls führend. Man wird nicht um sie herumkommen, da auch in den Waren, die bisher noch Engpässe waren, die Produktion größer ist, als die Nachfrage. Wir spielen dabei insbesondere auf die Bekleidungsindustrie an. Es scheint, daß man auch hier sich der geschmälerten Kaufkraft durch geringere Fertigung anpassen will. Noch allerdings ist ein Hochstand der Fertigung in der Textilindustrie festzustellen. Aber wie lange noch? In der Schuhindustrie ist zweifellos für das Jahr 1950 mit einem Produktionsrückgang zu rechnen, worüber ein ausführlicher Aufsatz im Innern des Blattes berichtet. Die Läger des Einzelhandels in Schuhen sind sehr groß, andere Zweige der Konsumgüterindustrie haben allerdings nicht mehr so große Läger. Das Weihnachtsgeschäft hat die Läger teilweise geräumt; denn, wie sich aus den umfassenden, jetzt einlaufenden Berichten ergibt, übertrafen die Einzelhandelsumsätze im Weihnachtsgeschäft vielfach die Dezember-Umsätze des Jahres 1948.

Steigende Arbeitslosigkeit

In gewisser Beziehung darf jetzt schon das weitere Steigen der Arbeitslosenzahl mit der eben skizzierten Produktionsentwicklung in Zusammenhang gebracht werden. Es ist zwar immer noch so, daß heute mehr Beschäftigte in Arbeit sind als vor einem Jahr, aber die Arbeitslosenzahl steigt, die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für die neuen und alten Flüchtlinge wird immer geringer. Bundeskanzler Adenauer hat vor einigen Tagen erklärt, daß von den 1½ Millionen Arbeitslosen rund 300 000 Flüchtlinge sind — und die Zahl der Flüchtlinge erhöht sich von Tag zu Tag.

Gewiß ist der Zustrom an Flüchtlingen eine Besonderheit, aber es wäre möglich sie unterzubringen, wenn der Wirtschaft nicht immer wieder die Kosten durch amtliche Preiserhöhungen gesteigert und die notwendigen Investierungen durch Beibehaltung der hohen Steuerlast unmöglich gemacht würden. Von dieser Seite her das Flüchtlingsproblem anzufassen, wäre ratsamer und richtiger, als mit Tränen in den Augen das traurige Los dieser Menschen durch Reden zum Fenster hinaus zu bejammern.

H.

Gedanken zur Dekartellisierung

Monopolgebilde erwecken Lust zur Verstaatlichung / Kontrollsystem oder Verbotssystem? / Die Schwierigkeiten der juristischen Formulierung / Trotzdem Gesetz besser als das „Ermessen" einer Verwaltungsbehörde

Zur Frage der Dekartellisierung haben wir uns in Nr. 49 vom 9. 12. 48 geäußert. Der folgende Aufsatz nimmt nicht zu Einzelheiten des Problems, sondern zu einigen Hauptgrundsätzen Stellung. Sowie Klarheit besteht, welcher Entwurf dem Bundestag vorgelegt werden soll, werden wir auf die Einzelheiten eingehen.

Die Konzentrationstendenz der modernen Wirtschaft ist ein Problem, an dem sich zahlreiche Leuchten der Ökonomie und Soziologie seit Jahrzehnten mit nicht eben überwältigenden Erfolgen immer wieder versucht haben; genauer, seit Karl Marx diesen Prozeß in sein System aufgenommen und den Fortschritt zum Trust und Monopol als eine unvermeidliche Vorstufe der Sozialisierung prophezeit hat. In Amerika begann man schon sehr früh, sich damit zu beschäftigen und erließ schließlich, vor nunmehr 60 Jahren, das erste Antitrust- oder Antikartellgesetz (Sherman Act), wodurch alle Verabredungen, welche die Konkurrenz einschränkten, verboten wurden. Die Wirkung war, einschließlich mehrerer nachfolgender Erweiterungen und Verbesserungen, so bescheiden, daß 1935 ein Promille aller amerikanischen Gesellschaften nicht weniger als 52 Prozent aller Aktiven und weniger als 5 Prozent der Gesellschaften ganze 87 Prozent der Vermögenswerte besaßen. Ein ähnlicher Prozeß fand in anderen Industriestaaten statt, ohne daß dort Statistiken von vergleichbarer Genauigkeit bestünden, namentlich auch in Deutschland, wo die Konzentration der Wirtschaft in den 20er und 30er Jahren, zuletzt mit sichtlicher Förderung durch die Hitler-Regierung, weit fortgeschritten war. Ohne auf die Theorie der Sache hier näher einzugehen, kann man sagen, daß die Tendenz zur Konzentration der modernen Wirtschaft offenbar von Natur aus anhängt. Infolgedessen ist es zwecklos, sie zu verurteilen.

*

Eine ganz andere Frage ist, ob es auch zwecklos ist, sie zu bekämpfen. In der Tat beruht die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft auf dem Prinzip der Konkurrenz. Indem der Konzentrationsprozeß, aus welchen Wurzeln immer er kommen mag, dieses Prinzip lahmzulegen droht, gefährdet er die Marktwirtschaft überhaupt. Er gefährdet sie, weil er die Preisbildung einer immer kleineren Zahl von Personen überantwortet, er gefährdet sie noch mehr, weil große, monopolartige Gebilde zur Verstaatlichung geradezu reizen müssen, und er gefährdet sie zuletzt auch noch dadurch, daß der Konzentration der Unternehmungen jederzeit eine adäquate Konzentration der Massen entspricht, die als solche wieder ein soziologisches Problem erster Ordnung darstellt, nota bene eines, das der Marktwirtschaft keine guten Vorzeichen stellt. Infolgedessen ist es richtig, wenn derjenige Staat, der eine freie, eine Marktwirtschaft aufrecht halten will, den Konzentrationsprozeß unter Kontrolle zu bringen trachtet. Nur der planwirtschaftliche Staat kann darauf verzichten. Er braucht die Konzentration der Unternehmungen nicht zu verhindern, weil er den Trusts, Monopolen und Kartellen vorschreibt, wie sie sich zu verhalten haben. Man sollte sich daher nicht wundern, daß der liberale Bundeswirtschaftsminister Erhard ein Kartellgesetz vorbereitet. Das ist unvermeidlich, und eine Kartellgesetzgebung gibt es denn auch in Deutschland schon seit dem Beginn des Jahrhunderts.

*

Die Schwierigkeit ist: wie macht man ein solches Gesetz? Das deutsche System war es bisher immer, die Kartelle usw. zu kontrollieren. Das amerikanische System ist es, sie zu verbieten. Ganz abgesehen davon, daß namhafte Autoritäten behaupten, dies sei nur die amerikanische Theorie, während in der Praxis der Staat auch in Amerika nur eine Kontrolle ausübe, muß bei der Übertragung amerikanischer Auffassungen auf Deutschland immer eines in Betracht gezogen werden: Deutschland hat ein anderes Rechtssystem. In Amerika kann der Richter nach der Rule of reason, das heißt nach der Regel der Vernunft entscheiden. In Deutschland entscheidet er nach dem Wortlaut des Gesetzes. Infolgedessen kann sich der Gesetzgeber in Amerika mit einer allgemeinen Anweisung zufrieden geben, während er in Deutschland genau definierte Tatbestände vorweisen muß. Die Tatbestände präzis zu definieren, ist aber in diesem Fall außerordentlich schwierig. Unvermeidlich muß eine solche Definition dehnbar werden. Die beste in Entwürfen auch vorliegende Fassung ist die des „marktbeherrschenden Unternehmens", das den „Wettbewerb auf einem Marktgebiet ausschließt oder wesentlich beeinträchtigt oder auszuschließen oder wesentlich zu beeinträchtigen in der Lage ist". Das ist sehr gut gesagt und genügt, wenn es sich um ein absolutes Monopol handelt. Was aber ist „wesentlich"? Wann sollte ein Richter, würde man das Verbotssystem in Deutschland einführen, den Missetäter bestrafen, der „wesentlich" beeinträchtigt hat oder „wesentlich" zu beeinträchtigen in der Lage ist? Dagegen werden amerikanische Gerichte, nach der ganzen Rechtstradition ihres Landes, immer in der Lage sein, ein Urteil auf den Tatbestand einer „wesentlichen" Beeinträchtigung, wobei in diesem Fall mit „unreasonable" zu übersetzen ist, aufzubauen. Dieser fundamentale Unterschied sollte genügen, das Verbotssystem, das für Amerika durchaus brauchbar ist, in Deutschland durch das traditionelle Kontrollsystem zu ersetzen. Das scheint auch die Absicht zu sein. Dabei sollte man sich hüten, die Beweislast den „Verdächtigen" aufzubürden. Nach der deutschen Rechtstradition liegt die Beweislast beim Staat oder bei dem, der sich geschädigt fühlt.

*

Vorsorge soll getroffen werden für eine große Behutsamkeit des ganzen Verfahrens. Auch wer über den Konzentrationsprozeß nicht erfreut ist, wird zugeben müssen, daß er zur Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und somit zur Erhöhung des Lebensstandards sowohl in Deutschland wie international in den letzten Jahrzehnten zweifellos sehr viel beigetragen hat. Viele Konzentrationen sind organisch gewachsen, haben bisher ihre wirtschaftliche Macht den Verbrauchern gegenüber nicht mißbraucht und sind durch eine angemessene Kontrolle auch in Zukunft leicht daran zu hindern, sie zu mißbrauchen. Es besteht kein Anlaß, sie jetzt einer Art juristischer Demontage zu unterwerfen, ja es läge sogar eine große Gefahr für die Gesamtproduktion darin. Diese Behutsamkeit muß aber durch das Gesetz selbst gesichert werden, nicht durch die Person des Wirtschaftsministers, kurz nicht durch das Ermessen einer Verwaltungsbehörde. Ermessen ändert sich mit den Personen, Gesetze haben, so Gott will, eine größere Stabilität.

*

Es war nicht beabsichtigt, hier die Kartellgesetzgebung durchgängig zu behandeln, sondern nur einige Gesichtspunkte zu erörtern. Was soll erreicht werden?

Erstens soll der Konzentrationsprozeß gebremst werden — sofern er nicht im (Forts. Seite 2)

In dieser Nummer:

Musterschutz im Ausland
Erz- oder Metalleinfuhr
Schuhproduktion höher als Absatz
Neue Kraftfahrzeugmodelle
Frankreichs modernisierte Eisenindustrie
Englands mißlungenes Erdnuß-Projekt
Österreichs Eisenindustrie als Devisenbringer
Gefahr für das Ost[illegible]

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unsere Lageberichte

Rohstahlerzeugung erreicht 80 % der zugestandenen Höhe — Walzwerksproduktion steigt — Bimssteinindustrie auf 80 % der Vorkriegshöhe — Landwirtschaft beanstandet Kalk-Preise — Erdöl-Förderung um 32 % gestiegen — Braunkohlenförderung auf gleicher Höhe — Neueinstellungen in der Elektroindustrie — Umsatz in Beleuchtungskörpern gestiegen — Vor einem Preiskampf in Haushaltwaren — Kettenabsatz stockt — Kunstfaserproduktion verdoppelt, aber der Export wird vom Ausland behindert — Berliner Kronenstraße wanderte nach Düsseldorf

Rohstahlerzeugung erreicht 9 Mill. t-Grenze

Die dem Bundesgebiet zugestandene Erzeugungshöhe an Rohstahl von 11,1 Mill. t wurde im Jahre 1949 noch nicht voll erreicht. Insgesamt stellt sich die Produktion an Rohstahlblöcken in 1949 auf 9 026 000 t. Das Produktionsziel der Eisen- und Stahlindustrie der Bizone war Anfang 1949 auf 9 Mill. t pro Jahr für Ende des Jahres festgesetzt worden. Das bedeutet, daß bis zum Monat Dezember in der Bizone eine Erzeugung von 750 000 erreicht werden sollte. Das entsprechende Monatsergebnis war bereits im März erreicht. Die Produktion zog anschließend bis zum Monat August noch ziemlich kräftig an, um nach einer vorübergehenden merklichen Abschwächung ab Oktober sich wieder stark zu erholen. Im Dezember wurde in der Bizone eine Produktion von rund 783 000 t Rohstahlblöcken erreicht, d. h., daß zu Anfang des Jahres gestellte Produktionsziel für Dezember um rund 33 000 t im Monat überschritten wurde. Insgesamt wurden im Bundesgebiet im Dezember 801 469 t gewonnen. Ähnlich ist die Entwicklung bei Roheisen, wo für das gesamte Jahr eine Erzeugungsziffer von 7 142 000 erreicht wurde, wovon 6 481 000 t auf die britische, 583 000 t auf die amerikanische und 78 000 t auf die französische Zone fallen. Das Dezemberergebnis weist eine Roheisenproduktion für das Bundesgebiet in Höhe von 634 604 t auf, wovon 578 934 t auf die britische, 49 084 t auf die amerikanische und 6450 t auf die französische Zone fallen.

Walzwerksproduktion steigend

Die Produktion von Walzwerkserzeugnissen im Bundesgebiet belief sich im vergangenen Jahre auf 6,339 Mill. t gegenüber 3,6 Mill. t im Jahre 1948. Davon entfielen auf das britische Besatzungsgebiet 5,787 Mill. t, das amerikanische Besatzungsgebiet 0,338 Mill. t und das französische Besatzungsgebiet 0,214 Mill. t. Im Dezember 1949 ist die Produktion von Walzwerkserzeugnissen nach Angaben der Fachstelle Stahl und Eisen auf 565 639 t gegenüber 553 590 t im November gestiegen. Die arbeitstägliche Erzeugung belief sich auf 21 763 t. Die Dezemberproduktion verteilt sich auf das britische, das amerikanische und das französische Besatzungsgebiet mit 520 068 t, 27 278 t und 18 463 t.

Bimssteinindustrie in starkem Aufstieg

Die Produktion der Bimsbaustoffindustrie dürfte im Jahre 1949 die Grenze von 1,4 Mill. t überschritten haben. Damit erreicht die Produktion annähernd 80% des Vorkriegsstandes. Hauptstandort der Bimsbaustoffindustrie ist das Land Rheinland-Pfalz. Hier hat sich die Produktion von Januar 1949 bis gegen Ende des Jahres etwa versechsfacht. In Kreisen der Verbraucher in den Bezirken außerhalb des Landes Rheinland-Pfalz stößt das dort erlassene Bimsgesetz auf heftige Kritik. Man hat kein Verständnis dafür, daß im Rahmen der Bundesrepublik die Verfolgung gebietsmäßiger Sonderinteressen vorgenommen wird. Auch der Deutsche Industrie- und Handelstag hat entsprechende Vorstellungen erhoben. Man rechnet damit, daß das beanstandete Gesetz wieder rückgängig gemacht wird.

Kalkabsatz gering

Trotz eindringlicher Werbung und nachdrücklicher Hinweise auf die ungünstigen Folgen ungenügender Düngung nimmt die Landwirtschaft nur geringe Mengen Kalk ab. Daher ist der Absatz an Kalkdüngemitteln im Herbst 1949 auf einen außerordentlich niedrigen Stand gesunken. Die Kalkindustrie wird durch die Zurückhaltung der Landwirtschaft um so schärfer betroffen, als auch die eisenschaffende Industrie, die chemische Industrie und das Baugewerbe seit einiger Zeit schwache Abnehmer sind und keinen Ausgleich bieten. Der Absatzrückgang wirkt sich in der Kalkindustrie sofort aus, weil Kalk sich kaum lagern läßt.

Von der Industrie ist nun ein bemerkenswerter Schritt unternommen worden, um die Ursachen für die geringe Kalkverwendung in der Landwirtschaft festzustellen. Die Landwirte werden ähnlich wie bei einer Galupumfrage um Beantwortung von darauf gerichteten Fragen gebeten. Nach den ersten Ergebnissen hält die Landwirtschaft die Preise der Kalkprodukte für zu hoch. Seitens der Kalkindustrie wird in diesem Zusammenhang betont, die Preise seien auf Grund von Kostenuntersuchungen der Verwaltung für Wirtschaft gebildet worden und nicht als überhöht anzusehen.

Erdöl-Förderung stark erhöht

Die Erdölförderung der Deutschen Bundesrepublik hat sich nach vorläufigen Angaben im vergangenen Jahr auf 841 500 t erhöht und lag damit um 32,4% über der vorjährigen Erzeugung von 636 000 t. Die Steigerung gegenüber 1938 beträgt 52,5%. Die Erdölförderung ist in fast allen deutschen Fördergebieten kräftig gestiegen. 1949 wurden also insgesamt 841 500 t (1948: 635 600 t) Erdöl gefördert. Davon entfallen auf das Hannoversche Gebiet 412 600 (370 000) t, auf das Emsland 320 000 (168 000) t, auf Schleswig-Holstein 98 000 (91 000) t und auf Süddeutschland 5900 (6000) t Erdöl. Die Mehrförderung geht auf die lebhafte Initiative und den Unternehmungsgeist der Erdölfirmen zurück. Während im Jahre 1948 nur 160 000 m Tiefbohrungen durchgeführt wurden, waren es im abgelaufenen Jahr 1949 nicht weniger als 300 000 m. Acht neue Felder wurden erschlossen, von denen 3 im Emsland, 2 im schleswig-holsteinischen bzw. hamburgischen und 3 im hannoverschen Gebiet liegen.

Braunkohlen-Förderung

In der Braunkohlenförderung des linksrheinischen Reviers trat im letzten Monat des alten Jahres keine wesentliche Änderung ein. Die Rohkohlenförderung belief sich im Dezember an 26½ Arbeitstagen auf 5 463 800 t gegen 5 157 950 t an 25 Arbeitstagen im Vormonat. Die arbeitstägliche Förderung verringerte sich damit auf 204 970 t gegenüber 260 300 t im November. Die Brikettherstellung erreichte 1 113 540 t (arbeitstäglich 41 835 t), während sie im November bei 1 038 150 (arbeitstäglich 41 450 t) lag.

Günstige Produktionsverhältnisse in der Elektroindustrie

Auf relativ gute Produktionsverhältnisse in der Elektroindustrie kann der Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Essen für das Jahr 1949 hinweisen. So konnten im Essener Bezirk zahlreiche Neueinstellungen vorgenommen und die Kapazitätsverhältnisse in einzelnen Werken verbessert werden. So wurden in einem größeren Mülheimer Werk um die Jahreswende die ersten neu erstellten größeren Einheiten in Transformatoren das Werk verlassen. Außerdem arbeitet ein neu eingerichteter Betrieb an der serienweisen Herstellung von Gleichrichtern. Die in der zweiten Jahreshälfte eingetretene leichte Besserung in der Bauindustrie wirkte sich auf die Herstellung von Beleuchtungskörpern belebend aus. Zu den Artikeln, für die seit einiger Zeit schlechte Absatzmöglichkeiten bestehen, zählen u. a. kleinere Elektromotore. Auf die Absatzlage im Inland wirkt sich im übrigen auch die ausländische Konkurrenz mit ihren niedrigeren Preisen und günstigen Liefer-Terminen stark aus.

Weihnachtsgeschäft in Beleuchtungskörpern

Die Beleuchtungskörperindustrie im Lüdenscheider, Neheimer und Iserlohner-Mendener Raum, die lange Monate hindurch große Umsatzschwierigkeiten hatte, verzeichnet eine starke Belebung durch das Weihnachtsgeschäft. Die Kauffreudigkeit des Publikums bezog sich vorwiegend auf gute und beste Ausführungen, jedoch wurde auch Stapelware abgesetzt. Bei den neuen Leuchtröhrenlampen, die in verschiedenen Ausführungen abgesetzt wurden, ist zu beobachten, daß sie nicht nur als Schaufenster-, Geschäfts- und Werkstättebeleuchtung, sondern auch als Wohnraumleuchten dienen sollen.

Verschärfter Preiskampf in der Haushaltwarenindustrie

Nach dem recht günstigen Weihnachtsgeschäft, das den meisten Firmen die volle Ausnutzung der Kapazität ermöglichte, sieht die südwestfälische Haushaltwarenindustrie über den Umsatz in den ersten Monaten des Jahres 1950 noch nicht klar. Meist wird mit einem starken Nachlassen der Käufe gerechnet. Daraus ist auch die Verschärfung des Preiskampfes zu erklären, die sich bereits in den letzten Wochen von Weihnachten abzeichnete. Verschiedene Firmen versuchten damals schon, Aufträge für Anfang 1950 durch ungewöhnlich niedrige Preisangebote zu erhalten. Namentlich bei Aluminiumgeschirren ist die Preistendenz weiter nach unten gerichtet. Die gesamte Produktionskapazität für Haushaltgeschirr ist außerdem durch immer noch neu hinzukommende Herstellerfirmen erweitert worden.

Die Frage ist ungeklärt, ob die Auszahlung auf die Soforthilfe (Hausratshilfe) eine Umsatzbelebung bringen wird. Maßgebende Firmen neigen zu der Ansicht, daß die ausgezahlten Geldmittel zunächst für anderen dringend benötigten Bedarf verwendet werden, wie Textilien, Schuhe, Möbel. Eine Überraschung ist die sehr gute Verkäuflichkeit der neu hergestellten messingvernickelten Wasserkessel. Offenbar haben nicht wenige Hausfrauen den Wunsch, in ihrer Küche den Messing-Wasserkessel wieder als Schmuckstück zu sehen.

Kettenabsatz durch alte Vorräte benachteiligt

Die Absatzmöglichkeiten der Kettenindustrie sind weiter ungünstig. Landwirtschaftliche Ketten sind nur in geringem Umfang abgesetzt worden. Aus der Reichsmarkzeit sollen immer noch größere Kettenvorräte vorhanden sein. Auch machen sich die Lagervorräte der früheren Wehrmacht noch bemerkbar, die durch die Besatzungsmacht zu sehr billigen Preisen veräußert wurden. Der milde Winter hat die Hoffnungen auf einen guten Absatz der Schnee- und Gleitschutzketten bisher ebenfalls zunichte gemacht.

Kunstfaser-Herstellung verdoppelt

Die westdeutsche Kunstseide- und Zellwolle-Industrie hat im Jahre 1949 die Erzeugung von Kunstseide und Zellwolle gegenüber dem Jahre 1948 nahezu verdoppelt. Es wurden nach dem Bericht der Arbeitsgemeinschaft Kunstseide- und Zellwolle-Industrie 42 000 t Kunstseide und 83 000 t Zellwolle hergestellt. Damit ist das im Marshallplan erstrebte Ziel der Produktionssteigerung erreicht worden. Ein erheblicher Teil der Erzeugung wurde exportiert, zum Teil als Garn oder Flocken, zum Teil als Gewebe und Wirkwaren. Allein im November 1949 erreichte die Ausfuhr von Kunstfasergarnen und -flocken 200 000 kg im Betrag von 1,7 Mill. DM. Die Ausfuhr von Kunstfasererzeugnissen ist devisenwirtschaftlich gesehen besonders einträglich, weil die Rohstoffbasis fast ausschließlich im Inlande liegt. Die Zunahme der Ausfuhr auch nach der Pfundabwertung beweist, daß die von der deutschen Kunstfaser-Industrie angestrebte Verbesserung der Qualität erreicht worden ist.

Die konjunkturelle Entwicklung in Westdeutschland hat eine gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen in den Vereinigten Staaten. Obwohl Wolle und Baumwolle dort reichlich vorhanden sind, hat die Kunstfaser in den Vereinigten Staaten mittlerweile annähernd 20% der gesamten Textilerzeugung an sich gezogen. Diese Entwicklung dauert noch an. Die Nachfrage nach Kunstfasern in den Vereinigten Staaten ist so stark, daß die Preise bis zu 10% angezogen haben. In Westdeutschland sind die Preise stabil geblieben, was auf die gestiegene Inlandserzeugung, aber auch auf die erhebliche Einfuhr von Kunstfasern zurückzuführen ist.

Während Westdeutschland in großzügiger Weise durch die Liberalisierung der Einfuhr seinen Markt den fremden Erzeugnissen geöffnet hat, wird der Absatz deutscher Kunstfaser-Erzeugnisse im Ausland noch vielfach durch Einfuhrbeschränkungen und hohe Zölle erschwert. So hat erst kürzlich Italien eine Erhöhung des Einfuhrzolles für Kunstfasern vorgenommen. Auch die Schweiz ist dabei, die Zollsätze zu erhöhen. Die deutschen Zollsätze für Kunstseide gehören zu den niedrigsten der Welt. Die Einfuhr von Zellwolle ist sogar ganz zollfrei. Für die in Vorbereitung befindliche Neuregelung des deutschen Zolltarifs wünscht die Arbeitsgemeinschaft der Kunstseide- und Zellstoff-Industrie eine Regelung, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie mit dem Ausland gewährleistet, vor allem müsse der bisherige Gewichtszoll durch einen Wertzoll ersetzt werden.

Gegen Ende des Jahres 1949 ist in Westdeutschland die Herstellung von vollsynthetischen Fasern angelaufen. Bisher ist nur in der Sowjetzone Perlon hergestellt worden. Westdeutschland macht also erst jetzt den Versuch, Fasern auf rein chemischem Wege, das heißt ohne Verwendung tierischer oder pflanzlicher Stoffe, herzustellen. Das voll synthetische Perlon, das in seinem chemischen Aufbau dem Nylon ähnelt, eignet sich wegen seiner hohen „Reißfestigkeit besonders für die Verarbeitung zu sehr dünnen Damenstrümpfen. Die neue Perlon-Erzeugnisse, die jetzt in Westdeutschland hergestellt werden, sollen nach Qualität und Preiswürdigkeit mit den besten Fabrikaten der Vereinigten Staaten konkurrieren können.

Oberbekleidungsindustrie konzentriert Verkauf in Düsseldorf

Was für die Oberbekleidungsindustrie in Vorkriegsjahren die Kronenstraße in Berlin bedeutete, das ist für sie heute Düsseldorf mit den Mode- und Verkaufsveranstaltungen geworden. Auf wesentlich erweitertem Ausstellungsgelände haben sich in diesen Tagen 400 Fabrikanten in Düsseldorf im Rahmen der Mode- und Verkaufswoche der Damenoberbekleidungsindustrie zusammengefunden, um in seit Kriegsende noch nicht dagewesener Konzentration dem Handel die neuesten Modeschöpfungen zu zeigen. Auch das Ausland hat sich an der Veranstaltung beteiligt. Ein gesunder Wettbewerb schält sich heraus, der höchste Leistung hinsichtlich der Qualität und der Preisstellung erforderlich macht. Zahlreiche Firmen aus dem Westen sind vertreten, zum großen Teil zusammengeschlossen in der Igedo, ferner Firmen der Norbi (Norddeutsche Bekleidungsindustrie). Daß nach wie vor Berlin ein wichtiges Produktionszentrum bleibt, zeigt die rege Beteiligung auch von Berliner Herstellungsfirmen. In etwa einem halben Jahr wird eine zweite Verkaufs- und Ausstellungswoche der Damenoberbekleidungsindustrie in Düsseldorf stattfinden. Evtl. muß hierfür noch zusätzlicher Raum in Anspruch genommen werden, denn bei der jetzigen Veranstaltung konnten trotz der zur Verfügung stehenden ansehnlichen Fläche nachträglich eingelaufene Meldungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Hohe Kommissare beanstanden Ausnahmetarife

Kurz vor Jahresschluß haben die Hohen Kommissare überraschenderweise in einem Memorandum der westdeutschen Regierung gegenüber Bedenken gegen eine Reihe von Ausnahmetarifen der Bundesbahn geäußert. Dem Vernehmen nach sind sie der Auffassung, daß alle Tarife, die 20 v. H. unter dem niedrigsten Massengütertarif G liegen, verschleierte Subventionen sind, weil derartige Transporte unter den Selbstkosten der Bundesbahn gefahren würden. Soweit hierdurch Produktionen günstiger gestellt würden, die für den Import- oder Export-Handel wichtig sind, wäre hierin eine Diskriminierung der ausländischen Konkurrenten zu erblicken. Dem Anschein nach richtet sich die Beanstandung insbesondere gegen verschiedene Seehafen- und Küstentarife und namentlich auch gegen die unterschiedlichen Erztarife.

Die Finanzierungspläne der Filmbank

Die Filmfinanzierungs-GmbH, München, beabsichtigt nach einer Mitteilung aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium nur Filme zu finanzieren, deren Herstellungskosten zwischen 700 000 und 800 000 DM liegen. Ferner habe der Produzent 50 Proz. des erforderlichen Kapitals selbst aufzubringen, wenn er die Hilfe der Gesellschaft in Anspruch nehmen wolle.

Der bayerische Staat werde mit einer größeren Bürgschaft die sechs Banken des Gründungskonsortiums sichern. Es sei darüber hinaus möglich, daß Bayern sich zu einer direkten Refinanzierung der Kredite der Filmfinanzierungsgesellschaft entschließe. Der US-Landeskommissar von Bayern, Mr. Bolds, erklärte zu der Gründung der Filmfinanzierungs-GmbH, daß zu überlegen sei, ob die Dekartellisierungsabteilung eingreifen müsse, sofern sich die Gesellschaft zu einer Monopoleinrichtung mit einem Kontrollanspruch über die Filmwirtschaft entwickle.

Die Preissenkung bei Ford

Die Ford-Werke AG., Köln, steigerten im Jahre 1949 gegenüber dem Jahr 1948 ihre Produktion um das Dreifache. 17 377 Fahrzeuge verließen das Werk.

Für das Jahr 1950 ist die Produktion von 28 000 Fahrzeugen vorgesehen.

Durch die laufende Produktionssteigerung und die damit verbundene Kostensenkung pro Einheit sind die Ford-Werke AG. in der Lage, mit sofortiger Wirkung ihre Preise erneut zu senken.

Die neuen Preise lauten:

	Alter Listenpreis	Neuer Listenpreis
Taunus-Standard	DM 6 500.—	DM 5 [illegible].—
Taunus-Spezial	DM 6 745.—	DM 6 [illegible].—
Taunus-Kastenwagen (grundiert)	DM 6 000.—	DM 5 [illegible].—
1,5 — 2 Tonner Pritschenwagen	DM 6 950.—	DM 6 [illegible].—
23-sitziger Ford-Bus	DM 20 500.—	DM 20 000.—

„Golfstrom"-Autoheizung billiger!

Durch die Steigerung der Produktion und die rationelle Fertigung von „Golfstrom"-Heizungen über die wir in Nr. 1 berichteten, konnte die Süddeutsche Kühlerfabrik Julius Fr. Behr, erhebliche Preissenkungen vornehmen. Mit Wirkung ab 1. Januar 1950 beträgt der Preis für die „Golfstrom"-Heizung mit 2 Heizkörpern (für Lastwagen, Lieferwagen und Vordersitze von Personenwagen) DM 96.—, mit 4 Heizkörpern (für Vorder- und Rücksitze von Personenwagen) DM 140.—, (bisher 165.— DM).

Vereinigte Glanzstoff

Großes Investitionsprogramm

Die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G., Wuppertal-Elberfeld, legt ihre Abschlüsse für 1944 bis 1947 vor. Der Betriebsverlust beträgt in diesen Jahren 13,364 Mill. RM bei einem AK von 82,5 Mill. RM. Die gesamten Kriegs- und Kriegsfolge-Schäden werden mit 65,766 Mill. RM angegeben. Zur teilweisen Deckung sind die Rücklagen für Ersatzbeschaffung sowie die aktiven Wertberichtigungen herangezogen worden. Durch Umbuchungen bei den Betriebsanlagen wurden Zuschreibungen von 9,56 Mill. RM vorgenommen, so daß insgesamt 38,4 Mill. RM von der Schadenssumme abgesetzt wurden. Damit verbleibt für 1945 ein Nettovermögensverlust von 27,3 Mill. RM, der sich infolge vorsichtiger Bewertung bis 1947 auf 23,37 Mill. RM verminderte. Das Anlagevermögen ging von 91,88 Mill. RM (1944) auf 78,1 Mill. RM (1947) zurück, darunter die Beteiligungen von 67,66 auf 58,47 Mill. RM.

Durch den Ausfall der Ostwerke (Breslau und Sydowsaue und Werk Elsterberg) ist die Kapazität um etwa ein Drittel vermindert worden. Die drei Werke in den Westzonen Kelsterbach, Oberbruch und Obernburg hatten durch Kampfhandlungen, Räumung, Plünderung und Stillstand schwerste Schäden aufzuweisen und große Anlaufschwierigkeiten zu überwinden.

Die Entwicklung von Produktion und Umsatz zeigt folgende Gegenüberstellung:

	Produktion Text. Kunstseide	Produktion Techn. Kunstseide	Umsatz [illegible]	Umsatz Mill. RM
2. Halbj. 1945	3 t	162 t	1156	4,05
1946	1 253 t	977 t	2781	14,06
1947	2 897 t	2 574 t	4287	24,49
1948	6 597 t	5 062 t	12713	52,03

Die Verkaufspreise wurden vor der Geldumstellung um 31,5 bis 50 v. H. erhöht, nach der Geldreform wurde in Angleichung an die süddeutschen und westdeutschen Preise bei textiler Kunstseide eine weitere Erhöhung um 15 v. H. vorgenommen. Nach dem Bericht hat sich diese zurückhaltende Preispolitik nicht bei allen nachfolgenden Verarbeitungs- und Handelsstufen durchgesetzt.

Nach der Geldreform ergaben sich mannigfaltige Möglichkeiten konstruktiver Neugestaltung. Der Mangel an finanziellen Mitteln stand einem schnellen Wiederaufbau entgegen. Zwar nahm die Rentabilität bei den Werken zu, aber die Liquidität ab. Trotzdem wurde ein Instandhaltungs- und Investitionsprogramm auf lange Sicht geplant und teilweise in Angriff genommen. In diesem Programm nimmt das Werk Oberbruch, dessen Anlagen sehr überaltert sind, eine besondere Stelle ein. Der Bericht bezeichnet systematisch betriebene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten als Lebensfrage. Auf diesem Gebiet ist das besondere Interesse des Unternehmens der Entwicklung und der Erzeugung sogenannter vollsynthetischer Fasern zugewandt. Deshalb wurden in Obernburg die Entwicklungsarbeiten für die Erzeugung von Perlonseide und Perlonfasern aufgenommen und Versuchsanlagen errichtet. Die Verwaltung hofft, die für diese Zwecke benötigten langfristigen Investitionskredite zu erhalten.

Zum ersten Male seit 1948 veröffentlicht Glanzstoff wieder einen umfassenden „Sozialbericht". An freiwilligen sozialen Sonderleistungen wurden 1947 1,23 und 1948 3,3 Mill. Mark gewährt, so daß sich einschließlich der gesetzlichen Leistungen für diese Jahre 3,63 und 5,63 Mill. Mark an gesamtem sozialen Aufwand ergeben. Von den ausgezahlten Löhnen und Gehältern lebten Ende 1948 insgesamt 18 425 Personen, und zwar 9786 Arbeitskräfte mit ihren Angehörigen. Inzwischen dürfte die Zahl 20 000 überschritten sein.

Über die befreundeten Unternehmen wird u. a. berichtet:

Die Spinnfaser A.-G., Kassel, hat nach den schweren Kriegsschäden zwei Drittel ihrer früheren Kapazität wieder gewonnen. Die Produktion betrug 1946/47 2715 t und 1947/48 4872 t Zellwolle. Die Gesamtbetriebsverluste in diesen Jahren betrugen 5,96 Mill. RM.

Die J. P. Bemberg A.-G., Wuppertal-Barmen, stellte 1947 nach Wiederaufnahme der Produktion 114 t Kunstseide und 191 t Cuprophan und 1948 1067 t Kunstseide und 461 t Cuprophan her. Die Betriebsverluste betrugen 1946/47 5,46 Mill. RM.

Bei der Barmer Maschinenfabrik A.G., Remscheid-Lennep, wird die Kapazität erst zur Hälfte ausgenutzt. Die Betriebsverluste betragen 1946/47 1,16 Mill. RM.

Die Kunstseiden A.G., Wuppertal-Barmen, kann in dem wiederaufgebauten Werk Barmen und in dem Werk Waldniel ihre Kapazitäten wieder voll ausnutzen, wobei 1946/47 ein Reingewinn von 0,976 Mill. RM erwirtschaftet wurde.

Die Glanzstoff-Courtaulds GmbH., Köln, steigerte 1948 die Produktion auf 4800 t Zellwolle und 4026 t Kunstseide gegenüber 3039 t Zellwolle und 2327 t Kunstseide in 1947.

Ilsede-Peine und Eisenerz Ilsede

Nachdem die Aktien der Hüttenwerke Ilsede-Peine A.G., Peine, auf die Stahltreuhändervereinigung übertragen worden sind, wurden in einer außerordentlichen Hauptversammlung am 28. Dezember 1949 die hierdurch notwendig gewordenen Änderungen der Satzung beschlossen. Wegen seiner Berufung in die Stahltreuhändervereinigung hatte Herr Heinrich Dinkelbach sein Mandat im Aufsichtsrat am 1. September 1949 niedergelegt. Für ihn wurde Stahltreuhänder Dr. Arthur Menge in den Aufsichtsrat gewählt. In der Aufsichtsratssitzung, die der außerordentlichen Hauptversammlung folgte, wurde Stahltreuhänder Dr. Arthur Menge zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt.

*

Nachdem die Aktien der Eisenerzbergbau Ilsede A.G., Groß-Bülten, auf die Stahltreuhändervereinigung übertragen worden sind, wurden in einer außerordentlichen Hauptversammlung am 28. Dezember 1949 die hierdurch notwendig gewordenen Änderungen der Satzung beschlossen. Für den aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Herrn Erich Braun wurde Stahltreuhänder Dr. Arthur Menge zugewählt. In der Aufsichtsratssitzung, die der außerordentlichen Hauptversammlung folgte, wurde Stahltreuhänder Dr. Arthur Menge zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt.

Gewerblicher Rechtsschutz

Wiederanwendung internationaler Abkommen

Der Bundeskanzler hat am 8. November 1949 der alliierten Hohen Kommission mitgeteilt, daß mit der Eröffnung des Deutschen Patentamtes in München die Voraussetzungen für die volle Wiederanwendung der Bestimmungen der internationalen Abkommen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes deren Mitglied das Deutsche Reich gewesen ist, für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geschaffen worden sind. Die alliierte Hohe Kommission hat die Mitteilung des Bundeskanzlers gebilligt und das Memorandum der Bundesregierung am 21. Dezember 1949 dem Leiter der Schweizer Delegation zur Weiterleitung an seine Regierung übermittelt, die für den Empfang derartiger Anzeigen zuständig ist.

Bei den internationalen Abkommen handelt es sich insbesondere um die Pariser Verbands-Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 und das Madrider Markenabkommen betr. die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken vom 14. April 1891. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieser Abkommen beziehen sich auf die Gewährung von Gegenseitigkeitsrechten zwischen den Mitgliedstaaten und die gegenseitige Anerkennung von Prioritäten für Patente und die internationale Registrierung von Warenzeichen beim Internationalen Büro zum Schutze des gewerblichen Eigentums in Bern. Dem wichtigsten Abkommen, der Pariser Verbandsübereinkunft, gehören 54 Staaten an.

Schutz deutscher Rechte in Japan

Die japanische Regierung bereitet ein Gesetz zum Schutz der industriellen Rechte deutscher Staatsbürger bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vor. Der Schutz wird sich in erster Linie auf die Nichtbezahlung von Patent- und sonstigen Abgaben erstrecken. Die japanische Regierung wird solche Rechte bis dahin in Gewahrsam nehmen.

Die neuen Kohlenpreise

Die Liste der neuen Kohlenpreise für den Inlandsverbrauch läßt erkennen, daß die Preisänderungen für die einzelnen Kohlensorten zum Teil erheblich sind, die Preise für einige Sorten dagegen unverändert blieben. Zu letzteren gehören insbesondere Hüttenkoks für die Eisen- und Stahlerzeugung und Braunkohlenbriketts für Hausbrandzwecke. Erhöht wurden die Preise je t für:

	Alter Preis DM	Neuer Preis DM
Magernuß I—III	46.—	47.—
Eßnuß I—III	42.—	44.—
Anthrazitnuß IV	27.—	30.—
Fett-Gasflammnuß I—II	35.—	35.50
Fett-Gasflammnuß III—IV	33.—	36.—
Eß-Magernuß IV	35.—	36.—
Nuß V, alle Sorten	32.—	34.—
Gasflamm-Köfeln	30.—	31.—
Mager-Anthrazitfein	28.—	29.—
Staubkohlen	22.—	28.—
Brechkoks IV	32.—	38.—
Anthrazitnuß I—III	33.—	56.—
Ermäßigt wurden die Preise je t für:		
Elektroden-Anthrazit	118.—	90.—
Generator-Anthrazit	63.—	60.—
Eß-Stückbriketts	42.—	40.—

(Forts. von Seite 1)

Gedanken zur Dekartellisierung

öffentlichen Interesse liegt, was ab und zu vorkommen mag. Um diese, zur Gänze auf die Zukunft bezogene Absicht zu verwirklichen, braucht man keineswegs irgendwelche jetzt bestehende, sei es auch sehr große Unternehmungen zu zerschlagen. Will man die weitere Konzentration, im großen und ganzen, verhindern, dann muß man von einem bestimmten Zeitpunkt an Konzentrationsvorgänge bewilligungspflichtig machen und bei der Erteilung der Bewilligungen einen strengen Maßstab anlegen. Für diesen Teil der Aufgabe spielt die Größe der Unternehmungen gar keine Rolle, nur die weitere Vergrößerung, soweit sie ein Konzentrationsvorgang ist. Darüber hinaus gehende Pläne, wie z. B. die Auflösung oder Aufteilung bestimmter Unternehmungen oder Konzerne, haben damit nichts zu tun und gehören nicht hierher. Würde man solche Pläne innerhalb der Kartell- und Konzentrationsgesetzgebung betreiben wollen, so würde die Folge sein, daß alsbald die Existenz jedes größeren Unternehmens, das jemals aus dem Zusammenschluß verschiedener Partner entstanden ist, vom Ermessen einer Behörde abhängig wäre.

Zweitens sollen Monopole und Teilmonopole, nämlich die „marktbeherrschenden Unternehmen", unter Kontrolle gehalten werden, einmal wegen ihrer Fähigkeit, die Preise zu Lasten der Verbraucher festzusetzen, zum andern wegen ihrer Tendenz, neue Konkurrenten auszuschalten. Das erste, als ein Problem der Preiskontrolle, ist verhältnismäßig einfach durchzuführen, das zweite regelt sich selbsttätig durch die Verhinderung neuer Konzentrationsvorgänge.

Drittens sollen auch Kartellvereinbarungen, welche die Konkurrenz ausschalten oder beeinträchtigen, verhindert werden. Man könnte das so formulieren, daß, wer sich mit einem Konkurrenten zusammentut, um gemeinsame Preise und sonstige Bedingungen festzulegen, damit die in Frage kommenden Waren unter staatliche Preiskontrolle stellt.

*

In manchen Wirtschaftskreisen hat die Ankündigung eines Kartellgesetzes eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Es scheint uns, daß dies nicht so sehr den Wunsch dieser Kreise, die ja auch jetzt geltende Kartellgesetze zu beachten haben, zum Ausdruck bringt, im wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß und in willkürlicher Erstellung von Kartellpreisen freie Hand zu haben. Die Beunruhigung hat ihren Grund vielmehr in der Befürchtung, daß eine neue Behörde in uferlose Überprüfungen und in einen uferlosen Dezentrationsprozeß eintreten könnte, während man sich mit den bestehenden Regelungen bereits einigermaßen zurechtgefunden hat. Dagegen wird man vermutlich überall einsehen, daß Preiskartelle und „marktbeherrschende Unternehmen" von dem Augenblick an überwacht werden müssen, da die allgemeine staatliche Preiskontrolle gefallen ist, und daß man den Fortgang des Konzentrationsprozesses anhalten oder doch wenigstens abbremsen muß, wenn es offensichtlich ist, daß er über kurz oder lang die Marktwirtschaft zum Erliegen bringen würde.

Darum sollten zuerst die Hauptgrundsätze über jeden Zweifel klar gemacht werden. Schon deshalb, weil die Paragraphen, auf die sich schließlich die ausführende Behörde zu stützen haben wird, der Natur der Sache nach in den Einzelheiten immer irgendwie dehnbar bleiben werden. P.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Veilchenstraße [illegible]. Chefredakteur: Dr. Hans [illegible], Karlsruhe. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 6.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstraße [illegible]. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. — Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H., Karlsruhe

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Erz- oder Metalleinfuhr?

Importe von Erzen und Vormaterialien ersparen Devisen und geben den deutschen Hütten Arbeit
Auch im Interesse Europas ist die Erzeinfuhr vorzuziehen

Nach einem ECA-Bericht verlagert sich das Schwergewicht der deutschen ERP-Importe langsam von Lebensmitteln auf industrielle Rohstoffe, weil eine weitere Steigerung der Rohstofflieferungen als eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung der Exporte nach den USA angesehen wird.

Unter diesen Rohstoffen nehmen Metalle einen bevorzugten Platz ein. Schon 1948, so war dem Bericht der Wirtschaftsvereinigung NE-Metalle für dieses Jahr zu entnehmen, stand die westdeutsche Hüttenkapazität voll für die Verarbeitung von Erzen zur Verfügung. Anfang 1948 wurde auf einer Tagung des Fachverbandes Metallhandel e. V. in Bad Pyrmont darauf hingewiesen, daß die im neuen Industrieplan für die Westzonen vorgesehene starke Erhöhung des Produktionsstandes auf dem Metallgebiet einen entsprechenden Einfuhrbedarf an metallischen Rohstoffen nach sich ziehen würde. Man schätzte, daß von einem Gesamtbedarf an Metallen von jährlich 650 000 t nur etwa 250 000 t aus heimischen Vorkommen würden gedeckt werden können. Der Rest mußte entweder in der Form von Vormaterialien für die deutschen Hütten oder in Form von Rohmetallen eingeführt werden. Obwohl 1948 international noch eine gewisse Metallknappheit herrschte, hatten sich die westlichen Besatzungsmächte bereits Anfang 1948 bereit erklärt, die Einfuhr von unentbehrlichen Metallen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in einem gewissen Umfang zuzulassen. Diese Einfuhren, u. a. Aluminium aus Kanada, liefen dann auch bald an, und sie haben sich 1949 teilweise noch verstärkt, nicht immer zum Nutzen der deutschen Wirtschaft, denn die von der JEIA abgeschlossenen Kaufkontrakte erwiesen sich angesichts der seit dem Frühsommer 1949 sinkenden Weltmetallpreise als ein Nachteil für die deutschen Verbraucher, die zu überhöhten Preisen die eingeführten Metalle abnehmen mußten. Die westdeutsche Metalleinfuhr entwickelte sich 1948 und in den ersten neun Monaten 1949 wie folgt:

Westdeutsche Metalleinfuhren
(in metr. t)

	1948	Jan.-Sept. 1949
Aluminium	32 038	11 048
Kupfer	10 110	41 771
Blei	1 047	908
Rohzink	2 348	12 236
Feinzink	6 275	
Zinn	1 826	2 591
Nickel	1 238	—
Antimon	974	—
Sonst. unedl. Metall		1 117*)

Gewisse Mengen Rohmetalle wurden auch ausgeführt, so im ersten Halbjahr 1949 1 475 t Aluminium, 9 713 t Kupfer und 10 022 t Blei. Immerhin mußten aber für die Nettoeinfuhr an Rohmetallen im ersten Halbjahr 1949 bereits 75,3 Mill. DM aufgewandt werden.

Deutschland hat bereits vor dem Krieg, obwohl damals seine wirtschaftlichen Hilfsmittel wesentlich größer waren als heute, aus Gründen rein wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit das Schwergewicht bei der Einfuhr von metallischen Rohstoffen immer mehr auf den Import von Vormaterialien für die deutsche Hüttenindustrie gelegt. Dafür wurde im Jahre 1939 beispielsweise noch nahezu die doppelte Devisenmenge aufgewendet als für die Einfuhr von Rohmetallen. Die Einfuhr von Erzen, Schlacken, Rückständen, Aschen, Altmetallen und anderen Vormaterialien für die deutschen Metallhütten und Schmelzwerke betrug 1939 rund 7,5% der deutschen Gesamteinfuhr, während der Wert des Imports von Fertigmetallen sich auf nur 5,1% der Gesamteinfuhr Deutschlands stellte. Die Ersparnisse an Devisen, die bei der Einfuhr von Erzen, Schlacken, Rückständen, Aschen und Altmetallen gegenüber der Rohmetalleinfuhr erzielt werden, betragen zwischen 30 und 70%.

Die Einfuhr solcher Vormaterialien ist zwar 1949 aufgenommen worden, doch ist sie im Verhältnis zu der Metalleinfuhr noch unbedeutend, wenn man einen Vergleich mit der Vorkriegszeit zieht. So wurden im ersten Halbjahr 1949 375 143 t Kupfererze, nur 362 t Bleierze, 139 063 t Schwefelkies und 25 203 t Bauxit eingeführt.

Wie unbedeutend diese Mengen selbst für den verkleinerten Wirtschaftsraum Westdeutschlands sind, in dem auf der anderen Seite das Schwergewicht der deutschen Metallhüttenindustrie liegt, ergibt sich aus der nachstehenden Zusammenstellung:

Deutschlands Erzeinfuhr 1938
(in metr. t)

Kupfererze	653 936	Manganerz	429 786
Bleierze	141 209	Nickelerz	34 213
Schwefel-		Wolframerz	14 280
kies	1 436 967	Zinkerz	180 093
Bauxit	1 124 647	Zinnerz	8 141
Antimonerz	731	Versch. Erze	44 179
Chromerz	178 406	Metallaschen	13 449

Eine stärkere Einfuhr würde zudem auch im Interesse der gesamten europäischen Wirtschaft liegen, denn vor dem Krieg entfiel der weitaus größte Teil der deutschen Vormaterialeinfuhr auf westeuropäische Länder, wenn es sich zum Teil auch nur um Durchfuhren handelte. Angesichts der schwierigen Nachkriegsverhältnisse in Westdeutschland sollten die verantwortlichen Stellen mehr noch als vor dem Krieg in der Versorgung mit metallischen Rohstoffen Wert legen auf die Einfuhr devisensparender Vormaterialien legen.

P. Sp.

Aluminium für den Schiffbau

Die westdeutsche Aluminiumerzeugung darf im Jahr bekanntlich 85 000 t betragen. Sie hat bisher diese Höhe nicht erreichen können, weil Energiemangel die Produktion behinderte, und weil sich Absatzschwierigkeiten bemerkbar machten. Es besteht jetzt die Absicht, Aluminium in weit stärkerem Maße als bisher für den Schiffbau in Anwendung zu bringen. Man hofft, auf diese Weise den Absatzverlust ausgleichen zu können, der sich aus dem Verbot des Flugzeugbaues für die deutsche Aluminiumindustrie ergibt.

Uranfunde im Harz bezweifelt

Nach Informationen westdeutscher Grenzbehörden im Harz haben bei Wernigerode die ersten Versuchsbohrungen der sowjetischen Wismuth-A.-G. nach uranhaltigen Erzlagern begonnen. Den deutschen Behörden in Wernigerode und Umgebung soll von der SMA der Auftrag erteilt worden sein, die Aufnahme von etwa 18 000 Bergarbeitern vorzubereiten. Sowjetische Experten sollen der Ansicht sein, daß sich eine durchgehende uranhaltige Erzader von Wernigerode über Ilsenburg bis nach Goslar in der britischen Zone erstreckt. Auch in der Nähe des Harzortes Dreiannen-Hohne hat die Wismuth-A.-G. mit Versuchsbohrungen begonnen.

Wie das Bergamt Süd in Goslar zu den Versuchsbohrungen bei Wernigerode mitteilt, ist im Harz noch kein Uran gefunden worden, solange dort Bergbau betrieben wird. Im Harz gebe es überhaupt keine Gesteinsarten, die, wie im Erzgebirge, Uran enthalten könnten. Die geologischen Verhältnisse seien so ungünstig, daß es gar keine fortlaufenden Schichten über größere Strecken, wie von Wernigerode bis Goslar, geben könne. Möglich, aber höchst unwahrscheinlich, sei allenfalls ein Uranvorkommen im Gebiet des Brockenmassivs. Der niedersächsische Wirtschaftsminister Dr. Fricke hat britischen Stellen bereits vor einigen Monaten auf Anforderung in einem Gutachten mitgeteilt, daß die Sachverständigen des Harzer Bergbaues das Vorhandensein von Uranerzen verneinen. Zu dem Gerücht, daß Agenten aus der Ostzone im Westharz Arbeitskräfte für den Uranbergbau unter den Bergleuten bei Wernigerode werben sollen, war bisher eine Bestätigung nicht zu erlangen.

Westdeutschland bester Abnehmer Hollands

Im November ist Deutschland zum ersten Male seit dem Kriege Hollands bester Abnehmer gewesen mit 78,2 Millionen hfl gegenüber 30,4 Mill. hfl im Oktober. Wie das statistische Büro hierzu erklärt, beruhte die Zunahme der Ausfuhr nach Deutschland auf dem am 7. September abgeschlossenen Handelsabkommen.

Die Gesamtausfuhr Hollands betrug im November 393,1 Mill. hfl gegenüber 377,5 Mill. hfl im Oktober. Die Einfuhr erreichte 451,7 Mill. hfl, während sie sich im Oktober auf 434,9 Mill. hfl stellte. Die Erhöhung der Einfuhr ist hauptsächlich auf die Abwertung des Gulden zurückzuführen. Da aber die Ausfuhr stärker stieg als der Import, hat sich der Einfuhrüberschuß von 57,4 Mill. hfl im Oktober auf 52,6 Mill. hfl im November verringert. Als zweitbestes Absatzland wird Belgien aufgeführt mit 61,4 Mill. hfl gegenüber 62,1 Mill. hfl im Vormonat. An dritter Stelle steht Großbritannien mit 48,4 Mill. hfl im November und 70,3 Mill. hfl im Oktober. An der Spitze der Lieferländer stehen die Vereinigten Staaten mit 78,8 Mill. hfl gegenüber 76,0 Mill. hfl im Oktober.

Exoten-Tabake durch Kompensation

Durch größere Kompensationsgeschäfte mit Kuba und Paraguay wird Deutschland die von der Zigarettenindustrie dringend benötigten billigen Exotentabake erhalten. Ein ähnliches Abkommen mit Brasilien wird noch verhandelt. Weiter wird voraussichtlich im Februar 1950 ein Posten italienischer Zigarettentabake in Bremen zur Einschreibung gebracht werden. Die Einschreibung soll nach Art der holländischen Tabakversteigerungen wesentlich freizügiger als die nach 1945 in Bremen vorgenommenen Einschreibungen gehandhabt werden. Vor dem Kriege wurden mit der Aufnahme der Kameruntabak-Einschreibungen der erste Versuch unternommen, einen selbständigen deutschen Markt für ausländischen Zigarrentabak zu schaffen. Die Bemühungen werden jetzt für aussichtsreicher als damals gehalten, weil Indonesien, das wichtigste Produktionsgebiet für Zigarrentabak, politisch selbständig geworden ist. Die Folgen dieser Veränderung für die Lieferung indonesischer Tabake sind noch nicht zu übersehen.

Beitritt Westdeutschlands zum Weizenabkommen?

Die Zulassung der Bundesrepublik Deutschland und Japans zum internationalen Weizenabkommen sind zwei der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der für den 16. Januar in London angesetzten Konferenz des internationalen Weizenrates. Die Bundesrepublik hat sich bereit erklärt, jährlich 55 Mill. Bushel (ein Bushel gleich 27,2 kg) Weizen abzunehmen. Japan würde jährlich 44 Mill. Bushel kaufen.

Teilweise Konvertierung amerikanischer Filmeinnahmen aus Deutschland

Die ECA hat der amerikanischen Film-Exportgesellschaft „MPEA" vertraglich die Konvertierung eines Teils ihrer Einnahmen aus dem Filmverleih in der Bundesrepublik zugesichert. Die Konvertierungsgarantie erstreckt sich auf Gewinne in deutscher Mark im Werte von 636 400 Dollar.

Schuhproduktion höher als Absatz

Beim Einzelhandel nehmen die Lagerbestände zu

Das Geschäftsjahr 1950 wird darüber entscheiden, ob die Schuhindustrie den hohen Stand der Vorjahrsproduktion durchzuhalten vermag. Brachte das abgelaufene Jahr den Übergang von der gebundenen zur freien Wirtschaft, vom „ausgerichteten" Jedermann-Programm zur eigenen Initiative der Schuhfabrikation, so wird es sich nunmehr darum handeln, den gewonnenen Boden zu untermauern, um Rückschläge zu vermeiden.

Die Schuhwarenerzeugung 1949 darf auf annähernd 73 Mill. Paar geschätzt werden, womit sie nur um etwa 7 v. H. hinter der Produktionsplanung für 1952/53 zurückbleibt. So erfreulich diese Entwicklung auch ist, so scheint sie nunmehr doch Anlaß zu einem verstärkten Preisdruck seitens des Schuhhandels zu werden. Es ist symptomatisch für den Markt, daß der Konsum der steilen Aufwärtskurve der Produktion nicht zu folgen vermochte. In Fachkreisen wird die Diskrepanz zwischen Erzeugung und Absatz auf mindestens 30 v. H. geschätzt.

Im vergangenen Jahre trat dieser Tatbestand noch nicht eindeutig in Erscheinung, da der Einzelhandel an der Auffüllung seiner Läger interessiert war. Nach der verlustreichen Fehlspekulation in den sogenannten Konsumschuhen (Jedermann-Programm), die auch Bedürftige nicht mehr zu kaufen wünschten, waren starke Dispositionen im Schuhhandel besonders in der zweiten Jahreshälfte überaus akut. Heute werden die Handelsläger allgemein als stark überhöht bezeichnet; zum Teil machen sich Fehldispositionen seitens die auf modische und witterungsmäßige Einflüsse zurückgehen. Die sichere Folge dieser Sachlage wird in zunächst sehr zurückhaltenden Frühjahrsdispositionen zu erwarten sein.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Schuhindustrie sich seit Monaten in einer Preisschere befindet, die ihren Ursprung im Häute- und Ledermarkt hat. Mit dem 19. September 1949 trat hier ein Szenenwechsel ein, der einen wochenlang andauernden Zustand der Preisunsicherheit herbeiführte. Durch die notwendig gewordene Abwertung der Westmark wurden erhebliche Belastungen für die Lederindustrie fällig. Allein die Rohwarenkontrakte im Dollarraum wurden von maßgebender Seite auf 8—10 Mill. Dollar geschätzt, worauf 27 v. H. der Kaufsumme nachzuzahlen war.

Obwohl die Schuhindustrie Verkäufe zumeist zu Tagespreisen bestätigt hatte, konnten mitten im Saisongeschäft höhere Preise nur schwer erzielt werden. Die Aufschläge lagen durchschnittlich bei 3—4 v. H. Es ist bemerkenswert, daß führende Schuhkonzerne ihre Detailpreise nicht erhöhten. In den letzten Wochen ist die Industrie von den Preiserhöhungen zum Teil bereits wieder zurückgetreten, was als eine Folge der zögernden Auftragserteilung des Schuhhandels anzusprechen ist. In diesem Zusammenhange darf aber nicht übersehen werden, daß die Lederpreise bisher nur vereinzelt nachgegeben haben. Schwach tendiert der Bodenledermarkt, da Kreppgummi den Markt zu gut 50 v. H. beherrscht. Ferner wurden die überhöhten Boxkalb-Preise unter dem Eindruck eines rückläufigen Geschäfts seitens der führenden Industrie gesenkt. Fest blieb der heute wichtigste Standardartikel Rindbox, da die deutschen Auktionen bisher kein Nachgeben der Preise für die gesuchte leichte Boxware erkennen ließen.

Im Rahmen der ERP-Hilfe wird aus den USA der größte Teil des 2-Mill.-Dollar-Fertiglederimportes noch erwartet, dessen Realisierung durch die Abwertung verzögert wurde. Ferner wird im Rahmen der zweiseitigen Handelsverträge Oberledereinfuhren aus Frankreich und der Schweiz zu erwarten, die in diesem Jahre ein größeres Ausmaß erreichen werden. Die entscheidende Grundlage für die deutsche Schuherzeugung wird aber nach wie vor die heimische Lederindustrie bleiben müssen, die heute rohwarenmäßig zu rund 70 v. H. auslandsabhängig ist. Eine Stabilität der Preise konnte bisher nicht erreicht werden, da man niemals zu einer unbedingt notwendigen Kontinuierlichkeit der Rohwareneinfuhr kam. Diese unbefriedigende Entwicklung führte 1949 zu einer Berg- und Talfahrt der deutschen Rohwarenpreise, die zeitweilig weit über, dann aber auch wieder unter den Weltmarktpreisen lagen. Gegenwärtig ist schweres Gefälle vernachlässigt und daher billig, während Rindhäute bis zu 25 kg gesucht und deshalb verhältnismäßig teuer bleiben. Die Aussichten der Rohwareneinfuhr stellen sich zur Zeit nicht sehr günstig dar; vor allem sieht man noch keine Ansatzpunkte zu einer gleichmäßigeren Rohwarenversorgung.

Wenn sich somit der börsenmäßige Charakter des Häute- und Ledermarktes in ausgeprägter Form behauptet, so kann man sich nicht vorstellen, wie die Schuhindustrie dem jetzt in Erscheinung tretenden Preisdruck begegnen wird. Vermutlich wird sich die Mengenerzeugung von 1949 nicht ganz aufrecht erhalten lassen, es sei denn, die Kaufkraft der Bevölkerung könnte in diesem Jahre nachdrücklich gehoben werden.

Kostensenkung Preissenkung

Ford-Tradition verbürgt preiswerte Automobile!

Hohe Leistung, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Lebensdauer sind seit Jahrzehnten die hervorstechenden Eigenschaften unserer Erzeugnisse.

Die große Nachfrage und steigende Produktion haben Kostensenkungen ermöglicht, die wir – getreu unserem Prinzip – durch Ermäßigung der Preise an den Käufer weitergeben.

UNSERE NEUEN PREISE

TAUNUS STANDARD .... DM 5980.–
TAUNUS SPEZIAL .... DM 6285.– TAUNUS KASTENWAGEN DM 5980.–
1½-2 to PRITSCHENWAGEN DM 8390.– OMNIBUS .... DM 26500.–

FORD AUS KÖLN

FORD
FORD-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT KÖLN

5004

Wir greifen auf:

Regierungskunst von heute

Die Bundesregierung hat eine Erhöhung der Treibstoffpreise verfügt, was uns schon mehrfach, zuletzt in Nr. 1, zu einer offenen und harten Kritik veranlaßte, zumal die Bundesbahn wohl mit Pate dabei gestanden hat.

Nach amtlichen Verlautbarungen hat bei dieser Preisfestsetzung aber auch schon wieder einmal die Göttin der wirtschaftlichen Vernunft vom schwarzen Markt, die neulich schon den Herrn Bundesjustizminister inspirierte, ohne daß die breite Masse der gewesenen Normalverbraucher davon sehr begeistert war, Pate gestanden! Die Verkehrswirtschaft und nicht nur diese, wendet sich gegen die von der Wählerschaft gesetzte hohe Obrigkeit in Gestalt der Bundesregierung und verlangt Verringerung der Preiserhöhung. Der Herr Bundesverkehrsminister lädt die Vertreter der Verkehrswirtschaft zu einer Besprechung „über die durch die Preiserhöhung geschaffene Lage" ein. Er läßt aber gleichzeitig erklären, man dürfe von der Besprechung keine endgültige Lösung der Frage erwarten, denn — und nun bitten wir aufmerksam zu sein — nicht er, sondern der Herr Bundeswirtschaftsminister habe die Preiserhöhung verfügt, und außerdem habe auch der Herr Bundesfinanzminister ein Wort mitzureden! Das sehen wir ein. Aber wir fragen: Hat denn der Herr Bundeswirtschaftsminister und der Herr Bundesfinanzminister den Herrn Bundesverkehrsminister, als den für das Verkehrswesen Verantwortlichen, nicht vor Erlaß der Verordnung beteiligt? Und wäre es in unserem demokratischen Staatswesen nicht zweckmäßiger gewesen, die Verkehrswirtschaft vor Erlaß der Verordnung zu hören, da es sich für sie doch um eine lebenswichtige Frage handelt, und schließlich unser ganzes Wirtschaftsleben durch solche Preiserhöhungen in Mitleidenschaft gezogen wird? Hat denn keine einheitliche Willensbildung zwischen dem „Anderführenden" und den „mitbeteiligten" Ressorts, wie man in der Bürokratensprache so schön sagt, stattgefunden, damit die Auffassung der Bundesregierung einheitlich vertreten werden kann?

Dann hätte man Zeit, Verärgerung und Aufwand erspart, und nicht schon wieder den staunenden Volke den Kampf der Bundesressorts untereinander vor Augen geführt! Dann wäre der Gedanke, wir seien eigentlich doch nur Untertanen, nicht nur der vom Volke eingesetzten Herrn Minister, sondern noch viel mehr einer zum überwiegenden Teil mit den einfachsten Voraussetzungen der Regierungskunst nicht vertrauten und mit allzu viel Sachkenntnis nicht belasteten Bürokratie, gar nicht erst aufgekommen! L.

„Achtung hier ist die deutsche Konkurrenz"

Es wird so viel zum Fenster hinaus über die Liberalisierung des Außenhandels gesprochen, und es scheint immer mehr darauf hinauszulaufen, daß Deutschland zunächst einmal in der Liberalisierung Vorleistungen zu machen hat. Man wird dabei leicht an die Siegermentalität erinnert; der Besiegte hat brav zu sein und zu allem ja zu sagen und als erster zu beweisen, daß er kein Rückgrat mehr hat.

Unsere „Vettern an der Themse", wie es einmal so schön hieß, haben seit Anfang November 1949 von uns eine Freiliste bekommen, so daß seit dieser Zeit für 82 Millionen Dollar Waren aus England und dem Sterling-Raum importiert wurden, aber mit der englischen Freiliste für deutsche Waren hat es noch seine Weile; noch immer sind die Verhandlungen darüber im Gange und zunächst einmal will man sich am 11. Januar, also an dem Tage, an dem dieses Blatt erscheint, wieder zusammensetzen. Das Motto heißt also: Zeit gewinnen; denn die englischen Waren kommen ja auf alle Fälle frei herein.

Auch die Norweger machen sich bemerkbar. Sie sehen mit Mißbehagen den Aufrüstung der deutschen Hochseefischerei, sie stellen fest, daß die deutschen Fangboote mit modernsten Schleppnetzen ausgerüstet sind und große Fracht heimbringen. Sie stellen schließlich fest, daß Westdeutschland im vorigen Jahr 350 000 Faß Salzheringe aus Norwegen abgenommen hat, für das laufende Jahr aber nur 50 000 Faß abzunehmen in Aussicht stellte. Daß wir als devisenarmes Land, das von den Brosamen der Reichen lebt, froh sind, wenn unsere Heringsjagger jetzt wieder auslaufen können und recht viel Beute heimbringen, dafür haben die Norweger kein Verständnis. Sie denken nur an ihren eigenen Export, und was macht man, wenn man die Macht dazu hat? Man erpreßt. Also verlangen die norwegischen Fischerkreise, daß man den deutschen Schiffen das Anlaufen norwegischer Häfen verbieten solle, wenn sich nicht Westdeutschland entschließe, mehr Salzheringe als vorgesehen abzunehmen. Da sich für schlechte Dinge meist bessere juristische Gründe finden lassen als für gute, hat man in Norwegen herausgefunden, daß man sich ja noch im Kriegszustand (!) mit Deutschland befinde, also gar nicht verpflichtet sei, das Anlaufen deutscher Schiffe zu gestatten. Und dies alles im Zeichen der Liberalisierung des Außenhandels!

Als dritter im Bunde: Frankreich. Eine de Gaulle nahestehende Zeitung vom 3. Januar knüpft an das Eintreffen des ersten deutschen Frachters (die übrigens schon Ende Oktober erfolgte) einen unfreundlichen Kommentar. Die Frachtraten der deutschen Schiffe seien wesentlich billiger, als die der übrigen seefahrenden Nationen und die Preise für deutsche Industrieerzeugnisse lägen in Europa bereits 28 bis 40% unter dem Preisniveau der französischen Industrie. Dank der billigen deutschen Frachtraten seien auch in Übersee die deutschen Industrieprodukte vergleichsweise billiger. Sogar ein Beispiel wird angeführt: Der Verfasser des erwähnten Artikels, der sich als Fabrikant von Bügeleisen selbst decouvrierte, läßt die Katze aus dem Sack, er könne das Stück nur für 420 fr. verkaufen, aber vom deutschen Fabrikanten würden Bügeleisen für 305 fr. angeboten, wozu noch ein Kassenrabatt von 5% käme. Der ganze Artikel trägt die Überschrift: „Achtung, hier ist die deutsche Konkurrenz".

Da staunt der Fachmann und der Michel wundert sich. Die Reden zum Fenster hinaus gehen weiter. Ein Königreich für ein Fremdwort. Diesmal heißt es Liberalisierung. H.

Aus der deutschen Wirtschaft

Englische Zone

Die Fischer-Tropsch-Anlagen der Krupp-Treibstoffwerke GmbH. in Wanne-Eickel und der Gewerkschaft Victor in Castrop-Rauxel sind am 31. Dezember 1949 stillgelegt worden, da von alliierter Seite eine Verlängerung der Produktionserlaubnis über das Jahresende hinaus bisher nicht zugestanden wurde. In der Hoffnung auf eine Änderung der alliierten Einstellung haben jedoch die beiden Werke noch keine Arbeiterentlassungen vorgenommen. Neue Verhandlungen über die Produktion in den Fischer-Tropsch-Benzinwerken sollen am 12. Januar auf dem Petersberg stattfinden. Auf deutscher Seite hofft man, daß dabei die Produktionsgenehmigungen, die am 31. Dezember letzten Jahres ablaufen, erneuert werden. Falls dies nicht geschehe, werde sich der Demontagestop in den von der Demontageliste gestrichenen Werken der Kohle-Chemie nicht auswirken. Außerdem müsse dann ein größerer Teil der Belegschaften dieser Fabriken entlassen werden.

Rund 17 000 t Kruppscher Maschinen sind bisher verschrottet worden. Das Verschrotten weiterer 16 000 t ist angeordnet. Darunter befinden sich nach Feststellung des Jahresberichtes der Industrie- und Handelskammer Essen zahlreiche für die Friedensfertigung brauchbare Maschinen, die für die für die Stadt Essen lebenswichtige industrielle Neubesiedlung des Krupp-Geländes von entscheidender Bedeutung sind. In seinen Erläuterungen zum Jahresbericht erklärt der Kammerpräsident, daß das Krupp-Problem, die Kernfrage der wirtschaftlichen Zukunft Essens, nach wie vor ungelöst ist. Die Fabel, daß Krupp ausschließlich Rüstungsbetrieb gewesen sei, habe eine vorgefaßte Meinung gegen die früheren Krupp-Werke entstehen und festwurzeln lassen. Tatsächlich sei die Kruppsche Gußstahlfabrik in Essen nicht mehr und nicht weniger als andere Werke der Stahl- und Eisenindustrie Rüstungslieferant gewesen. Die Rüstungsbetriebe im Krupp-Bereich seien überdies bereits zäuflich zerstört.

Berlin ist von früher her zu einem erheblichen Teil auf den Verbrauch von Braunkohle eingestellt, insbesondere auch eine Reihe namhafter Berliner Industriewerke. Vorläufig wird Braunkohle noch von den westdeutschen Revieren geliefert. Infolgedessen sind im Bundesgebiet Braunkohlenbriketts fühlbar knapp geworden. Vermutlich werden bald die naheliegenden Gruben der Sowjetzone Westberlin mit Braunkohle versorgen.

Die der Rheinschiffahrt von der Wiederaufbaubank zur Verfügung gestellten Kredite haben den Heilingwerften, die allein für größere Reparaturen in Betracht kommen, gewisse Beschäftigungsmöglichkeit gebracht. Die kleineren Reparaturwerften dagegen klagen nach wie vor über Auftragsmangel, da bei der unbefriedigenden Ertragslage der Rheinschiffahrt Reparaturen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Derartige Arbeiten werden weitgehend von branchefremden Betrieben zu sehr billigen Preisen durchgeführt. So liegen nach wie vor die Werftpreise außerordentlich gedrückt.

Der Gedanke, die nun einmal vorhandene Spielleidenschaft weiter Kreise geschäftlich zu nutzen, läßt von Zeit zu Zeit neue Pläne entstehen. So ist soeben in Braunschweig eine „Konservenhandels GmbH." ins Leben gerufen worden, um den immer noch schwachen Konservenabsatz durch eine Lotterie zu beheben.

Das fast in allen Branchen bestehende Überangebot an Waren hat in Verbindung mit der ausgesprochen kritischen Einstellung des Publikums hinsichtlich Preis und Qualität zu einem stärkeren Wettbewerb geführt. Hierbei werden, wie aus dem Jahresbericht der IHK Essen hervorgeht, verschiedentlich die Grenzen des Erlaubten überschritten. Das wird nicht zuletzt darauf zurückgeführt, daß dem Einzelhandel die Bestimmungen des Wettbewerbsrechtes zum Teil nicht mehr bekannt sind, da die Kriegs- und Nachkriegswirtschaft mit ihren gebundenen Preisen den aktiven Wettbewerb für lange Jahre ausgeschlossen hatte. Das bei der Handelskammer zu Essen wieder errichtete freiwillige Einigungsamt für Wettbewerbsstreitigkeiten wurde in verschiedenen Fällen eingeschaltet. Hierbei stellte sich stets heraus, daß die Verstöße auf Unkenntnis der Gesetze beruhten.

Den Angestellten der sogenannten Erfasser- und Verteilerverbände beim schleswig-holsteinischen Ernährungs- und Wirtschaftsministerium ist jetzt zum tariflich nächsten Termin gekündigt worden. Zu diesen Verbänden gehören die Wirtschaftsstellen für Vieh, Fleisch, Getreide, Milch und Eier. Die Kündigungen waren erforderlich, weil das Kostendeckungsgesetz, das besondere Abgabe zur Unkostendeckung dieser Verbände vorsah, auf Grund eines Bundesbeschlusses am 31. März abläuft. Die Kündigungen ergeben sich ferner aus der teilweise aufgehobenen oder aufgelockerten Bewirtschaftung. Die Landesregierung läßt noch prüfen, inwieweit die Gekündigten teilweise für Aufgaben eingesetzt werden können, die als „Hoheitsaufgaben" weiter im Arbeitsbereich des Ministeriums bleiben.

Der Gasexport Westdeutschlands, das heißt aus den Erzeugungsgebieten an der Ruhr und im Raum Aachen, geht ausschließlich nach Holland. Die exportierten Gasmengen stiegen von 4 Mill. cbm auf 68 Mill. in 1947 und auf 83 Mill. in 1948. Im Jahre 1949 dürfte der Gasexport nach Holland 90 Mill. cbm bzw. 1,35% der Gesamtgasabgabe Westdeutschlands erreichen. Damit ist für das Jahr 1949 die vertraglich festgelegte Höchstlieferungsmenge von rund 95 Mill. cbm im Jahr nahezu erfüllt worden. Die täglichen Lieferungen unterlagen in Erfüllung holländischer Wünsche gewissen Schwankungen. Mitte Januar und Anfang November wurden täglich etwa 270 000 cbm geliefert, im August dagegen nur etwa 210 000 cbm. Wie aus dem Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Essen hervorgeht, wurden von holländischer Seite Wünsche geäußert, die eine Erhöhung der vertraglich vorgesehenen Höchstlieferungsmengen zum Ziel haben. Dabei werden Lieferwünsche von täglich 280 000 cbm genannt. Ob und in welchem Umfange den Wünschen auf zusätzliche Lieferungen entsprochen werden kann, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

Die auf Grund von Abmachungen zwischen der Eisen schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie erfolgten Preisanpassungen machen eine Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise im Eisenhandel notwendig. Diese Erhöhung ist inzwischen durchgeführt worden. Sie bezieht sich auf Stabeisen, auf Breitflanschträger und auf Formeisen. Der Weiterverkaufspreis ab Lager ist in den einzelnen Bezirken verschieden. Für das Ruhrgebiet gilt als neuer Grundpreis für Stabeisen 29,60 DM je 100 kg, für Breitflanschträger 30,20 DM und für Formeisen 29,20 DM je 100 kg.

Die Arbeitsgemeinschaft der Bitumenindustrie e. V. (Arbit), in der alle Erzeugergesellschaften von Bitumen zusammengefaßt sind, beschloß auf einer Mitgliederversammlung, ihre Tätigkeit ab Januar 1950 in Hamburg wieder aufzunehmen. Der neugewählte Vorstand besteht aus den Herren Dr. Eckhardt von der Esso als Vorsitzender, Direktor Plitsch von der Deutschen Shell A. G. und Dr. Krages von der DEA. Zum Geschäftsführer wurde Dr. K. Ziegs bestellt.

Die schleswig-holsteinische Landesstelle für Gewerbeförderung hat bisher 94 Kreditanträge mit einer Kreditsumme von zusammen 74 Mill. DM befürwortet, nachdem die Anträge in volkswirtschaftlicher und fachlich-betriebstechnischer Hinsicht sorgfältig geprüft wurden. In die Empfehlungsliste des Bundeswirtschaftsministeriums wurden nach Angaben der Landesstelle 42 schleswig-holsteinische Vorhaben mit einem Gesamtkredit von 32 Mill. DM aufgenommen. Die Landesstelle für Gewerbeförderung, die im Mai 1948 mit ihrer Arbeit begann, hat die Aufgabe, neue Betriebe anzusetzen und bestehende Betriebe zu erhalten oder zu erweitern.

Die niedersächsische Landesbank und Girozentrale in Hannover legt mit Genehmigung des niedersächsischen Ministers der Finanzen eine neue fünfprozentige niedersächsische Landesbankanleihe im Betrage von 10 Mill. DM zum Verkauf auf. Der Ausgabekurs ist 98%. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre.

Im Rahmen des Sofortprogrammes für den Ausbau der Stromversorgungsunternehmen wird die bereits angekündigte Anleihe der Preußischen Elektrizitäts-A.G. in Hannover über 31,5 Mill. DM nunmehr zur Zeichnung aufgelegt. Nach dem Verkaufsangebot sind die Inhaber-Schuldverschreibungen mit 6% jährlich zu verzinsen. Sie werden zum Kurse von 98% in Stücken von 100, 500 und 1000 DM ausgegeben.

Die Sparkasse der Stadt Köln hat sich entschlossen, das langfristige Kreditgeschäft wieder aufzunehmen, nachdem sich die Sparfähigkeit der Kölner Bevölkerung im Jahre 1949 günstig entwickelt hat. Die Spareinlagen stiegen im vergangenen Jahr bei der Kölner Stadtsparkasse um 7,4 Mill. auf 29,3 Mill. DM. Im ersten Vierteljahr 1949 überwogen die Einzahlungen mit 4 Mill. DM die Auszahlungen um 0,7 Mill., im 2. Viertel mit 5,1 Mill. um 1 Mill. DM, im 3. Viertel mit 6,5 Mill. um 2,5 Mill. DM und im letzten Vierteljahr 1949 mit 7,8 Mill. um 3 Mill. DM, wobei noch 0,7 Mill. DM an Zinsen gutgeschrieben werden mußten. Gegenwärtig besitzt jeder dritte Kölner Einwohner ein Sparkassenbuch, während es 1938 jeder zweite Kölner war. Einen besonderen Erfolg hatte die Stadtsparkasse in der Steigerung des steuerfreien Sparens. Im 2. Halbjahr 1949 wurden fünfmal soviel Verträge wie im ersten Halbjahr abgeschlossen. Die Stadtsparkasse führte im Rahmen einer umfangreichen Betreuung des Spargeschäftes das Sparen innerhalb der Gewerkschaftsjugend ein, das auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt werden soll, falls es sich bewährt. Die Zahl der Kontokorrent-, Giro- und Scheckkunden beträgt gegenwärtig 42 000. Der Jahresumsatz belief sich 1949 auf rund 1,2 Milliarden DM. In diesem Zusammenhang wird von der Sparkasse erklärt, daß die Zahl der ungedeckten Schecks erheblich zugenommen habe. Im vergangenen Jahr ist es der Kölner Stadtsparkasse möglich gewesen, alle berechtigten kurzfristigen Kreditwünsche voll zu befriedigen.

In den 5000 Industriebetrieben Schleswig-Holsteins sind gegenwärtig nach den Angaben des statistischen Landesamtes 50 000 Flüchtlinge beschäftigt. Das sind 34,9% der Gesamtbeschäftigten der Industrie, während der Anteil der Flüchtlingsbevölkerung an der Einwohnerzahl des Landes etwa 43% beträgt. Einen hohen Anteil an Flüchtlingen unter ihren Beschäftigten weisen die nach dem Kriege neu gegründeten Betriebe auf. Von 1243 nach dem 8. Mai 1945 gegründeten Betrieben wurden 537 oder 43% durch Flüchtlinge ins Leben gerufen.

Als Ergebnis der Herbstabschlußprüfungen stellt die IHK Solingen einen erheblichen Leistungsrückgang bei den gewerblichen Lehrlingen fest. Die Prüfung wurde im Stadtkreis Solingen nur von 69% gegenüber 89% im Frühjahr und im Rhein-Wupperkreis nur von 82% gegenüber 92% bestanden. Vor allem ist dies auf die ungenügenden praktischen Kenntnisse zurückzuführen. Es wird darauf hingewiesen, daß manche Lehrbetriebe die Aufgabe der Lehrlingsausbildung nicht ernst genug nehmen, daß sie vielmehr die Lehrlinge in zu hohem Maße als billige Arbeitskräfte im Betrieb verwenden und dabei die Ausbildungspflicht nicht erfüllen.

Beim Arbeitsamt Iserlohn sind Fortbildungslehrgänge für Stenotypistinnen und Buchhalter eingerichtet worden, weil trotz der großen Arbeitslosigkeit unter den kaufmännischen Angestellten hochqualifizierte Kräfte immer noch gesucht werden. In dem ersten inzwischen beendeten Kursus für Stenotypistinnen wurden die Leistungen erhöht und ein großer Teil der Teilnehmerinnen ist bereits in geeigneten Stellungen untergebracht worden. Schwierigkeiten gibt es beim Buchhalterlehrgang wegen der recht unterschiedlichen Kenntnisse der Bewerber, doch wird noch auf ein befriedigendes Ergebnis gehofft.

Schweden hat für seine Zündholzindustrie weitere 200 weibliche Arbeitskräfte aus Schleswig-Holstein angefordert. Das Arbeitsamt Lübeck wird etwa die Hälfte der angeforderten Arbeitskräfte vermitteln.

Amerikanische Zone

Das Erfordernis einer Sonntagserlaubnis für die Benutzung von Kraftfahrzeugen ist mit Beginn des neuen Jahres hinfällig geworden, verlautet aus amtlicher Quelle. Es war verankert in der Kraftfahrzeug-Benutzungs-Verordnung, die als einzige der Durchführungsverordnungen des Bewirtschaftungsgesetzes mit ihren Benutzungsbeschränkungen nach Ablauf ihrer auf den 31. Dez. 1949 befristeten Gültigkeitsdauer als erledigt zu betrachten ist, während die anderen Durchführungsverordnungen zunächst noch über den 31. Dezember 1949 hinaus verlängert worden sind.

Mit dem 1. 1. 1950 wurde die Bauabteilung des hessischen Innenministeriums aufgelöst und z. T. in das Landesplanungsamt, das Referat für Wohnungs- und Siedlungswesen beim Innenministerium sowie der Staatsbauverwaltung beim Finanzministerium überführt. Bei der Verabschiedung der seitherigen Mitarbeiter stellte der Leiter der Aufbauabteilung, Min.-Dir. Wittrock, fest, daß Hessen am Tage der Währungsreform an zweiter Stelle der Bizone rangierte. Auf dem Gebiete der Baugesetzgebung seien eine Reihe fortschrittlicher Gesetze (Aufbaugesetz, Baulenkungsgesetz und Trümmergesetz) geschaffen worden, weitere Gesetze seien in Vorbereitung. Von dem Wohnungsbaugesetz der Abteilung sei ein Zehnjahreswohnungsbauprogramm ausgearbeitet worden, welches im Jahre 1949 überschritten worden sei. Bedenken, daß durch die Auflösung der Abteilung eine einheitliche Baupolitik gefährdet sei, zerstreute er mit dem Hinweis der Zusammenfassung der gesamten Bauplanung im neuen Landesplanungsamt.

Wegen der Herabsetzung des Jugendlichen-Urlaubs in bayerischen Handwerksbetrieben von 24 auf 13—15 Tage ist der Bayerische Handwerkstag zu Ministerpräsident Dr. Ehard herangetreten. Die Urlaubsbeschränkung werde zur Hebung der Berufsnot mehr beitragen als Steuererleichterungen, da die lange Urlaubsdauer dazu beitrage, daß viele handwerkliche Arbeitgeber die Einstellung von Jugendlichen nicht als tragbar ansehen. Dr. Ehard wird gebeten, im Ministerrat bei der bevorstehenden Debatte über das Urlaubsgesetz die Forderung des Handwerks zu vertreten.

In der ersten Senatssitzung des neuen Jahres legte der Bremer Senatspräsident Kaisen einen Bericht über die Entwicklung Bremens im Jahre 1949 vor. Im Mittelpunkt der Schwierigkeiten des vergangenen und des neuen Jahres wird, wie der Senatspräsident feststellte, die Finanzlage der Stadt stehen. Im laufenden Haushaltsjahr trägt Bremen mit 100 Mill. DM zur Unterstützung finanzschwacher Länder bei. Wenn ab April 1950 der Bund die Zölle und Verbrauchsteuer beansprucht und dafür die Besatzungskosten übernimmt, so ist Bremen vor ernste fiskalische Probleme des umgekehrten Finanzausgleichs gestellt. In dem Bericht heißt es weiter, daß der Wiederaufbau der Hafenanlagen im Jahre 1949 weitere Fortschritte machte. Der Seeverkehr der Bremer Häfen stieg gegenüber 1948 um 19% auf 7 Mill. BRT. Die Zahl der Liniendienste und Abfahrten wurden von 38 Linienlinien mit 70 monatlichen Abfahrten im Jahre 1948 auf 78 Linien mit 140 monatlichen Abfahrten im Jahre 1949 mehr als verdoppelt. Die Beschäftigungslage in den Bremer Häfen wurde durch das Bestehen des maschinellen Massengüterumschlags auf Kosten des Stückgüterumschlags ungünstig beeinflußt. In dem Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung Bremens heißt es weiter, daß der Produktionswert der Bremer Industrie im Jahre 1949 auf 1 Milliarde DM geschätzt wird. Das Devisenaufkommen der Bremer Häfen und Werften erreichte 1949 rund 7 Mill. Dollar. Der Bremer Außenhandel erzielte im vergangenen Jahre ein Ausfuhrergebnis von 27 Mill. Dollar, während auf der Einfuhrseite 20 Mill. Dollar zu verzeichnen sind. Im Interzonenhandel lieferte Bremen nach Aufhebung der Blockade für 30,5 Mill. DM Waren nach Westberlin und 1,7 Mill. DM Waren in die Sowjetzone. Insgesamt gesehen hat sich die wirtschaftliche Bilanz Bremens zwar verbessert, aber noch nicht den Vorkriegsstand erreicht.

Die Garnerzeugung im Bundesgebiet erhöhte sich im November nach den neuesten Produktionsmeldungen auf 37 602 t gegenüber 36 231 t im Vormonat. Die Erzeugung von Kammgarnen hat um 6,8% von Streichgarnen um 4,5% zugenommen. In der Baumwollspinnerei betrug der Produktionsanstieg 3,5%. Von der um 100 t auf 33 329 t gestiegenen Garnverarbeitung entfielen auf die Baumwollweberei 14 644 t und auf die Wollweberei 4 650 t. Die Produktion bei den Seiden- und Samtwebereien hat sich gegenüber dem Vormonat nicht verändert.

Eine sehr pflegliche Kreditbehandlung der Mittel- und Kleinindustrie fordert der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu München, Dr. Mellinger, in der ersten Januarausgabe des Kammer-Mitteilungsblattes unter dem Gesichtspunkt der Exportförderung. Diese Betriebe würden eine wichtige Rolle in der Fabrikation „einmaliger" Erzeugnisse spielen, für die keine oder nur geringe Konkurrenz im Ausland vorhanden sei. Aus diesem Grund sei die Möglichkeit zu überlegen, ob solchen Export-Pionierbetrieben zur Förderung ihrer Entwicklungsarbeit wesentliche steuerliche Erleichterungen gewährt werden können. Auf die im Inland sichtbar gewordenen Erfolge der bisherigen Wirtschaftspolitik eingehend, warnte Dr. Mellinger vor einer zu binnenwirtschaftlichen Betrachtungsweise des wirtschaftlichen Geschehens. Man habe gegenwärtig in Deutschland eine „Konjunktur auf Pump" und sehe auf den „Krücken" der ERP-Hilfe. Zur Überwindung dieses Zustandes sei das Sparen beim Verbraucher und eine Reform der Steuergesetzgebung notwendig.

Die Daimler-Benz-AG in Stuttgart-Untertürkheim hat mit Wirkung vom 1. Januar die Preise für vier Kraftwagentypen gesenkt. Der Mercedes 170 V kostet nunmehr als Innenlenker 7380 DM, der Mercedes 170 D als Innenlenker 8620 DM und der 170 S als Innenlenker 9490 DM. Der Preis für den 3,5 t Lkw wurde auf 13 750 DM herabgesetzt. Damit haben die Daimler-Benz-Werke seit der Währungsreform bereits zum zweiten Male die Preise für ihre Kraftwagen gesenkt. Wie die Pressestelle des Werkes mitteilt, könnte die Senkung nur auf Grund der gesteigerten Produktionsleistung durchgeführt werden.

Der Index der industriellen Produktion Bayerns hat sich auch im November auf dem bisher erreichten Stand gehalten. Der Produktionsindex (1936 = 100) beträgt nach vorläufigen Berechnungen des bayerischen Wirtschaftsministeriums im November (Oktobervergleichszahlen in Klammern) für Produktionsmittel mit allgemeinem Verwendungszweck 142 (145), Investitionsgüter 98 (100), Verbrauchsgüter 91 (88) und für die gesamte Industrie Bayerns ohne Bauwirtschaft 100 (100).

Ostzone

Der Minister für Industrie der Ostzonen-Republik, Selbmann, kritisierte am 4. Januar auf einer Belegschaftsversammlung seines Ministeriums das mangelnde Planbewußtsein. Jedes Mitglied des Ministeriums müsse mindestens die Planziffern des ersten Quartales 1950 aus seinem Arbeitsgebiet im Kopf haben. Die volkseigenen Betriebe würden künftig monatlich einen Tag der offenen Tür durchführen, an den sie von der Schuljugend besichtigt werden könnten. Der Tag der offenen Tür soll das Interesse der Jugend an der Arbeit in den Betrieben wecken. Minister Selbmann teilte mit, daß er im Auftrage der Regierung einen Bericht über die Einflüsse des Monopol-Kapitals auf die volkseigene Industrie ausarbeite. Über die Ergebnisse und Schlußfolgerungen in diesem Bericht „würde sich noch mancher wundern".

Das Amt für Informationen der Sowjetzonenregierung richtet in scharfer Form eine Mitteilung an die verantwortlichen Herausgeber und die mitverantwortlichen Wirtschaftsredakteure der Tageszeitungen in der Sowjetzone und im Ostsektor Berlin. Eine große Anzahl Inserate stamme von Firmen aus dem Berliner Westsektoren und enthielte Anpreisungen von Waren zu Weltmarktpreisen oder mit verschleierten Hinweisen auf Zahlung in Ostmark unter Zugrundelegung des „Wechselstubenschürferkurses". Das Amt für Informationen stellt die Frage, ob es den verantwortlichen Redakteuren dieser Zeitungen nicht bekannt sei, daß Geschäfte zwischen den beiden verschiedenen Währungsgebieten allein nach dem gesetzlich zulässigen Vereinbarungen und nur auf Verrechnungsbasis abgewickelt werden dürfen.

In seinem Rechenschaftsbericht anläßlich des einjährigen Bestehens des ostberliner Magistrats gab Oberbürgermeister Friedrich Ebert bekannt, daß im Jahre 1949 in Ostberlin Werte im Betrage von 884,1 Mill. Ostmark erzeugt wurden, während sich die Produktion des Ostsektors im Jahre 1947 auf 738,3 Mill. Ostmark belaufen habe. Bei dem Ostberliner Stadtsektor seien die täglich fälligen Einlagen von 712 Millionen Ostmark im Dezember 1944 auf 879 Mill. Ostmark im Oktober 1949 gestiegen. Von 636 000 beschäftigten Männern und Frauen des Ostsektors arbeiteten 82 000 in den Westsektoren, während 125 000 Bewohner der Westsektoren ihre Arbeitsstelle im Ostsektor hätten. Die Zahl der offenen Stellen im Ostsektor habe sich im vergangenen Jahr von 4200 auf 9000 erhöht. Allein für die Metallindustrie fehlten 5000 Facharbeiter. Durch den Investitionsplan für den Wohnungsbau in Ostberlin, der an sechs Schwerpunkten begonnen sei, seien der Wirtschaft insgesamt 137,5 Millionen Ostmark zugeführt worden, von denen bis zum 30. 9. 62 Prozent ausgegeben worden seien. 40 Mill. Ostmark des Plans entfielen auf die Entrümmerung und 17,5 Mill. Ostmark auf den Wohnungsbau. Es seien 1,1 Mill. cbm Schutt beseitigt worden und 57 Mill. Mauersteine und über 19 000 t Schrott und 5000 t Nutzeisen gewonnen worden. An den sechs Schwerpunkten seien 1150 neue Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von 48 200 qm wieder instandgesetzt worden. Auf dem Gebiete des Verkehrswesens hätten alle in Betrieb befindlichen Straßenbahnwagen verglast und der größte Teil lackiert werden können. Die Zahl der BVG-Omnibusse sei auf 30 erhöht worden. Nach Beseitigung der Bereifungsschwierigkeiten solle der Omnibus-Verkehr wieder auf den normalen Stand gebracht werden. In der Zeit vom Februar bis September d. J. sei die Zahl der geförderten Pakete von 120 000 auf 350 000, die der Päckchen von 78 000 auf 141 000 und die Zahl der Telegramme von 94 000 auf 130 000 gestiegen.

Die Gesamtproduktion der sächsischen Industrie hat sich im Jahre 1949 um 37% gegenüber dem Vorjahr erhöht, teilte der sächsische Wirtschaftsminister Zeller am 4. Januar auf einer Gewerkschaftskonferenz in Dresden mit. Die größte Produktionssteigerung weist die Textilindustrie mit 80% auf.

Die mecklenburgischen Industriebetriebe kritisierten in einer Eingabe an das mecklenburgische Wirtschaftsministerium scharf die schlechte Beschaffenheit der mitteldeutschen Braunkohlenbriketts. Danach haben die Briketts durchschnittlich einen Wassergehalt von 18%. Ihre Lagerfähigkeit sei äußerst schlecht, da sie leicht zerfallen und bröckeln. Die nachlassende Produktionskraft vieler mecklenburgischen Industriebetriebe wird zum großen Teil auf den mangelnden Brennwert der mitteldeutschen Briketts zurückgeführt.

Sämtliche in der Sowjetzone vorhandenen Straßentankstellen und Großtankanlagen der Mineralölfirmen Shell und Otex sind der volkseigenen „Deutschen Kraftstoff- und Mineralölzentrale" zur „Treuhänderischen Nutzung" übertragen worden. Einige Anlagen wurden von der sowjetischen „Derunaght" übernommen. In Brandenburg und Mecklenburg wurden sogar eine Anzahl Tankstellen der beiden Firmen demontiert und das Material zum Neuaufbau volkseigener Tankstellen verwendet.

Das Handwerk im Lande Mecklenburg mit 34 000 Handwerksbetrieben und 106 000 Beschäftigten hatte im Jahre 1949 einen Umsatz von 464 Mill. Ostmark zu verzeichnen.

Die in Thüringen gelegenen Schiefergruben von Steinach liefern gegenwärtig Schiefer im Werte von 200 000 DM-Ost nach Frankreich, Belgien, Holland und der Schweiz. Exportverhandlungen mit Übersee wurden aufgenommen.

Der Ausweis über den Noten- und Münzenumlauf der ostzonalen Deutschen Notenbank per 31. 12. 49 zeigt, daß der Notenumlauf sich gegenüber dem 30. 12. um 115 Mill. Ostmark auf 3288 Mill. Ostmark verringert hat. Entsprechend haben sich die Bestände in den Kassen der Deutschen Notenbank und der Emissions- und Girobanken um 69 Mill. Ostmark und die Bestände in den Kassen der sonstigen Kreditinstitute um 46 Mill. Ostmark erhöht.

Die Bewirtschaftung von Spielkarten in der Ostzonenrepublik ist rückwirkend aufgehoben worden. Die Preise für steuerpflichtige Spielkarten wurden durch eine Preisverordnung neu geregelt.

Das Landesfinanzamt Berlin (West) hat den durchschnittlichen Wechselkurs für Dezember 1949 auf 8,30 (8,29) Ostmark für eine Westmark festgesetzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Frankreichs modernisierte Eisenindustrie

Roheisen-Erzeugung auf Vorkriegshöhe — Starke Ausdehnung der Walzwerkskapazität — 25% der Eisen- und Stahlerzeugung soll exportiert werden

Von unserem m. a. r. r.-Korrespondenten in Paris

Vor einigen Wochen überboten die französischen Stahlwerke alle bisherigen Rekorde. Im Oktober überschritt die Rohstahlerzeugung mit 338 000 t den monatlichen Durchschnitt von 1938 mit 318 000 t (1929: 809 000 t).

Gleichzeitig erreichte die Förderung der lothringischen Kohlengruben über 3 000 000 t.

Diese Erfolge konnten erzielt werden durch eine größere Anzahl von Marshallplan-Krediten, die es dem Lande gestatteten, seinen Wiederaufbau trotz schlechter Finanzlage infolge des Krieges fortzusetzen.

Wenn man sich die Lage am Tage nach der Befreiung vergegenwärtigt, wird man den ungeheueren zurückgelegten Weg ermessen können . . .

Ungeregelter Verkehrswesen, Arbeitskräfte zerstreut, Mangel an Kohle und elektrischer Energie und schließlich die Schäden: ausgebrannte Hochöfen, eingestürzte Kokereien, überflutete Gruben, zerstört oder abgebaut . . . insgesamt 25 Mrd. frs. 1945!

Gerade zu diesem Zeitpunkt benötigte das Land am meisten Stahl für seinen Wiederaufbau: Schienen, Brücken, rollendes Material, Schiffe, Beschläge, Nägel usw. . . . alles was gebraucht wird, um ein Land aufzubauen.

Man ging an die Arbeit und schon 1945 förderten die Eisenerzgruben 7 700 000 t Eisenerze, 1946: 13 216 000 t, 1948: 23 000 000 t, und man schätzt für 1949 auf 32 000 000 t.

Leider konnten die Stahlwerke nicht alles Erz wegen Mangel an Kohle verarbeiten. 1946 waren nur 30 Hochöfen in Betrieb, die 3 444 000 t Roheisen und 4 400 000 t Stahl erzeugten. Augenblicklich sind bereits 185 Hochöfen in Betrieb, die bei einer Tagesleistung von 500 t Roheisen in der gleichen Zeit 2000 t Koks und Erz (130 Waggons) verbrauchen.

Wie hatte man das Kohleproblem gelöst? Die französischen Kohlegruben mit ihrer veralteten Ausrüstung, — deren Verstaatlichung nicht zu einer Leistungssteigerung beigetragen hat —, haben noch nicht ihre Vorkriegsförderung erreicht. Die große Bretagne kann infolge von Arbeitermangel nicht liefern. Die Ruhr lieferte 1946 nur 450 000 t Steinkohle und 400 000 t Kohle. Es verblieben die USA als Lieferant, aber Frankreich hatte keine Dollars zur Verfügung.

Hier setzte die Überbrückungshilfe ein. 1947 lieferten die USA 775 000 t, 1948 (im ersten Jahr des Marshallplanes) 862 000 t. Schließlich ermöglichten es die „Ziehungsrechte" Frankreich, bedeutende Mengen von Koks und Kohle in Deutschland zu kaufen. Das Problem ist somit gelöst und im März 1949 war die Menge des erzeugten Roheisens größer als im gleichen Monat 1929.

Diese Wiederherstellung ist jedoch nur ein Schritt, denn die Welt verbraucht heute mehr Stahl als vor dem Kriege. Schon von 1946 an zeigt ein Plan, der Monnet-Plan, die Grundzüge für eine Neuausrüstung der französischen Stahlindustrie auf:

Unmittelbares Ziel: 6 000 000 t Stahl in Luppen, 1 000 000 t Roheisen zur unmittelbaren Verarbeitung.

In drei Jahren: 10 000 000 t Stahl in Luppen, 2 500 000 t Roheisen.

Endziel des Planes: 13 500 000 t Stahl in Luppen, 3 000 000 t Roheisen.

Verbunden mit einer gleichzeitigen Verringerung der Herstellungskosten. Aber die Modernisierung soll nicht nur bei einem Punkt (z. B. der Leistung der Hochöfen) erfolgen, sondern in der Gesamtheit der Produktionsmittel von der Grube bis zum fertigen Blech. Die Gesamtkosten dafür werden auf 225 Mrd. frs. geschätzt.

Weiß des Stahlblechs

Die Erzeugung muß neu ausgerichtet werden. Die heutige Welt ist die „Welt des Stahlblechs". Alle Erzeugnisse der modernen Welt, — Autos, Eisschränke, Flugzeuge, Schiffe, Bauten . . . —, sind abhängig von „flachen Erzeugnissen", während man früher meistens „schwere Erzeugnisse" (Träger, Profileisen und Schienen) verlangte.

Die größten unserer Hüttenwerke sind jedoch noch mit Einzelwalzwerken ausgerüstet und auf menschliche Arbeitskraft angewiesen. D. h. die Rohlinge werden von zwei Männern aus dem Ofen genommen und in ein erstes Walzenpaar gesteckt, an dessen Ausgang zwei Männer sie wieder in Empfang nehmen und in ein zweites Walzenpaar einführen oder zum Neuglühen in den Ofen zurückbefördern. Die Stundenleistung ist gering, die Arbeit mühsam und die Arbeitskräfte dafür sind immer schwieriger zu finden.

Es müssen deshalb voll- oder halbdurchgehende Walzenstraßen eingerichtet werden, die das Blech in Rollen von 300 m Länge und 1 bis 2 m Breite ausgewalzt erzeugen, mit Geschwindigkeiten von 30 km-std. für das Warmwalzwerk und 100 km-std. für das Kaltwalzwerk. (Amerika, das Land des Bleches, besitzt etwa 30 Walzenstraßen für fortlaufende Bänder).

Im Rahmen des Monnet-Planes sind zwei Gesellschaften für diese Aufgabe gegründet worden, USINOR (Union Sidérurgique du Nord de la France) und SOLLAC (Société Lorraine de Laminage Continu). Die Walzenstraßen wurden in den USA bestellt, und die Neubauten begannen unmittelbar darauf in Denain und Montataire (Oise).

Das Kaltwalzwerk der USINOR in Montataire ist bereits fertiggestellt. Die Zufuhr von warm vorgewalzten Blechpaketen soll in etwa einem Monat erfolgen und die Fertigung kann beginnen. Für diese Ausrüstung hat die USINOR eine Anweisung der ERP-Verwaltung über 11 000 000 Dollar (über 3 Mrd. frs.) zum Einkauf von Material in den USA erhalten.

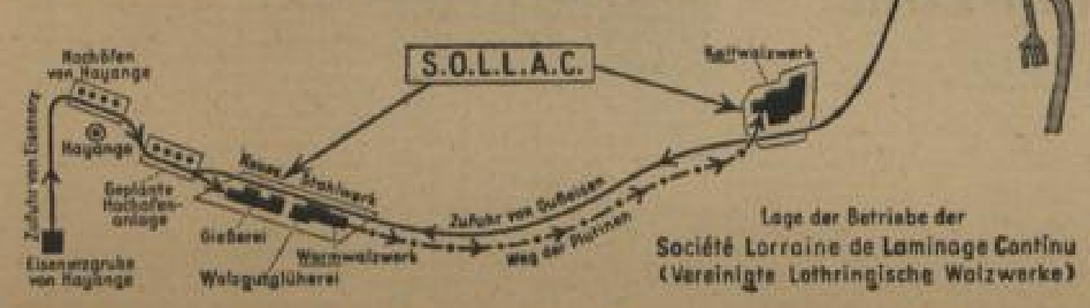
Das größte Walzwerk Europas

Die Arbeiten der SOLLAC in Hayange und Ebange (Lothringen) werden in drei Jahren beendet sein. Dort wird 3 km von der Eisengrube entfernt und 30 km von der Kohlengrube, das größte Walzwerk Europas entstehen, dank der 49 000 000 Dollar, die für den Einkauf von Material in den USA bereitgestellt wurden. Dieses Stahlwerk wird 500 000 t Rohstahl im Jahr erzeugen. Sein Warmwalzwerk von 3 m Breite kann 800 000 t ausstoßen. Die Kaltwalzenstraße, eine für Blech mit 350 000 t, eine für Weiß- und Feinblech mit 250 000 t. Ferner die Glüherei für 1 000 000 t jährlich, sowie eine Kokerei mit 84 Kammern und einer Tagesleistung von 1800 t Kohle je Kammer, von der 70% aus den nahegelegenen lothringischen Gruben kommt.

Die Senkung der Herstellungskosten wird umfangreiche Folgen sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch für den Export haben, weil Frankreich vor dem Absinken der Nachfrage nach schweren Erzeugnissen und Rohstahl bedeutende Mengen von flachen Erzeugnissen wird anbieten können. Frankreich wird ein Viertel seiner Eisen- und Stahlerzeugung ausführen.

Schließlich sei noch mitgeteilt, daß dank der ERP-Verwaltung mehr als ein Siebentel der Ausgaben Frankreichs für die Erneuerung seiner Eisen- und Stahlindustrie (etwa 20 Mrd. frs. insgesamt) durch den Marshallplan in Form von Dollar-Anweisungen zum Einkauf von Material in den USA gedeckt sind.

Bei der erstaunlichen Erholung der französischen Eisen- und Stahlindustrie wie wir es im Schaubild dieses Artikels sehen können, ebenso wie auf dem Gebiete der Kohlenförderung, auf das wir demnächst zurückkommen werden, ist es nicht mehr als gerecht, neben der Energie der französischen Nation die tatkräftige Hilfe der USA lobend zu erwähnen.



Lage der Betriebe der Société Lorraine de Laminage Continu (Vereinigte Lothringische Walzwerke)

Wirtschaftsbasis Europas liegt in Europa

Der Außenhandel vor dem Krieg beweist es — Deutschland lieferte Europa mehr als es von dort bezog — Noch ein weiter Weg zur Wirtschaftseinheit

Zur Zeit verhandeln Wirtschafts- und Finanzsachverständige der Benelux-Länder mit Vertretern Frankreichs und Italiens in Paris. Das Ziel dieser Verhandlungen ist eine erweiterte Wirtschaftsunion, ein Ausbau der „Benelux" zur „Pritalux". Die ersten Ansätze zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas, die schon im Jahre 1948 zu beobachten waren, haben damit festere Formen angenommen, und die Erkenntnis, daß eine solche Vereinigung ohne das Herzstück Europas, Deutschland, nicht möglich ist, ist im Wachsen. Es ist der Wunsch der Niederlande, die Deutsche Bundesrepublik in die Pritalux einzubeziehen. Von Dänemark geht ein Vorschlag aus, einen europäischen Währungspool zu bilden, der mit den nordischen Ländern zu einer „Nordischen Union" führen soll. Aber sowohl die Pritalux als auch die Nordische Union könnten nur als Etappen auf dem Wege zu einem gesamtwirtschaftlichen Europa dienen. Der Weg bis zur Erreichung dieses Zieles dürfte noch lang und mühevoll sein.

Es scheint in der Vergangenheit das Schicksal Europas gewesen zu sein, daß politische Leidenschaften immer wieder eine Tatsache verschleierten: die wirtschaftliche Basis Europas liegt in Europa selbst. Die Wirtschaft mußte sich mit ihren Notwendigkeiten nach den Ergebnissen der politischen Entwicklung richten, oft sehr zum Schaden der gesamteuropäischen Wirtschaft.

Daß nach dem Krieg, der die nationalen Leidenschaften in Europa bis zur Siedehitze gesteigert hatte, der Blick für die realen Gegebenheiten vorerst getrübt war, hat nicht überrascht. Es ist nicht zuletzt die im Osten Europas eingetretene Entwicklung gewesen, die den Westen hat erkennen lassen, daß eine dauernde Diffamierung Deutschlands auf dem politischen Feld mit ihren wirtschaftlichen Rückwirkungen als schädlich für die gesamteuropäische Entwicklung betrachtet werden muß. Man erkennt immer mehr, daß die Frage einer wirtschaftlichen Erholung Europas zugleich eine Frage der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands ist. Das Eine ist ohne das Andere nicht denkbar, denn die außereuropäischen Länder können die Funktionen, die die deutsche Wirtschaft vor dem Krieg in Europa ausübte, auf die Dauer nicht übernehmen, wie auch die deutsche Wirtschaft sich nicht ohne die verständnisvolle Mitarbeit der übrigen europäischen Länder wird erholen können.

Die Schwerpunkt des deutschen Außenhandels lag vor dem Krieg in Europa. 57¼% der deutschen Einfuhr kamen 1933, ein der Nationalsozialismus das Bild verfälschte, aus europäischen Ländern, und 76½% der deutschen Ausfuhr wurden von europäischen Ländern aufgenommen. So bezogen im Jahre 1933 mehr aus Deutschland, als sie nach Deutschland lieferten: Belgien-Luxemburg, Großbritannien, Dänemark, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, die Sowjetunion, Schweden, die Schweiz, die Tschechoslowakei usw. Andererseits war Deutschland der willkommene Abnehmer für eine Reihe von Produkten aus europäischen Ländern, besonders in Südosteuropa. Hier waren zu nennen, Bulgarien und Griechenland insbesondere. In der Tatsache, daß Deutschland den europäischen Ländern ein Saldo mehr lieferte, als es insgesamt von ihnen bezog, spiegelte sich die Rolle wider, die die deutsche Wirtschaft als Veredler und Vermittler von Gütern für das europäische Leben spielte. Die nachstehende Zusammenstellung gibt einen Überblick über den Anteil der europäischen Länder im Außenhandel Deutschlands im Jahre 1933:

Deutschlands Außenhandel mit Europa
(in Mill. Mark für 1933)

	Einfuhr	Ausfuhr
Belg.-Luxemburg	138,9	278,1
Großbritannien	238,4	605,6
Irisch. Freistaat	1,9	16,0
Bulgarien	31,3	17,7
Dänemark	104,4	144,7
Island	2,7	3,0
Danzig	31,3	36,9
Estland	8,4	7,3
Finnland	37,2	44,2
Frankreich	184,0	365,0
Griechenland	53,4	18,7
Italien	160,4	227,3
Jugoslawien	33,8	33,8
Lettland	17,5	17,2
Litauen	22,1	19,7
Niederlande	382,6	612,6
Norwegen	73,9	86,0
Österreich	57,6	130,7
Polen	55,9	55,5
Portugal	14,3	37,3
Rumänien	46,1	46,0
Sowjetunion	194,1	303,3
Saargebiet	118,1	53,6
Schweden	102,6	191,1
Schweiz	82,5	152,4
Spanien	86,3	85,8
Tschechoslowakei	121,7	140,1
Türkei	37,9	36,3
Ungarn	34,3	38,1

Die gesamteuropäische Einfuhr betrug 1933 2 381,4 Mill. Mark, die Ausfuhr 2 801,1 Mill. Mark.

Wendet man sich der Frage zu, welchen Anteil die deutschen Bezüge und Lieferungen am Außenhandel der anderen europäischen Länder hatten, so zeigt sich, daß der deutsche Anteil an den Einfuhren dieser Länder meist mehr als zehn Prozent erreichte, vielfach auf über 25% stieg und in einem Falle, Bulgarien, sich sogar auf 41% stellte. An der Ausfuhr der europäischen Länder war Deutschland mit beträchtlichen Sätzen beteiligt, die vielfach zwischen 20% und 30% lagen. Bulgarien stand auch in diesem Fall mit 40½% an der Spitze. Bestanden während des Krieges noch zwischen Deutschland und den besetzten europäischen Ländern, teilweise auch mit den neutralen Ländern wirtschaftliche Austauschbeziehungen, die allerdings sehr einseitig auf die deutschen Kriegsbedürfnisse zugeschnitten waren, so waren diese Beziehungen mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zusammengebrochen und haben sich seitdem bei weitem noch nicht im Vorkriegsausmaß erneuern lassen, selbst mit den Ländern nicht, die westlich des Eisernen Vorhangs liegen.

Deutschlands Anteil am Außenhandel der europäischen Länder
(in Prozenten der letzten Vorkriegsjahre)

	Einfuhr	Ausfuhr
Belgien-Luxemburg	20,00	11,70
Großbritannien	4,10	3,70
Irisch. Freistaat	5,65	5,75
Bulgarien	41,00	40,00
Dänemark	31,40	15,40
Estland	31,30	22,40
Finnland	30,90	10,10
Frankreich	9,65	11,10
Griechenland	14,70	22,40
Italien	15,80	15,95
Jugoslawien	13,95	15,00
Lettland	34,40	30,40
Litauen	30,32	31,70
Niederlande	20,60	24,00
Norwegen	10,10	13,70
Österreich	17,40	16,30
Polen	12,70	16,50
Portugal	13,15	9,50
Rumänien	15,20	16,30
Schweden	26,20	15,00
Schweiz	27,20	21,60
Spanien	11,60	6,90
Tschechoslowakei	18,80	21,40
Türkei	36,80	14,25
Ungarn	14,30	22,10
Sowjetunion	13,40	23,60

Wirtschaftliche Notwendigkeiten sind aber manchmal stärker als politische Ideologien. Das zeigt sich jetzt besonders deutlich. Westeuropa ist auf dem Wege zu einer wirtschaftspolitischen Einheit und selbst die auf die politische Linie Moskaus ausgerichteten osteuropäischen Länder einschließlich der Ostzone Deutschlands, können den Westen nicht entbehren. Vielleicht wird die Nation der Wirtschaft eines Tages dem blinden Dogma der Politik den Rang ablaufen und die Vereinigten Staaten von Europa werden zu einer Realität werden, wenn man erkannt hat, daß das Schicksal Europas in Europa selbst beschlossen liegt. -s-

•

Polen zwischen Ost und West

Polen hat sich ebenso wie das Jugoslawien Titos in den Jahren nach dem Krieg zumindestens wirtschaftlich zwischen dem Osten und dem Westen entscheiden müssen. Im Jahre 1945 gingen 95% der polnischen Ausfuhr nach der Sowjetunion und die Einfuhr kam zu 90% aus diesem Lande. Es war dies eine Folge der bereits im Oktober 1945 mit der Sowjetunion aufgenommenen Wirtschaftsbeziehungen, unter welchen die Sowjetunion Polen einen zinslosen Warenkredit eingeräumt hatte. Schon im Jahre 1945 wurden jedoch die Handelsbeziehungen zwischen Polen, Schweden, Dänemark, Norwegen, Jugoslawien und Ungarn aufgenommen, und in den folgenden Jahren sank der Anteil der Sowjetunion am polnischen Außenhandel infolge der mit anderen Ländern abgeschlossenen Handelsverträge. 1946 waren es noch 63% der polnischen Einfuhr, die aus der Sowjetunion kamen und 54% der Ausfuhr, die dorthin gingen.

Polen braucht für die Erzeugnisse seines Bergbaues und seiner Metallindustrie Absatzmärkte. Es handelt sich hauptsächlich um Kohle, Nebenprodukte der Kohlenindustrie, Eisen, Eisenbleche, Draht, Röhren usw. Alle diese Erzeugnisse könnte Polen natürlich auf dem sowjetischen Markt absetzen. Die Sowjetunion andererseits kann jedoch solche Einfuhren nur mit Erzlieferungen und Erdölprodukten bezahlen, während Polen Industrieausrüstungen benötigt, die nur der Westen liefern kann. Unter dem polnischen Fünfjahresplan ist ein großer Bedarf an solchen Spezialausrüstungen entstanden.

Polen ist seit Kriegsende bestrebt seinen Außenhandel auszudehnen. So sollten beispielsweise 1948 für 29 Mill. Dollar polnischer Erzeugnisse exportiert werden, darunter hauptsächlich Zink, für das die Tschechoslowakei sich als der beste Kunde erwies, aber auch Weißblechwaren, Eisendraht, Nägel, Drahtgeflecht und Konstruktionsteile. Die Einstellung der Warenlieferungen nach Jugoslawien macht es für die polnische Wirtschaft notwendig, sich andere Märkte zu erschließen.

Wenn die Sowjetunion für Polen als Außenhandelspartner aus politischen und räumlichen Gründen auch für die Folge von großer Bedeutung bleiben wird, so ist doch anzunehmen, daß es sich in immer stärkerem Maße herausstellen wird, daß die Ergänzungsmöglichkeiten für die polnische Wirtschaft, wenn der Fünfjahresplan nicht gefährdet werden soll, im Westen liegen. Die gleiche Erfahrung hat letztlich Jugoslawien machen müssen. Es bleibt nun abzuwarten, ob die politischen Bindungen in Warschau stärker sein werden als die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, und wie der Kreml reagieren wird, wenn Polen einen engeren wirtschaftlichen Anschluß an den Westen sucht.

Englands mißlungenes Erdnuß-Projekt

Der Labour-Partei-Minister Strachey „plante" und verpulverte dabei 23 Mill. Pfund aus Staatsmitteln — Er erklärte, öffentliche Unternehmungen dürften nicht von Bücherrevisoren untersucht werden, weil dadurch der Unternehmungsgeist untergraben werde. — „Verschwendung um Zeit zu gewinnen" — Die Erdnuß als Wirtschaftsprinzip.

Das große ostafrikanische Erdnußanbauprojekt der britischen Regierung, das vor nicht allzulanger Zeit Gegenstand einer lebhaften Debatte im englischen Unterhaus war, wird hier von der temperamentvollen Feder eines jetzt in London lebenden ehemaligen Mitarbeiters der Frankfurter Zeitung beleuchtet.

Arachis, die Erdnuß, tropische Hülsenpflanze, deren nutzbrige Früchte sich in die Erde senken und dort reifen; seit Generationen verwertet für die Gewinnung dünnflüssigen Öls, hauptsächlich für die Margarineerzeugung, zur Verfälschung von Olivenöl und, in Spanien, zur Vermischung mit Schokolade und Zucker. Eine bescheidene und unansehnliche Pflanze, die in heißen Ländern wächst; den Engländern freilich wächst sie neuerdings, volkstümlich gesprochen, zum Halse hinaus.

Schuld ist der jugendlich-temperamentvolle, durch sein Profil und seine Glatze den Karikaturisten herausfordernde Ernährungsminister des Labour-Kabinetts, Strachey, im Kriege Flugzeugoffizier. Vom Fettemangel des Jahres 1946 ließ er sich zu einem großartigen Projekt verleiten, das sämtliche Fliegen mit einer Klappe schlagen würde; Fette und Öle im Überfluß liefern, Dollars für ihre Beschaffung ersparen, wirtschaftlich notleidenden oder rückständigen Kolonien auf die Beine helfen, arbeitslosen Siedlern und Eingeborenen dauernd lukrative Beschäftigung sichern, und einer etwas phantasielosen sozialistischen Regierung Ansehen und Sympathie innerhalb des Empire gewinnen sollte. Leider hatte Strachey Pech: der Weltmangel an Fetten stellte sich als weniger anhaltend und schwerwiegend heraus als 1946 vorausgesehen, der Regen, den auch die anspruchslose Hülsenpflanze Arachis gelegentlich braucht, blieb mit einer auch in Ostafrika ungewöhnlichen Hartnäckigkeit aus, und die Arbeitsleistungen blieben um ungefähr ebensoviel hinter den Voranschlägen zurück wie ihre Kosten über sie hinausskletterten.

Anstatt der für Ende 1947 vorgesehenen 130 000 acres (50 000 Hektar) gerodeten Bodens für die Erdnußpflanzungen waren es bis 31. März 1948 nur 7500 (3000 Hektar), und auch ein Jahr später erst 30 000 (12 000 Hektar), also ein Drittel der geplanten Leistung des ersten Jahres. Die für 1948 auf 57 000 Tonnen voraussgeschätzte Ernte betrug ganze 1560 Tonnen, die jedoch nicht exportiert werden konnten, weil sie kaum als Saatgut für 1949 ausreichten. Dahingegen waren die Kosten der Bodenbearbeitung — akkurat vorausgeschätzt auf £ 3.17.4 — man beachte die 4 Pence per acre im ersten Jahr auf etwa £ 32 gestiegen, um neuerdings auf etwas unter die Hälfte — mit £ 14 bis 15 aber immer noch fast das Fünffache des Vorausberechneten — zurückzugehen. Für 1949 waren 227 678 Tonnen Ertrag im Plane von 1946 angesetzt — man beachte die sechste Stelle! — aber der Ertrag belief sich auf 2150 Tonnen, freilich zusätzlich nicht vorhergesehener 800 Tonnen Sonnenblumensamen. Denn inzwischen waren weite Teile Ost-Afrikas, wo der Strachey-Plan ins Werk gesetzt werden sollte, als ungeeignet erkannt und statt mit Erdnüssen mit der auch in nördlichen Gefilden nicht ganz unbekannten Olgenderin, der Sonnenblume besät worden.

Nicht so die Kosten, die hielten Schritt mit dem Voranschlag, und mehr als das. Von einer vorgesehenen Gesamtinvestition von ca. £ 30 Millionen, für die der Distrikt aus Afrika dauernd in das Mutterland geleitet, weite Teile Britisch-Afrikas, besonders Tanganyikas, in blühende Musterkolonien verwandelt werden sollten, waren bis zum letzten Abrechnungstermin, dem 31. März d. J., bereits £ 23 Millionen investiert. Böse Zungen meinen: verpulvert, doch dem stehen regierungseitig verzeichnete, vorhandene Werte von £ 14 Millionen gegenüber. Freilich, die Buchhaltung klappte auch nicht gerade nach kaufmännischem Brauch und Bedürfnis, und die Bücherrevisoren, die den oben erwähnten Bericht ausarbeiten hatten, machten ein paar recht böse Randbemerkungen, wie sie einem Privatunternehmen zum Verhängnis geworden wären, hätten sie sich im Geschäftsbericht eines solchen befunden und den Aktionären vorgelegen. Das nächste Resultat waren eine Anzahl von Entlassungen z. T. hochbezahlter leitender Persönlichkeiten der Overseas Food Corporation — so firmiert offiziell die Erdnußunternehmung der Regierung — und eine recht lebhafte öffentliche Debatte im Unterhaus und in der Presse; dann ein Blitzflug Stracheys nach Ostafrika, um das nervös und, wegen nicht erfüllbarer Versprechungen in bezug auf das Nach- und Unterbringen ihrer Familien, z. T. aufsässig gewordene europäische Personal der Pflanzungen zu beschwichtigen. Und schließlich eine nicht gerade geschickte Verteidigung seiner Position im Parlament, etwa auf der Linie, daß öffentliche Unternehmungen solchen Untersuchungen nicht unterworfen werden dürften, weil dadurch der Unternehmungsgeist und die Bereitwilligkeit seiner Organe zur Übernahme von Risiken und Verantwortungen untergraben werde.

Und hier liegt die symptomatische Bedeutung, auch für die Außenwelt, die das britische Erdnuß-Fiasko besitzt. Hätte nicht volle acht Monate hindurch totale Dürre geherrscht, hätten die nötigen eingeborenen Arbeitskräfte sich eingefunden, untergebracht und ohne steigende Geldopfer eingesetzt werden können, wäre der Boden der ersten großen Versuchspflanzung, Kongwa, für die Arachis brauchbar gewesen, statt nun zum Sonnenblumenfeld zu werden, hätte das Budget und der Erzeugungsvoranschlag sich einigermaßen einhalten lassen: wäre dann nicht das Ganze als ein schlüssiger Beweis für die Überlegenheit politisch instruierter und orientierter, nationalisierter und staatseigener Wirtschaft aufgezeigt worden? Gerade die Riesenausmaße, die Größenordnung der nötigen, jetzt großenteils vergeudeten, Investitionen (die von den Beteiligten und Fachkundigen an Ort und Stelle als „Verschwendung, um Zeit zu gewinnen" be-

(Forts. auf Seite 6)

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien

Webereien

Bleichereien

Färbereien

Druckerei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Österreichische Eisenindustrie als Devisenbringer

Verstaatlichung mälde durchgeführt — „Eisenholding" sorgt für Arbeitsteilung — 40 bis 50 Proz. wird exportiert — Schillingsabwertung verteuerte Kohle, Löhne sind hoch, also muß rationalisiert werden

Die österreichische Eisen- und Stahlindustrie gehört zu den größten Industrien nicht nur Österreichs, sondern des Südostens überhaupt. Sie beschäftigt jetzt rund 40 000 Menschen. Ihre Produkte zählen zu den einträglichsten Devisenbringern Österreichs. Nach Kriegsende wurde die FE-Industrie in Österreich verstaatlicht, doch ist diese Verstaatlichung eine der mildesten ihrer Art in der ganzen Welt. Die Werke blieben weiterhin sehr selbständig, die Form der AG wurde beibehalten. Die Firmen besitzen ihre eigenen Aufsichtsräte und Vorstände und werden nach privatwirtschaftlich-kommerziellen Grundsätzen geleitet. Von einer „Verbürokratisierung" und „Verpolitisierung" blieben die neuen Staatsbetriebe bisher verschont. Die ins Leben gerufene „Eisenholding G. m. b. H." sorgt dafür, daß die Produktion der einzelnen Werke auf zweckmäßige Weise abgestimmt, bezw. in die gewünschte Richtung gelenkt wird. Zu dem im Jahr 1948 ausgearbeiteten „Eisenplan" wurde die jährliche Förderung von Eisenerz auf 2,1 Mill. t, die Produktion von Roheisen auf 750 000 t und von Rohstahl auf 1,07 Mill. t festgesetzt.

Wie die nachfolgende Statistik erkennen läßt, hat sich die Eisen- und Stahlindustrie in Österreich seit 1946 kräftig entwickelt — wenngleich bis zur Erreichung des Eisenplanzieles noch ein gutes Stück Weg zurückzulegen ist.

Österreichs Eisen- und Stahlproduktion 1946—1949
(I.—III. Quartal 1949)

in Tonnen

Jahr	Roheisen	Rohstahl	Walzware	Preß- und Hammerware	Stahlformgußstücke
1946	57 000	187 000	331 000	14 000	11 400
1947	279 000	327 000	122 000	5 500	2 000
1948	613 000	648 000	338 000	7 400	8 600
1949 (9 Monate)	647 000	811 000	388 000	16 000	15 100

Von der Rohstahlmenge entfällt ein Viertel auf Edelstahl. 1937 wurden 300 000 t Roheisen und 700 000 t Stahl-, Walz- und Schmiedewaren erzeugt. Gegenüber 1937 hat sich die Eisen- und Stahlproduktion verdoppelt.

In die Produktion teilen sich die folgenden Werke, die als verstaatlichte Gesellschaften von der „Eisenholding" kontrolliert werden, aber weitgehende Selbständigkeit besitzen:

1. die „Österreichische Alpine-Montangesellschaft", Wien, und Werke in Steiermark, rd. 25 000 Beschäftigte,
2. die „Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke A.G.", Linz, 16 000 Beschäftigte,
3. die „Gebrüder Böhler & Co. A.G.", Wien und Kapfenberg/Steiermark, 6000 Beschäftigte,
4. die Schoeller-Bleckmann Stahlwerke A.G., Ternitzin/Österreich, 3000 Beschäftigte,
5. die „Hütte Liezen G.m.b.H.", Liezen-Steiermark, 1050 Beschäftigte.

Alle österreichischen Eisen- und Stahlwerke haben schwere Kriegs- und z. T. noch schwerere Nachkriegs-(Demontage-)Schäden erlitten. Moderne Anlagen, nach 1938 angeschafft, gingen verloren. Zum Beispiel bei der Alpine-Montan die neue, moderne Blockstraße, ein Walzwerk und modernste Fördereinrichtungen am steirischen Erzberg. Böhler verlor wertvolle Hüttenwerkseinrichtungen, Maschinen der Bearbeitungswerkstätten und ein Blechwalzwerk. Die Edelstahlwerke Schöller-Bleckmann hüßten nach 1945 rd. Zweidrittel ihrer Werkseinrichtungen ein.

Der Wiederaufbau der Werke hat 1946 begonnen — daß er aber bereits sehr große Fortschritte gemacht hat, ist vor allem der amerikanischen Hilfe zu verdanken. Mit Hilfe von ERP-Mitteln und zum Teil auch aus den eigenen Exporterlösen und Betriebsüberschüssen — wird der Ausbau der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie noch weiter vorangetrieben werden, um die Werke auf eine rationelle Produktionsbasis zu stellen und ihre Weltbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten zu sichern. Unter den vielen neuen Anlagen, die z. T. noch geplant, z. T. bereits im Bau oder vor der Fertigstellung sind, seien erwähnt: zahlreiche moderne Fördereinrichtungen für den Erzberg, wodurch die tägliche Fördermenge von Eisenerz auf 5000 t gebracht werden soll (in diesen Tagen trafen die ersten aus Amerika beschafften Großbagger in Eisenerz ein), ferner eine neue Blockstraße in Donawitz, eine zweite Knüppelstraße, die 1951 fertig sein wird, ein neues Blockwalzwerk bei Böhler, ein halbkontinuierliches Breitbandwalzwerk und eine Brammenstraße bei der Voest in Linz.

Die einheitliche Lenkung der österreichischen Eisenindustrie durch die „Eisenholding" hat auch zu einer Arbeitsteilung unter den einzelnen Werken geführt, die die gegebenen Voraussetzungen und die traditionelle Produktion der einzelnen Gesellschaften weitgehend berücksichtigt hat. Die Roheisenerzeugung erfolgt bei der Alpine-Montan in Donawitz und bei der Voest. Die Alpine besitzt im steirischen Erzberg ein erstklassiges, auf 400 Mill. t geschätztes Eisenerzvorkommen. Ein kleineres Vorkommen wird durch den neuen Erzbergbau Radmer unweit Eisenerz erschlossen. Auch die Voest verarbeitet beträchtliche Mengen steirisches Erz, ist aber auch auf die Einfuhr ausländischer Erze angewiesen. Mit der Steigerung des Erzabbaues am Erzberg wird sich auch die Voest noch mehr auf den steirischen Erzbezug umstellen. Für die Roheisenerzeugung stehen bei der Alpine in Donawitz 3 und bei der Voest ebenfalls 3 Hochöfen zur Verfügung, wovon je einer ständig in Reserve gehalten wird.

Für die Erzeugung von Stahl sind in den Werken der Alpine-Montan in Donawitz 13 SM- und 2 bis 3 Elektroöfen, sowie weitere 2 Elektroöfen und 1 SM-Ofen in den zum Konzern gehörigen Steirischen Gußstahlwerken (Styria-Stahl) in Betrieb. Im Stahlwerk der Voest sind durchschnittlich 2 SM — und 2 Elektroöfen, in den Edelstahlwerken von Schöller-Bleckmann zurzeit 2 SM — und 2 Elektroöfen, bei Gebr. Böhler im allgemeinen 2 SM —, 4 Elektro- und 2 Hochfrequenzöfen in Betrieb. Die Edelstahlproduktion — bis zu 200 000 t im Jahr — stammt zum größten Teil aus den Elektroöfenanlagen. Die Fertigung von Handeisen liegt in der Hauptsache bei der Alpine (Knüppel, Stabstahl, Formeisen, Schienen, Bleche, Walzdraht) und bei der Voest (Bleche). Die Edelstahlproduktion verteilt sich auf die Alpine-Montan mit Einschluß der Steirischen Gußstahlwerke, auf die Böhler- und die Schöller-Bleckmann-Werke.

Die österreichische Eisen- und Stahlindustrie ist stark exportorientiert. Im groben Durchschnitt kann man sagen, daß etwa 20 bis 25 Proz. der Alpine-Montan-Produktion exportiert wird, die, da sie eigene Erz- und Kohlenbasis hat, nicht so stark zum Export gezwungen ist, wie die anderen Werke. Die Voest exportiert etwa 40 bis 50 Prozent ihrer Produkte, desgleichen auch die Edelstahlwerke Böhler und Schöller-Bleckmann, die ihr Exportvolumen von 1937 bereits überholt haben und etwa die halbe Erzeugung exportieren. Die Exporte gehen in alle Welt. Auch der südosteuropäische Markt — bis 1937 ein Hauptabnehmer für österreichisches Eisen und für Edelstähle — nach Kriegsende gänzlich verödet, ist wieder im Kommen. Die Erhaltung der Exportfähigkeit der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie wird bei der zu erwartenden scharfen Konkurrenz in den nächsten Jahren ein schwieriges Problem sein. Die Löhne sind hoch, die Abhängigkeit vieler Betriebe von Auslandskohle bereitet z. B. jetzt wieder, nachdem die Kohlenpreise als Folge der Schillingumwertung erheblich stiegen werden, manches Kopfzerbrechen.

Umso wichtiger ist für die österreichischen Montan-Industrie die weitgehende Rationalisierung und Modernisierung, wozu auch die Einführung neuer Verarbeitungsverfahren für Eisen und Stahl und die Elektrifizierung gehören. Für spätere — wenn die feierreichste Energieversorgung sich als Folge der Kraftwerkbauten in den Alpen bessern wird, — wird man auch Roheisen aus dem elektrischen Niederschachtofen gewinnen, um den Mangangehalt der Eisenerze besser ausnutzen und um Stahlroheisen mit 4 bis 5 Prozent Mangan herzustellen. Bei der Stahlerzeugung wird man teilweise zum Blasprozeß (bei Verwendung von Sauerstoff) übergehen, was die Einsparung von Schrott bei gleichzeitigem Anfall von Manganschlacke zur Gewinnung von Ferro-Mangan gestattet.

Marshallplan-Gelder für die österreichische Schwerindustrie

Aus London wird berichtet, daß Österreich für 12 000 Dollar Ferrowolfram japanischer Herkunft und für 40 000 Dollar chilenisches Ferromangan kaufen wird. Die Mittel stammen aus Krediten aus dem Marshallplan.

Schwedens Handelsbilanz ausgeglichen

Industrieproduktion weiter gestiegen — Günstige Voraussetzungen für den Handel mit Westdeutschland

Schwedens Wirtschaft hat das Jahr 1949 mit einer ausgesprochen befriedigenden und weit günstigeren Bilanz abgeschlossen, als zu Jahresbeginn erwartet werden konnte. Sowohl in der landwirtschaftlichen als auch in der industriellen Produktion hat die Verbesserung, wenn auch langsam, so doch stetige Fortschritte gemacht. Zu Beginn 1949 aufgetretene Störungen im Export der besonders wichtigen Zellulose nach den Ver. Staaten sind zwar noch nicht ganz überwunden worden, die Absatzbedingungen haben sich aber praktisch auf allen Märkten günstiger zu gestalten begonnen. Die Ernte ist etwas reichlicher ausgefallen als 1948, so daß die Nahrungsmittelversorgung vollständig gesichert ist, ohne daß größere Einfuhren als bisher notwendig werden. In der Industrie liegt die Erzeugung im Durchschnitt um einige Prozent höher als 1948, wobei zu berücksichtigen ist, daß 1948 bereits ein recht gutes Jahr gewesen ist.

Produktionsindex der schwedischen Industrie (1935 = 100)

Ende	1947	1948	1949
Januar	130	130	137
April	131	136	138
Juli	131	133	136
Oktober	130	136	137
Jahresende	130	137	—

Da sich die Auftragsbestände in allen Industriezweigen auf hohen Stande halten und in vielen Werken sogar noch für eine volle Beschäftigung bis 1950 ausreichen, und da ferner die Materialversorgung ganz grundlegend besser geworden ist, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sich die Produktionszahlen mindestens auf dem derzeitigen Niveau behaupten, aber aber noch etwas erhöhen werden.

Für die Beurteilung der industriellen Konjunktur ist von besonderer Bedeutung, daß sich im Laufe des Jahres 1949 nun auch in der Holzexportindustrie sowie in der Zellulose- und Papierindustrie eine Besserung durchgesetzt hat. Anfang 1949 lag die Kennzahl in der Holzindustrie bei 90; sie ist inzwischen auf 83 gestiegen. In der Zellulose- und Papierindustrie war vornehmlich um die Jahresmitte 1949 eine merkliche Verschlechterung eingetreten, die aber ebenfalls überwunden worden ist. Von dem niedrigsten Stande von 98 im August stieg der Produktionsindex bis Oktober auf 103. Die Schwerindustrie stand während des ganzen Jahres im Zeichen der Vollbeschäftigung; hätte es nicht immer wieder an Facharbeitern gefehlt, wäre die Produktion zweifellos noch höher gewesen. Von den Verbrauchsgüterindustrien weisen Textilien und Bekleidung eine etwas stranguläre Entwicklung auf, bedingt durch die unregelmäßige Belieferung mit Halbfabrikaten. Aber auch hier liegen große Aufträge vor, so daß bei laufend befriedigender Versorgung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten eine Verschlechterung der Beschäftigungslage nicht befürchtet werden braucht.

Das bemerkenswerteste Ereignis der wirtschaftlichen Entwicklung Schwedens bildet jedoch zweifellos die grundlegende Verbesserung der Außenhandelsbilanz. In konsequenter Durchführung des zu Beginn 1949 aufgestellten, straffen Importplanes ist die Einfuhr bis November auf 3994 Mill. sKr. gegenüber 4560 Mill. sKr. in den ersten elf Monaten 1948 reduziert worden, während im Export eine Steigerung um 178 Mill. sKr. auf 3737 Mill. sKr. erzielt werden konnte. Der für das ganze Jahr ausgeworfene Exportwert ist also bereits in elf Monaten nahezu erreicht worden. Der Passivsaldo der Handelsbilanz konnte im Zusammenwirken dieser beiden Tendenzen seit 1948 von nahezu 1 Mrd. sKr. auf nur noch 197 Mill. sKr. ermäßigt werden. Im Jahre 1947 hat er sogar annähernd 2 Mrd. sKr. betragen. Damit ist das Ziel eines Ausgleichs der Handelsbilanz im Jahre 1949 nahezu vollständig erreicht worden. Schweden tritt daher in handelspolitischer Beziehung nach Rückgewinnung seiner Bewegungsfreiheit unter sehr viel günstigeren Bedingungen in das neue Jahr ein, als es zu Beginn 1949 der Fall war.

Angesichts des von sehr lebhaften Warenaustausches Schwedens mit den internationalen Märkten hat diese Tatsache ihr besonderes Gewicht. Sie hat sich bereits geltend zu machen begonnen in dem Abschluß liberaler Verträge mit einer Reihe von Ländern, vor allem mit Frankreich und Westdeutschland. Es kann kaum ein Zweifel sein, daß 1950 diese Tendenz weitere Fortschritte machen und sich vornehmlich auch im Außenhandel mit Westdeutschland mehr und mehr vorteilhaft auswirken wird.

In einer Beziehung weist allerdings der schwedische Außenhandel eine bisher wenig befriedigende Entwicklung auf: Schweden steht am Jahresende vor dem gleichen bisher nicht gelösten Problem der Hartwährungskrise wie zu seinem Anfang! Die Außenhandelsumsätze mit den Ver. Staaten, der Schweiz und mit den übrigen Hartwährungsgebieten sind so stark zurückgegangen, daß sie in der schwedischen Zahlungsbilanz eine große Lücke gerissen haben. Hier eine Korrektur herbeizuführen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Jahres 1950. Die Vorbereitungen der Regierung und der Wirtschaftskreise lassen darauf schließen, daß die Lösung dieser Aufgabe 1950 mit aller Energie betrieben wird. Es bedarf besonderer Erwähnung, daß die Kritik an der schwedischen Handelspolitik immer wieder anknüpft an die Notwendigkeit einer Steigerung des Warenverkehrs auf der einen Seite mit Westdeutschland und auf der anderen mit den Hartwährungsgebieten und zwar besonders deshalb, weil die Voraussetzungen hierfür als günstig und für das Land vorteilhaft erhalten werden. Der Exportoffensive 1950 auf den Hartwährungsmärkten dürfte daher das Bemühen einer Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Westdeutschland parallel laufen.

Finnlands Glasausfuhr stößt auf Schwierigkeiten

Die finnische Glasindustrie hat im Jahre 1949 zum ersten Male seit Kriegsende den einheimischen Bedarf — mit Ausnahme von Fensterglas — voll decken können. Die Kapazität der Glashütten ist so weit ausgedehnt worden, daß in den meisten Sorten eine Ausfuhr möglich wäre. Bemühungen in dieser Richtung sind bisher aber ohne größeren Erfolg geblieben, weil die finnischen Preise durchgängig zu hoch liegen, abgesehen davon, daß die finnischen Importrestriktionen auf die Ausfuhr zurückwirken. Die Jahreserzeugung von Glas belief sich in Finnland im Jahre 1949 auf 1,5 Mrd. Fmk. Immerhin liegen zahlreiche Anfragen nach Glas aus dem Ausland vor, so daß bei einer Anpassung der Preise damit zu rechnen ist, daß die Ausfuhr in diesem Jahre wieder in Gang kommt.

Gefahr für das Ostasien-Zinn

Mao-Tse-Tung — Indonesien — Die Kämpfe in Malaya

Das Schwergewicht der weltpolitischen Entwicklung scheint sich in der letzten Zeit immer mehr nach Ostasien zu verlagern. Der Zusammenbruch des chinesischen Widerstandes gibt den Truppen Mao-Tse-Tungs den Weg nach Burma und Indochina frei. Sie nähern sich damit den reichsten Zinngebieten der Erde. Welche Absichten der Kommunismus, welche Absichten der russische Imperialismus in diesem Teil der Welt verfolgt, ist leicht zu erkennen. Schon auf der 32. Jahrestagung anläßlich der kommunistischen Oktoberrevolution sagte Malenkow: „Der Sieg der kommunistischen Armeen in China hat historische Bedeutung". Das war das Signal für eine verstärkte Tätigkeit der Kommunisten in ganz Ostasien, die sich in der Hauptsache auf Burma, die Malayenstaaten, Indonesien, Indochina und die Philippinen erstreckt.

Es handelt sich um Gebiete mit einem ungeheuren Rohstoffreichtum, und der russische Imperialismus strebt danach, sich in den Besitz solcher Machtpositionen wirtschaftlicher Art zu setzen, der gleichbedeutend mit einem Wachsen seines politischen Einflusses in der Welt ist. Diese erwähnten Länder sind das Zentrum der Weltzinn- und Kautschukerzeugung, um nur die wichtigsten Rohstoffe zu nennen, von denen aber nicht nur die westliche Zivilisation abhängig ist, sondern die in der Sowjetunion zu den ausgesprochenen Mangelprodukten gehören. Kämen diese Gebiete unter kommunistischen Einfluß, und würde der Westen, der diese Reichtümer erst erschlossen hat, verdrängt, dann wären Europa und die Vereinigten Staaten in der Versorgung mit diesen beiden Grundrohstoffen gänzlich vom Wohlwollen Moskaus abhängig. Was das bedeuten würde, soll an dem Beispiel Zinn gezeigt werden.

Asien, d. h. die Malayenstaaten, Indonesien, China, Burma, Indochina und Siam, erzeugten 1948 85 610 lg/t (zu 1016 kg) Zinninhalt in der Erdförderung. Das waren rund 58% der Weltzinnerzförderung. 1941 waren es jedoch 130 535 lg/t oder 66,5% der Weltproduktion.

Ostasien ist aber nicht nur der Lieferant von Zinnkonzentraten für die Zinnhüttenindustrie hauptsächlich der Niederlande und nach dem Krieg auch der Vereinigten Staaten, sondern die Engländer und Holländer haben in Ostasien große Zinnhüttenwerke errichtet, und die englischen Hütten in den Straits Settlements haben in der Vergangenheit nicht nur die malayischen Konzentrate verhüttet, sondern darüber hinaus noch einen Teil der Erzförderung Siams, Burmas und Indochinas, Erze aus Südafrika, Japan, Uganda und Tanganyika, Australien usw. 1948 wurden in Ostasien 54 713 lg/t Hüttenzinn gewonnen oder 34,6% der Weltzinnerzeugung, wovon 49 707 lg/t allein auf die Malayenstaaten entfielen. Die Hütten in den Straits Settlements erzeugten 1940 sogar 139 945 lg/t und China im gleichen Jahr 8 464 lg/t. Das waren zusammen 133 409 lg/t oder 40,5% der Weltzinnerzeugung.

Die westliche Welt ist auf das ostasiatische Zinnerz für seine Hütten und auf das Zinn für seine Industrie angewiesen. Es gäbe bei einem Verlust dieser Versorgungsquellen keinen vollwertigen Ersatz. Während des Krieges war sie zeitweise, als die Japaner die Zinngebiete Ostasiens unter ihre Herrschaft gebracht hatten, von den gewohnten Zinnlieferungen abgeschnitten. Es gelang zwar, die Zinnerzförderung Belgisch-Kongos von 8 504 lg/t Zinninhalt im Jahre 1939 auf 17 400 lg/t im Jahre 1943 zu steigern und auch die Erzeugung Nigerias etwas zu erhöhen, doch konnte die wichtigste Versorgungsquelle, Bolivien, nur eine Spitzenförderung von 43 483 lg/t Zinninhalt im Jahre 1945 erreichen. Es ist kein Zufall, daß die amerikanische Regierung seit der Beendigung des Krieges Wert darauf legt, eine strategische Zinnreserve von ausreichendem Ausmaß anzulegen.

Der überwiegende Teil des in der Welt erzeugten Zinns wird jedoch in dem an Zinnerzvorkommen armen Europa und in den Vereinigten Staaten verbraucht, die praktisch überhaupt keine Zinnerzvorkommen besitzen. Bisher haben England und Holland in der Zinnerzeugung Ostasiens den entscheidenden Einfluß, aber sein Bestand ist gegenwärtig durch die politische Entwicklung in Ostasien stark gefährdet. Die heftigen Kämpfe englischen Militärs gegen die Terroristen in Malaya sprechen eine deutliche Sprache. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen was geschehen würde, wenn diese reichsten Zinngebiete der Erde unter den Einfluß des Kommunismus gerieten würden, der heute zumindesten schon praktisch über das chinesische Zinn verfügen kann. Die sowjetische Wirtschaft und Hüttenindustrie käme sich mit einem Schlage aller Zinn- und nebenbei bemerkt auch Kautschuksorgen entheben, der sowjetische Imperialismus könnte, wenn diese Gebiete Ostasiens unter seine Kontrolle kommen, seine Macht als ideales politisches Druckmittel bei internationalen Verhandlungen ausnützen. In welch hohem Maße Europa und Amerika, und hier wieder vor allem die Vereinigten Staaten als der größte Zinnverbraucher der Welt, von Ostasien abhängig sind, auf das zwischen 58 und 60% der Erzförderung und zwischen 35 und 60% der Hüttenzinnerzeugung entfallen, zeigt die nachstehende Zusammenstellung.

Weltzinnverbrauch
(in lg/t zu 1016 kg)

	1939	1941	1943	1945	1946	1947	1948
Welt	156 100	169 400	101 500	87 700	111 900	136 900	140 400
davon:							
Amerika	75 875	113 571	50 021	60 731	60 081	75 073	71 307
in % d. W.	48,9	67,0	49,5	69,3	54,5	51,2	50,8
Europa	65 456	55 653	54 454	26 469	41 898	53 733	58 874
in % d. W.	41,3	33,2	54,0	30,2	37,4	39,4	38,4

Zwischen 87,3% und 93,5% des Weltzinnverbrauchs entfielen sogar in den Kriegsjahren auf diese beiden Verbrauchsgebiete, wenn auch der absolute Verbrauch infolge der Kriegseinwirkungen zurückging. Die Vereinigten Staaten haben sich zwar im Krieg eine eigene Zinnhütte in Texas City erbaut, die sich in der Hauptsache auf bolivianische Konzentrate stützt, und die englischen Hütten verarbeiten im wesentlichen nigerische und bolivianische Erze und nur wenig ostasiatische Erze, doch sind zumindesten die holländischen Hütten auf diese Erze angewiesen, wie auch die amerikanische und europäische Industrie auf das in Ostasien erzeugte Hüttenzinn angewiesen ist.

*

Über die wirtschaftliche Lage Chinas und die Perspektiven: Im neuen Jahr veröffentlicht der Pariser „Le Monde" folgende interessante Einzelheiten:

Das Industriezentrum Schanghai, das 60% der gesamtchinesischen Industrie, die Mandschurei ausgenommen, darstellt, sei gegenwärtig fast vollständig lahmgelegt. Die Baumwollspinnereien arbeiteten nur 3 Tage in der Woche. Sie haben nur Rohbaumwollager für 8 Monate Arbeit im gegenwärtigen Rhythmus. Die mandschurische Industrie, die von den Russen zum großen Teil demontiert worden ist, produziert gegenwärtig nur 35% des während der japanischen Besetzung erreichten Produktionsniveaus. Man hofft im kommenden Jahr die Produktion auf 45% steigern zu können, aber erst in 5 Jahren dürfte das Produktionsniveau von 1936 wieder erreicht werden können. Eines der schwierigsten Probleme bleibe das Transportproblem. Zum erstenmal seit 15 Jahren verkehrte dieser Tag wieder ein Zug zwischen Peking und Schanghai. Das Eisenbahnmaterial sei in einem fürchterlichen Zustand. Es fehle an Eisen für die Schienen, an Ersatzteilen für die Waggons, an Reparaturmaterial für die Lokomotiven. Vor den Kriegen zählte man nur 20 000 km Schienenweg, wovon ein großer Teil heute beschädigt oder zerstört sei. Von den 400 000 BRT der chinesischen Handelsflotte besitzen die Kommunisten heute kaum noch 40 000 BRT. Die Kommunisten hätten deshalb bereits mit ausländischen Gesellschaften, vor allem mit englischen, Verhandlungen über die Befrachtung von ausländischen Fluß- und Küstenschiffen aufgenommen. Die Kommunisten hätten keineswegs darauf verzichtet, mit dem Ausland die Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. Aber sie wollten den Außenhandel ganz in die Hand nehmen. Darum seien die Tage der ausländischen Import- und Exportfirmen gezählt. Da die Kommunisten keine Devisen besäßen, seien sie auf Tauschhandel angewiesen. Der Kurs des chinesischen Volksdollar werde künstlich hochgehalten, weshalb die Exporteure wenig aktiv seien. Selbst wenn die Blockade aufgehoben werden sollte, würden die ausländischen Schiffe in den chinesischen Häfen kaum Rückfahrt finden, da die Produktion im Inneren des Landes gering sei und die Transportmittel fehlten.

Eine moderne Schwerindustrie sei in China wegen der Armut des Landes an Eisenerz einerseits und der großen Entfernungen der Eisenerzlager von den Kohlenrevieren kaum möglich. Eine moderne Schwerindustrie würde noch vor Ende dieses Jahrhunderts die Eisenerzvorkommen aufbrauchen. China brauche eher eine Leichtindustrie zur Versorgung seiner Bevölkerung mit laufenden Konsumartikeln. Allerdings fehlten die Kapitalien.

Die Ernährungslage sei nicht weniger kritisch, und die Sachverständigen befürchten, daß, falls nicht bedeutende Reisimporte getätigt werden können, in mehreren Provinzen im Jahr 1950 Mangel, wenn nicht Hungersnot, herrschen werde. Die gleichen Sachverständigen sind der Ansicht, daß die übergroße Parzellierung des Bodens jede Produktionssteigerung verhindert. Die landwirtschaftliche Produktion könnte verdoppelt werden, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe durchschnittlich mindestens 5 ha anstatt gegenwärtig nicht einmal 2 ha haben würden. Ein Eigentümer von 5 ha sei aber von den Kommunisten bereits enteignet und sein Land aufgeteilt worden.

(Forts. von Seite 5)

Englands Erdnußprojekt

zeichnet wird) hätte kein privater Unternehmen sich leisten können, weil es die Verantwortung für eigenes und anvertrautes Kapital im Auge behalten, schrittweise und unter Verwertung jeder gewonnenen Erfahrung hätte vorgehen müssen. Und weil es nicht politischen Eindruck schinden, sondern Erträge hätte nachweisen müssen, um Vertrauen und Kapital für weiteren Ausbau zu erhalten.

Die Erdnußpflanzungen werden wahrscheinlich, mit verringertem Tempo, sparsamerer Wirtschaft, reorganisierter Leitung und bescheidener Zielsetzung sich schließlich irgendwie nutzbar erweisen. Aber sie sind nur ein besonders eklatantes Beispiel unter vielen; denn auch die auf dem Papier rentablen, seit 1945 nationalisierten Unternehmungen leiden an dem gleichen Grundübel der mangelnden persönlichen, materiellen Verantwortung ihrer Leitung und einer dauernden „Mithaftung" ihres Personals. De facto zahlt auch da der Steuerzahler das dauernde Defizit, das sich aus diesem psychologisch fast unvermeidbaren Zustand ergibt: in Gestalt fortwährend erhöhter Eisenbahn-Tarife, Kohlenpreise, Zuschüsse zu durch wettbewerbslosen und oft fachkundigen Regierungskauf verteuerten Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen. Eine sozialistisch geführte Wirtschaft braucht eben nicht nur eine Handvoll Idealisten an der Spitze, sondern deren Hunderttausende oder Millionen, die vorläufig nicht vorhanden sind.

Englische Industrie verkauft Staats-Anleihen zur Selbstfinanzierung

Als ein Beweis für die Fehl-Leitung der Investierungen durch die britische Regierung werden in Kreisen der Londoner City die starken Verkäufe bedeutender britischer industrieller Unternehmungen von britischen Staats-Anleihen in der letzten Zeit angesehen. Die Jahresbilanzen lassen erkennen, daß die der P. & O. (Peninsular & Oriental Steamship Company) 14 Mill. Pfund Sterling, Courtaulds 8 Mill. Pfund Sterling und die Cunard Line 7 Mill. Pfund Sterling Goldgeränderte an den Markt geworfen haben. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse daran zu erinnern, daß selbst das nationale Kohlenamt (!) im Jahre 1948 Goldgeränderte im Werte von 14 Mill. Pfund Sterling abgegeben hat.

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die

WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.

(16) **KARLSRUHE IN BADEN**

Veilchenstraße 35

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres ____ Exemplare der

WIRTSCHAFTSREVUE

durch die Post / unter Streifband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 2.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____

Beruf/Branche _____

Ort und Straße _____

_____

Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Weiter überwiegend fest

Sehr fest: Kautschuk; fest: Zucker, Tee, Öle und Fette; etwas fester: Getreide, Kakao, Wolle, Baumwolle; schwächer: Kaffee, Pfeffer

Die Erörterungen über die Fortführung des Marshallplanes und über die Höhe der im nächsten Fiskaljahr an die europäischen Marshallplan-Länder vorzunehmenden Zuteilungen haben die Weltöffentlichkeit in der vergangenen Woche stark beschäftigt. Inzwischen ist insofern eine Klärung erfolgt, als die „State of Union"-Rede des nordamerikanischen Staatspräsidenten auf die Bedeutung des Marshallplanes auch für die nordamerikanische Wirtschaft in klaren Worten aufmerksam gemacht hat. Auch die New York Times befassen sich in einer Sonderübersicht über internationalen Handel mit dieser Frage und stellen fest, daß die Marshallplanhilfe in Westeuropa unbezweifelbare Erfolge gehabt habe. Im Jahre 1949 sei der Plan in seine kritischste Periode eingetreten, die er bisher noch nicht überwunden habe. Im neuen Jahre werden sicherlich alle Anstrengungen gemacht werden, um die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten zu erhöhen; die Außenhandelsbilanz der USA werde infolgedessen in 1950 ein besser ausgeglichenes Bild zeigen, als in den übrigen Nachkriegsjahren. Die New York Times heben die Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage der Deutschen Bundesrepublik ganz besonders hervor. — In einer allgemeinen Übersicht über die Entwicklung des vergangenen Jahres wird festgestellt, daß die Frage des Ausgleichs der Zahlungsbilanz der Länder weicher Währung mit dem Dollarblock im Jahre 1949 in ein kritisches Stadium eingetreten sei und daß eine Lösung im Jahre 1950 auf jeden Fall gefunden werden müsse. Die Lage sei so, daß heute nicht mehr Hoffnungen und Wünsche, sondern die nackte Wirklichkeit entscheide. Die vordringliche Aufgabe des Marshallplanes, nämlich eine neue und einheitliche europäische Wirtschaft zu schaffen, könne bisher trotz aller Fortschritte nach dieser Richtung hin, noch nicht als gelöst angesehen werden. Wird das Jahr 1950 die Verwirklichung des Gedankens eines freien und unbehinderten Waren- und Zahlungsverkehrs innerhalb der westeuropäischen Länder bringen oder nicht? Man sollte es sich abgewöhnen, diese Forderung als dem Hirn einiger unpraktischer Idealisten entsprungen, abzulehnen. Sie ist eine Realität und wahrscheinlich im Integrationsprozeß der Weltwirtschaft nur eine, wenn auch sehr wichtige Stufe.

*

Die erste Woche des Jahres brachte den internationalen Rohstoffmärkten eine überwiegend feste Haltung.

Getreide

Alle Getreidenotierungen konnten an der New Yorker Getreidebörse Preisgewinne verbuchen. Weizen, März-Termin, stieg von 217¼ am 28. Dez. auf 224 cts je Bushel am 5. Januar. Im gleichen Zeitraum zogen die Preise für Hafer von 72¼ auf 75, die für Mais von 131¼ auf 132 cts je Bushel an. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter als über das Ausfuhrgeschäft sehr geklagt wurde. Die Getreideausfuhr konnte sich erst gegen Ende der Woche leicht beleben. Es wird von Abschlüssen für irische Rechnung (330 000 Bushel Mais), für niederländische Rechnung (600 000 Bushel Hafer) und für französische Rechnung (100 000 Sack Weizenmehl) berichtet. Trotz einer nach außen hin zur Schau getragenen optimistischen Beurteilung beginnt man auch in den Vereinigten Staaten sich Gedanken, vielleicht sogar Sorgen, über die zukünftige Entwicklung der internationalen Getreidemärkte im Hinblick auf die hohen nordamerikanischen Überschüsse zu machen. Schlüssig hierfür ist die Forderung des nordamerikanischen Landwirtschaftsministers, die Anbaufläche für Mais im nächsten Jahre um 11 Mill. acres auf 77 Mill. acres zu beschränken. Daraus wird ein Ertrag von 2,8 Mrd. Bushel, gegenüber 3,3 Mrd. in 1949 und 3,65 Mrd. Bushel im Rekordjahr 1948 erwartet. Landwirtschaftsminister Brannan schätzt die am 1. Okt. 1950 voraussichtlich noch vorhandenen alten Maisbestände der USA auf 1027 Mill. Bushel. — Der internationale Getreidemarkt ist vielfältiger und wettbewerbsfähiger geworden, und es dürfte kaum zu viel gesagt sein, wenn man erwartet, daß sich diese Entwicklung in Zukunft verstärken und verbreitern wird. Es sind nicht mehr nur die Vereinigten Staaten, die Getreide anbieten, sondern auch Südamerika (Argentinien), Australien und selbst Frankreich, das in den ersten Nachkriegsjahren Weizen zur Deckung des Inlandsbedarfes einführen mußte, wollen ihre Überschüsse am Weltmarkte absetzen. Die große Unbekannte in dieser Rechnung ist vorläufig noch die UdSSR, aber auch hier beginnt sich eine Klärung der Lage abzuzeichnen, nachdem in der letzten Zeit die UdSSR größere Mengen von Futtergetreide, insbesondere von Gerste, nach Großbritannien geliefert hat. Es heißt, daß mit einem beachtlichen Angebot von sowjetischem Hafer schon in der nächsten Zeit gerechnet werden kann. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß unter diesen Umständen diejenigen Recht behalten, die noch im Laufe dieses Jahres mit amerikanischen Dumping-Methoden zur Belebung des Getreidegeschäftes rechnen.

Getreide-Notierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 27,2 kg

	30. 12. 49	7. 1. 50
März	218⅝	224⅝
Mai	212	213¾
Juli	192⅞	192¾

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	30. 12. 49	7. 1. 50
März	131¼	132¼
Mai	130¾	132¾
Juli	128⅞	129⅝

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 14,5 kg

	30. 12. 49	7. 1. 50
März	72¼	74
Mai	69⅝	70⅝
Juli	65¼	65⅞

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	30. 12. 49	7. 1. 50
Dezember	49⅞	—
Mai	154⅞	155⅞
Juli	149⅞	152⅞

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	30. 12. 49	7. 1. 50
Dezember	128⅝	—
Mai	126⅝	127⅞
Juli	121¾	121¾

Öle und Fette

Der nordamerikanische Markt für Öle und Fette war gegenüber den Vorwochen lebhafter, er verkehrte in festerer Haltung. Ursächlich hierfür waren die Käufe der Regierung von zusätzlich 5 Mill. lb Sojabohnenöl zur Ausfuhr nach Marshallplan-Ländern. Diese Käufe sollen noch fortgesetzt werden. Zusätzliche Anregung entnahm der Öl- und Fetthandel der Ablehnung der Oleo-Margarine-Steuer durch den amerikanischen Kongreß. Das Angebot an eßbaren Ölen und Fetten ging zurück, da Produzenten und Handel mit einer weiteren Verbesserung der Unterstützungspolitik durch den amerikanischen Kongreß zugunsten der Farmer rechnen. Am Markt für nichteßbare Öle und Fette erhielt das Geschäft seine Prägung durch die feste Haltung von Talg, für den man in Kürze eine neue Preiserhöhung erwartet.

In Buenos Aires sollen in der Berichtswoche 20 000 t Ölkuchen an Dänemark verkauft worden sein. Am argentinischen Markte für tierische Fette zeigt Frankreich weiterhin Interesse für Talg. Das IAPI hat seine Preise über den Ankauf von Leinsaat- und Leinsaatöl bekanntgegeben. Sie lauten für Rohöl (Grau-Standard) 1,20 Peso je kg netto, lose, frei Waggon Buenos Aires und/oder Rosario, für Expellers und/oder Kuchen mit 30% Protein- und Fettgehalt 130 Peso je t gesackt, frei Waggon Buenos Aires und/oder Rosario. Das IAPI soll bisher bereits 150 000 tons Leinsaat gekauft haben. Ein neuer Ausfuhrpreis wurde noch nicht festgesetzt. Die Ausfuhrpreise des IAPI für Sonnenblumenöl, halbraffiniert und für Baumwollsaatöl, bleiben unverändert bei 1,90 arg. Peso je kg, fas fob Buenos Aires.

Kaffee

In New York notierte Santos „D"-Kontrakt, März-Termin, am 5. Januar 48,30 cts je lb nach 47,16 cts am 29. 12. und Santos „S"-Kontrakt 48,70 nach 48,60 cts je lb. Die Haltung der New Yorker Kaffeebörse war überwiegend stetig. Die Käufe der Röstereien hat vorübergehend nachgelassen; sie scheinen sich für die nächste Zeit eingedeckt zu haben. In etwa zwei Wochen werden sie indessen, wie man in Kreisen des New Yorker Kaffeehandels meint, wieder mit größeren Aufträgen am Markte sein. Die Notierungen für verfügbare Ware blieben auch in der Berichtswoche unverändert hoch, obwohl sich auf Grund der neuesten Nachrichten aus Washington über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses des Senats ein Gefühl der Vorsicht und Zurückhaltung unter den Händlern verbreitete. Es verlautet, daß den am New Yorker Markt tätigen brasilianischen Kaffee-Firmen der Vorwurf der spekulativen Beeinflussung der Preise nicht erspart werden könne, und daß sich der Untersuchungsausschuß hierüber durch seine Befragungen und durch die Einforderung von einwandfreien Unterlagen ein genaues Bild habe verschaffen können. Über die brasilianische Kaffee-Ernte und über die brasilianischen Ausfuhrmöglichkeiten liegen neue Zahlen vor. Das nordamerikanische Außenministerium veranschlagt die Kaffee-Ernte Brasiliens des Jahres 1950 auf 14,85 Mill. Sack, 600 000 Sack mehr als im Jahre 1949, von denen für den Inlandsverbrauch rund 1 Mill. Sack abgerechnet werden müssen. Die brasilianischen Verschiffungen betragen zur Zeit 300 000 bis 350 000 Sack wöchentlich; das würde einer Jahresausfuhr von 16 bis 18 Mill. Sack entsprechen. Es ist leicht zu sehen, daß in dieser Rechnung ein Defizit von 1 bis 3 Mill. Sack bleibt.

Kakao

Bahia, loko, stieg von 24,77 cts am 30. 12. auf 24,82 am 5. Januar. Accra, loko, ging im gleichen Zeitraum von 27 auf 26,73 cts je lb leicht zurück. Die brasilianischen Preise für Lieferung von Bahia-Kakao cif New York sind im Laufe der Woche bei 25¼ cts je lb stehen geblieben. Brasilien soll aus der alten Ernte noch unverkaufte Bestände von 100 000 Sack Kakao besitzen. Die britischen unverkauften Bestände werden auf 120 000 tons geschätzt, von denen das britische Ernährungsministerium wahrscheinlich 50 000 tons für eigene Rechnung übernehmen wird. Am letzten Wochentage belebte sich die Nachfrage des Auslandes. Frankreich interessierte sich für 20 000 Sack Bahia-Kakao, die Niederlande sollen Accra-Kakao zu einem Preise gekauft haben, der etwa 26⅞ cts je lb Basis New York entspricht.

Tee

Die Teeversteigerungen in Colombo und Kalkutta brachten erneut Preisgewinne. Die Haltung der fernöstlichen Teemärkte wird in der nächsten Zeit wahrscheinlich sehr stark davon abhängen, wann und zu welchen Preisen das britische Ernährungsministerium seinen Großabschluß für die britische Inlandsversorgung aus der Ernte des Jahres 1950 vornimmt. Im übrigen sieht sich der Teehandel in Kalkutta einer sehr schwierigen Lage infolge des Verbotes von Warentransporten jeder Art durch pakistanisches Hoheitsgebiet gegenübergestellt. Die Bestände in Kalkutta reichen nur noch für 4 bis 6 Wochen.

Pfeffer

Die Pfeffermärkte in New York und London verkehrten in der Berichtswoche in träger Haltung zu rückläufigen Preisen. Schwarzer Pfeffer, loko, ging auf 139 cts je lb am 5. Januar nach 155 cts am 23. Dezember zurück. In London fiel schwarzer Lampong, cif Durchgangshäfen im gleichen Zeitraum von 100½ auf 90 d je lb, weißer Muntok von 186 auf 171 d je lb.

Zucker

Weltkontrakt Nr. 4, März-Termin, konnte seinen Stand von 4,30 am 30. 12. auf 4,55 cts je lb am 5. Januar verbessern. Diese Entwicklung ist zum Teil jahreszeitlich bedingt, zum Teil jedoch Ausdruck der Besorgnis über die geringere kubanische Zucker-Ernte, der ein unbefriedigter und in diesem Jahr wahrscheinlich höherer Bedarf gegenübersteht.

Wolle

Die Umsätze am Bostoner Wollmarkt waren in der Berichtswoche wegen der Feiertage verhältnismäßig gering, die Preise indessen gut gehalten. In Buenos Aires war der Wollmarkt geschlossen. Montevideo meldet sehr lebhaftes Geschäft bei allgemein guter Nachfrage. Superfeine Kreuzzuchten erzielten in Montevideo zwischen 19 bis 19,50 urug. Peso, für Auswahl-Lose wurden sogar 21 urug. Peso bezahlt. Montevideo führte in der Woche zum 31. Dezember 3 066 t Rohwolle aus, davon 1 939 t nach den Vereinigten Staaten.

Baumwolle

In New York stieg der März-Termin von 30,72 am 30. Dezember auf 30,86 cts je lb am 5. Januar erneut an. Trotz der verschiedenen beunruhigenden Faktoren konnten die Preise an der New Yorker Baumwollbörse ihren Stand wiederum verbessern. Hierin kommt einmal das gute Ausfuhrgeschäft, zweitens der ausgezeichnete Umsatz am nordamerikanischen Markt für Baumwollstückgüter und drittens die Rückendeckung zum Ausdruck, die das Subventionsprogramm der Regierung den nordamerikanischen Farmern und dem Baumwollhandel bietet. Es ist eine Frage der Zeit und der Ausstattung der Commodity Credit Corporation mit Kapital, ob die nordamerikanischen Baumwollpreise in Anbetracht der drückenden Überschüsse, diesen hohen Preisstand lange werden halten können. Von großer Bedeutung für die Preisgestaltung am Baumwollmarkt werden die Beratungen im nordamerikanischen Kongreß über die Zukunft der Farmergesetzgebung sein. Man erwartet von diesen Beratungen sogar eine Revision der marktregelnden Vorschriften für das kommende Erntejahr und der Bestimmungen über die Anbaubeschränkung, denen von seiten der Farmer Ungerechtigkeit gegenüber den kleineren Unternehmen vorgeworfen wird. Bei der Regierung ist man über die Ausfuhraussichten von Baumwolle recht optimistisch. Man rechnet mit mindestens 4,5 Mill. Ballen im laufenden Wirtschaftsjahr und einem Inlandsverbrauch von 9 Millionen Ballen gegenüber 4,748 Mill. und 7,795 Mill. im vorigen Jahr. Gerüchte, nach denen Japan beabsichtige, im ersten Vierteljahr 1950 keine Baumwolle in den USA zu kaufen, sondern sie aus dem Sterling-Gebiet zu beziehen, wurde von Regierungskreisen dementiert. Es wird darauf hingewiesen, daß Japan im Gegenteil die amerikanischen Verladerfirmen auf baldige Verschiffung dränge, da seine Baumwollbestände bis Ende dieses Monats fast geräumt sein werden.

Die Alexandriner Baumwollbörse verkehrte in lebhafter und zumeist fester Haltung. Belebend wirkten Berichte über ein Tauschabkommen mit Japan. Außerdem war die Spekulation, die zum Teil Umsteigeoperationen vornahm, sehr rege. Bombay meldet, daß das Geschäft in indischer Baumwolle am Lokomarkt in der Berichtswoche kaum erwähnenswert war. Nach der neuen Verschärfung der bisher schon als drückend empfundenen Bestimmungen über den Handel mit Baumwolle können Geschäfte nur noch mit Erlaubnis des Textil-Bevollmächtigten vorgenommen werden. Die indische Baumwollversorgung ist außerordentlich angespannt. Es ist auch keine Besserung in Aussicht, nachdem der Ertrag in Indien gegenüber dem Vorjahre um fast 18 Prozent und in Pakistan um 12 Prozent niedriger sein wird. Kalifornische Baumwolle, Strict Middling von 1⅛ inch, wurde zwischen 1 500 und 1 510 Rupien gehandelt. Bisher sollen etwa 70 000 Ballen kalifornischer Baumwolle durch die Baumwollindustrie übernommen worden sein. Von anderen ausländischen Verkäufen wird nichts berichtet. Großbritannien hat in der vergangenen Woche 37 000 Ballen Rohbaumwolle eingeführt, davon 29 579 Ballen aus den USA, 4 075 aus Ägypten und 3 100 aus Westafrika. Verschifft und auf dem Wege nach Großbritannien befinden sich 61 992 Ballen hauptsächlich amerikanischer, brasilianischer und afrikanischer Provenienz. Das Geschäft für Lokoware war in Liverpool verhältnismäßig gering. Die Nachfrage der Spinnereien erstreckte sich in der Hauptsache auf Abnahme ihrer früher abgegebenen Bedarfsanforderungen.

Baumwoll-Notierungen

New York	30. 12. 49	7. 1. 50
Disp.	32,56	32,75
Januar 1950	30,59	30,82
März	30,76	30,84
Mai	30,62	30,86
Juli	30,03	30,50
Oktober	28,30	28,55
Dezember	28,26	28,34
März 1950	28,16	28,40
Mai	28,06	28,34

Kautschuk

Die New Yorker Kautschukbörse verkehrte in sehr fester Haltung bei lebhaften Umsätzen. Nr. 1 RSS-Kontrakt, März-Termin, stieg von 17,66 am 30. Dezember auf 18,50 am 16. Januar. Die nordamerikanische Kautschukindustrie beurteilt die Geschäftsaussichten für 1950 durchaus zuversichtlich, wenn auch im allgemeinen ein gegenüber 1949 leicht rückläufiger Verbrauch von Naturkautschuk erwartet wird. In den letzten Tagen der Woche zeigte sich in New York sowohl bei den kleineren verarbeitenden Betrieben die Neigung, Synthese-Kautschuk an Stelle von Naturkautschuk einzusetzen, je näher der Preis für diesen dem 18,5 cts-Niveau kommt, zu dem auch das synthetische Erzeugnis verkauft wird. — Trotz einer gelegentlich schwankenden Haltung konnten die Notierungen für Kautschuk in London ihren hohen Preisstand gut verteidigen. Zeitweise wurden sogar neue Preisgewinne erzielt. Bei ziemlich geringen Umsatz waren die Verkäufer nicht geneigt, Preiskonzessionen zu gewähren, zumal da die feste Haltung von New York als anregender Faktor eine bedeutende Rolle spielte. Die Inlandsnachfrage war in London verhältnismäßig gering. Es wird jedoch über guten Absatz für europäische Rechnung, insonderheit in minderen Qualitäten berichtet, deren Abschlag gegenüber der Standard-Qualität geringer geworden ist. Die Londoner Kautschukbörse schloß in stetiger Haltung.

Häute und Felle

„Die nordamerikanischen Häutemärkte zeigten feste Grundstimmung bei sehr starker Nachfrage für leichte Häute. Lokoware von schweren Häuten wurde ebenfalls lebhaft gekauft und die Preise hierfür zogen an. Argentinien berichtet über den Verkauf von 100 000 Extremos an Ungarn. Außerdem übernahmen europäische Länder verschiedene argentinische Häute zu den Listpreisen des IAPI. In Uruguay zeigte sich keine neue Entwicklung. Brasilien meldet Verkäufe an Europa in Central São Paulo Frigoríficos auf Grundlage eines Preises von 19 d je lb für Ochsen. Afrikanische trockengesalzene und trockene Kapstädter gingen zu 30 d für ungetrocknete und zu 26 d für trockengesalzene nach Europa. In Australien und Neuseeland ist das Angebot noch immer knapp und die Preise, sowohl für europäische Begriffe, hoch. Am Liverpooler Häutemarkt hat die Aufhebung der Kontrolle für Häute zu Preiserhöhungen geführt; die Käufer sind indessen zurückhaltend. Sonnengetrocknete Kapstädter notierten hier zwischen 29 und 30 d und trockengesalzene zwischen 24 und 25 d.

Eisen und Stahl

Der Deckungsbegehr nach Walzwerkserzeugnissen am nordamerik. Eisen- und Stahlmarkt hat sich auch in der Berichtswoche gut gehalten. Obwohl sich die Erzeugung der nordamerikanischen Stahlwerke auf Höchststand bewegt, sind verschiedene Erzeugnisse, wie zum Beispiel warm- und kaltgewalzte Bleche, galvanisierte Bleche, Platten und verschiedene Profile sehr knapp. Die Aussichten für 1950 werden im allgemeinen als gut angesehen. Die Ausfuhr von Weißblech ist trotz der Preisherabsetzung von vor zwei Wochen unbefriedigend. Ausländisches Roheisen wird im Neu-England-Bezirk zu Konkurrenz-Preisen angeboten. Der Schrottmarkt ist ruhig und tendiert nach unten.

Metalle

Die Metallmärkte haben sich über das Jahresende zumindesten in den Vereinigten Staaten gut behauptet, während die europäischen Märkte still lagen. Besonders Kupfer wurde in den USA schon für Januar gehandelt. Auch der Bleimarkt hat sich belebt. Am 3. Januar ist in New York der Zinnterminhandel wieder aufgenommen worden und im Laufe des Januar soll auch die Bleibörse ihre Pforten wieder öffnen, die am 11. März 1942 ihre Notierungen eingestellt hatte. Die Aufnahme des Bleiterminhandels in den Vereinigten Staaten könnte möglicherweise die Bestrebungen des englischen Metallhandels, in London in Zukunft auch wieder Blei, Zink und Kupfer an der Börse zu handeln, beträchtlich unterstützen. Auch in Zink war das Geschäft in den USA wieder etwas lebhafter, da die Verzinkereien im Markt waren. Westdeutschland ist ausreichend mit Metallen versorgt, und die westdeutschen Verbraucher sind bisher nicht bereit, die aus Käufen der JEIA stammenden Kupfermengen zu den überhöhten Preisen abzunehmen. So stagniert das Geschäft in Westdeutschland gegenwärtig. Blei war in den letzten Wochen und Monaten überreichlich vorhanden, so daß beträchtliche Mengen davon zur Ausfuhr gelangten.

Kupfer: Die Aussichten am Kupfermarkt, zumindesten für die ersten Monate des neuen Jahres scheinen recht gut zu sein. Die Kauffähigkeit in USA hat sich auf hohem Stand über das Jahresende hinaus behauptet, und neben der Eigenerzeugung in den USA werden vom amerikanischen Markt gegenwärtig monatlich etwa 25 000 t Auslandskupfer absorbiert. Die Anaconda ist gegenwärtig mit der Erschließung eines weiteren Vorkommens in Butte beschäftigt, das etwa 130 Mill. sh/t geringhaltiger Erze mit einem Kupferinhalt von 1,3 Mill. sh/t enthält. Von Griechenland liegt eine Anfrage auf 1000 sh/t Kupfer vor und Italien wünscht Lieferung von etwa 5000 sh/t. Das rhodesische Kupfer wird in der kommenden Zeit fast vollständig nach Großbritannien gehen, wenn die Verhandlungen zwischen den rhodesischen Erzeugern und dem britischen Versorgungsministerium abgeschlossen sind. Man rechnet in England damit, daß sich der englische Kupferpreis in der nächsten Zeit nicht wesentlich verändern wird, zieht dabei aber nicht in Betracht, daß die Führung im Weltkupfergeschäft gegenwärtig immer noch bei den USA liegt. Allerdings ist zur Zeit und wahrscheinlich auch in den nächsten Wochen mit keinem großen Angebot zu rechnen, das Abnehmer sucht, und die Wahrscheinlichkeit einer stetigen Preisbildung auch in den Vereinigten Staaten ist damit sehr groß. Die Kupferpreise blieben über das Jahresende unverändert.

Zinn: Die seit der Aufnahme der Zinnterminnotierungen in London im November des Vorjahres zu beobachtende Abschwächung der Zinnotierungen, hat gegen Ende des Jahres einer leichten Reaktion Platz gemacht, die nach der vorangegangenen Entwicklung zu erwarten war. Größere amerikanische Käufe in Ostasien haben anscheinend die Umkehrung der Tendenz ausgelöst. Besonders die Dreimonatsnotiz konnte sich erholen und hat ihren Abstand gegen die Promptnotierung verringert. Die Verbraucher, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres mit Neukäufen sehr vorsichtig waren, schritten zur Auffüllung ihrer gelichteten Läger, wenn auch immerhin noch ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Zinnpreisen zu beobachten ist. Gerüchte, wonach die USA versuchen, über den Erwerb billiger Sterlingdevisen neben fernöstlichem Gummi und Wolle aus dem Sterlinggebiet auch Zinn durch die Vermittlung anderer Länder zu erwerben, werden von London als unbegründet bezeichnet, und offiziell wurde erklärt, daß keine Beweise dafür vorliegen, daß die „Refins" die Währungslage ausnützt und damit gegen den Geist der englisch-amerikanischen Zusammenarbeit verstößt, indem sie die britischen Notierungen unterbietet. Der New Yorker Zinnpreis, der vorläufig noch von der „Refins" bestimmt wird, ist jedoch weiter gesenkt worden, und es bleibt abzuwarten, wie sich die Preise in USA entwickeln werden, wenn das Termingeschäft aufgenommen worden ist. Sicher ist jedenfalls, daß das Interesse der USA immer auf den unter Berücksichtigung aller politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte niedrigsten Zinnpreis gerichtet bleiben wird.

Blei: Eine geringe Belebung hat das Bleigeschäft in den Vereinigten Staaten erfahren. Auf dem Kontinent und in England haben dagegen die Erzeuger und der Handel Mühe, die Produktion unterzubringen. Weiterhin sind deutsche Stellen und auch Jugoslawien mit Angeboten im Markt, so daß eine gewisse Überfüllung eingetreten ist, die auf die Preise drückt, die nominell vorläufig aber noch unverändert sind. Der „kalte Krieg" zwischen Tito und dem Kreml hat gerade am Bleimarkt die nicht sowjetische Welt in einer ganz unerwarteten Weise beeinflußt. Von amerikanischer Seite wird zwar darauf hingewiesen, daß die Einfuhr jugoslawischen Bleies nur 11 292 sh/t in den ersten neun Monaten betrug gegen 173 030 sh/t, die aus Kanada, Mexiko, Peru und Australien kamen, und daß diese geringen Mengen für die gegen Ende des Jahres schwache Haltung des amerikanischen Marktes nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein können, doch ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß sich gerade gegen Ende des Jahres das Angebot von deutschem und jugoslawischem Blei am amerikanischen Markt verstärkte, und daß es immer relativ geringe Mengen sind, die den Markt nach der einen oder anderen Seite beeinflussen.

Zink: Der Markt hat sich in den ersten Tagen des neuen Jahres nur wenig belebt. Lediglich in den Vereinigten Staaten war die Kauflust etwas reger. Die amerikanischen Zinkvorräte haben im November um nahezu 9000 sh/t auf 59 919 sh/t abgenommen. Der Auftragsbestand bei den amerikanischen Zinkerzeugern ist gegen Ende des Jahres der niedrigste seit langer Zeit gewesen. Das Angebot an Zinkkonzentraten am Weltmarkt ist sehr reichlich, so daß für die kommende Zeit mit einem entsprechenden Zinkangebot zu rechnen ist. In Australien haben in der letzten Zeit Transportschwierigkeiten den Abtransport der Konzentrate behindert, so daß sich bei den Minen beträchtliche Vorräte angesammelt haben. Man rechnet in London damit, daß die Zinkerzeugung des englischen Weltreichs in den kommenden Monaten erheblich steigen wird. Es besteht im neuen Jahr also kaum die Gefahr einer unzureichenden Zinkversorgung, selbst wenn die Verbraucher ihre Käufe verstärken sollten.

Erze

Manganerz: Wie jetzt berichtet wird, ist Ägypten zum ersten Mal seit 1939 am amerikanischen Markt wieder als Verkäufer in Erscheinung getreten. Die Sinai-Mining Co. hat einen Abschluß über 100 000 Tonnen Manganerz im Werte von 1 Mill. Dollar, die im Laufe dieses Jahres nach den USA geliefert werden sollen, getätigt. Das sind etwa ⅓ der ägyptischen Gesamtförderung. Die USA sichern sich durch solche Käufe gegen eine Abschneidung der sowjetischen Lieferungen, und benutzen die so erworbenen Mengen offenbar zur Anlegung von strategischen Vorräten. In England notiert Manganerz mit 48/50% Mn 35 d je Einheit cif.

Seltene Metalle

Antimon: In der letzten Zeit lagen die amerikanischen Notierungen für Antimon über den Weltmarktpreisen zuzüglich des Einfuhrzolls. Verkäufe importierten Materials haben jetzt die Preise für amerikanische Ware heruntergedrückt, die jetzt nur wenig über 27 cts je lb angeboten ist. Die englischen Preise sind unverändert und betragen für 70%igen Antimon Crudum in Stücken 150 £ je lg/t, für 70%iges Antimon Crudum schwarz pulverisiert 160 £, für 99,6%igen Antimon Regulus 190 £ und für 99%igen Regulus 185 £.

Quecksilber: Der Markt zeigte keine besonderen Züge. Der Absatz hält sich in mäßigen Grenzen. London notiert 26 £ 5 sh je Flasche. Gerüchte über Unstimmigkeiten innerhalb des spanisch-italienischen Kartells werden in London dementiert. Die amerikanische Notierung beläuft sich auf 71 bis 74 Dollar je Flasche.

Metallpreise

	England in £ je lg/t	USA in cts je lb	Westdeutschld. in DM je 100 kg
Kupfer	153/ 9/ 8	18,62	184,50
Blei	98/16/ 8	12,00	116,00
Zink	89/16/ 8	9,75–10,00	138,00
Zinn	601/10/0–602/0/0	77,00	790,00
Aluminium	114/10/ 0	17,00	173,00

Deutsche Börsen

Frankfurt	16. 12.	19. 12.	30. 12.	6. 1. 50
AEG	34	36	34½	35½
Brown, Boveri	66	82	101	98½
Buderus	62	65½	65	65
Chem. Albert	34½	58	66	67
Degussa	90	92½	84	79
Deutsche Erdöl	48	56½	56	58
El. Licht u. Kraft	38	36	38½	38
Frankf. Masch.	77	77	80	80
Heidelb. Zement	81	83	—	100
Holzmann	46	41	44	46½
Kupferberg	41	41	39	31½
Lahmeyer	80	81	85	84½
Lanz	46	46	43½	46½
Linde's Eis	55	78	82	84
Metallges.	55	64½	70½	72
Rheinmetall	38	36	35	33
Schiefferhoff	41	44	44	45
Siemens & Halske	38	42	47½	51
Voigt & Haeffner	75	75	80	81
Wayss & Freytag	60½	60½	61	61
Zellst. Waldhof	74	77½	85	85
Commerz-Bank	31	31	30	30½
Deutsche Bank	30½	30½	30	31
Dresdner Bank	30	30½	30	30½
4% Frft. Hyp. Bk.	7¾	7¾	7½	7¾
4% Pfälz. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Degussa	8½	8½	8½	8½
Hamburg	**16. 12.**	**19. 12.**	**30. 12.**	**6. 1. 50**
Accumulat.	52	46	50	52
Bekula	35	34	36	37½
Bremer Wolle	50	66	60	63
Demag	[illegible]	73	68	66
Deschimag	47	47	43	46
Dynamit Nobel	34	35	40	47
Feldmühle	67	67	70	73
HEW	53	61½	67	67
Hamb. Hochb.	30	32	30	30
Hamb. Hyp. Bk.	18	18	18	18
Hanna Mühle	31	32	31	32
Harburg. Gummi	90	88	88	100
Hoffmann Stärke	75	80	80	81
Ilse St. A.	14	—	14	—
Ilse Genuss.	13	13½	13½	14
Karstadt	65	65	68	75
Phrix Inh. A.	36	38	38	38
[illegible]	35	38	40	40
Schering	38	38	37	37
Hapag	—	35	38	38
Nordd. Lloyd	34	35	34½	35
4% Hbg. Hyp.	7¾	7¾	7¾	7¾
4% Hbg. El. W.	8½	8½	8½	8½
Hannover				
Conti Gummi	85	100	112½	115
Hackethal	80	81	84	85
Ilseder Hütte	62	69	73	81
Mech. Web. Linden	38	38	38	38
Salzdetfurth	55	66	71	68
Wollw. Döhren	80	88	97	97
Wintershall	48	50½	57½	57

Düsseldorf	16. 12.	19. 12.	30. 12.	6. 1. 50
Alexanderwerk	40	38	31	33
Balcke Masch.	78	82	90	86
Basalt AG	27	27	38½	38½
Dortm. A.-Bräu	65	63	72	78
Felten & G.	69½	71	78½	78
Ford	—	63	69	79
Gerresh. Glas	64	63	63	69
Goldschmidt	69	80½	82	—
G. H. H.	66	69	72	71
Harpen	—	76	78	46
Hoesch	39	36	38	38½
Kabel Rheydt	67	72	74	72
Klöckner	33	37½	38	37½
Mannesmann St.	41	38	38	38
Mülh. Berg	—	33	38	43
Rheinbraun	98	98	104	103
Rhein. Kunstseide	36	40	42	46
Rhein. Zellwolle	38	40	42	43½
Rheinstahl	36	32½	41½	39½
RWE	71	72½	81½	83½
Verein. Stahlw.	30	33	33½	33½
Westwaggon	40	64	65	64
Westd. Kaufhof	63	65½	73	73
Rhein. Westf./Boden	30	25	28	—
4% Rh. W. Bd.	8	8	8	8
4% Gelsenberg	7	7	7	7
5% Klöckner	7¾	7½	7½	7½
München	**16. 12.**	**19. 12.**	**30. 12.**	**6. 1. 50**
Amperwerke	68	69½	68	63
Augsb.-Nbg.-Masch.	65	64	74	66
BMW	30	35	34½	35
[illegible] AG	—	87	91	99
Dierig	65	65	74	73
Hackerbräu	74	77	77	78
Hanfw. Füssen	106	106	113	115
Hutschenreuter	58	58½	61	60
Krauss Maffei	40½	40½	33	33
Lech El.	60	66	66	63
Löwenbräu	63	66	61	60½
Mech. Baumw. Sp.	95	96	105	101
Rathgeber	75	—	76	78
Rosenthal	70	69½	74	80
Spinn. u. Web. Kott.	—	—	73	—
Südd. Zucker	77	80½	84	—
Tucherbräu	56	60	58	57
Würzburg. Hofbr.	80	56	58	59
Bayr. Hyp. u. W. Bk.	—	29½	30	30½
Südd. Boden	24	25	30	27
Allianz Leben	85	80	85	85
Allianz Vers.	65	60	64½	65
4% Bayer. Hyp. Bk.	8	8	8	8
4% Augsb. Nbg.	7¾	7¾	7¾	7¾
Stuttgart				
Brauerei Wulle	65	60	61	58
Daimler	63	61	63	59½
Junghans	33	30	34	37
Knorr	74	74	80	82
Salamander	73½	75	75	75
Württ. Bank	39	33	33	36½

Auslandsbörsen

Im Hinblick auf die in Aussicht genommenen Finanz- und Handelsbesprechungen zwischen Großbritannien und der Deutschen Bundesrepublik, die allerdings auf einen späteren Termin verschoben wurden, gewinnt die Meinung von gut unterrichteten Kreisen der Londoner City über die Währungspolitik Großbritanniens stark an Interesse. Es hat sich in der britischen Währungspolitik in der letzten Zeit so etwas wie ein Tour d'Horizon vollzogen, dessen Auswirkungen im Augenblick noch nicht voll abzuwägen sind. Auf jeden Fall scheint Großbritannien der Verwendung des Pfund Sterling im Zahlungsverkehr mit einer Reihe von Ländern gewisse Beschränkungen auferlegen zu wollen. Das gilt insbesondere für Westdeutschland, für die Niederlande, Ägypten, Spanien, die Tschechoslowakei und Israel. Auf der anderen Seite haben gewisse Erleichterungen in der Verwendung sogenannter „bilateraler" Pfund Sterling im Zahlungsverkehr mit dritten Ländern, Frankreich, Französisch-Nordafrika und Dänemark einige Vorteile gebracht. Die westdeutschen Ausfuhren nach nicht dem Sterling-Block angehörenden Ländern werden nach den neuen Bestimmungen wahrscheinlich nicht mehr in Pfund Sterling beglichen werden können. Man verweist in London darauf daß dies die britische Lösung einer Situation sei, über die man sich in Westdeutschland einiges Kopfzerbrechen gemacht hat, nämlich, die Anhäufung der westdeutschen Sterling-Guthaben im Oktober vorigen Jahres, die bekanntlich durch Großbritannien in Dollar ausgeglichen werden mußten. Nach britischer Ansicht entsprachen diese Sterling-Zahlungen an Westdeutschland der Wiederausfuhr von Gütern, die Westdeutschland in Dollar zahlen mußte. Großbritannien hat dieses „Engerschnallen des Gürtels" sicherlich nicht ausschließlich, um der Deutschen Bundesrepublik einen Gefallen zu tun, vorgenommen, etwa um Westdeutschland davor zu bewahren, Dollargüter gegen Sterling-Zahlung verkaufen zu müssen. Zugestandenermaßen hat Großbritannien die Verpflichtung, die deutschen Sterling-Guthaben in Dollar abzudecken, aber es hat verständlicherweise an solchen Wiederverkaufsgeschäften keinen großen Gefallen. In bezug auf die Niederlande sind die Gedankengänge, die zu einer Beschränkung der Verwendung von Sterling-Beträgen geführt haben, wohl andere. Hier besteht einmal nicht von britischer Seite die Verpflichtung, niederländische Sterling-Guthaben in Dollar abzudecken. Außerdem dürften dadurch die Niederlande nicht gehindert werden, auch in Zukunft Sterling-Güter gegen Dollar zu verkaufen, was Großbritannien selbst durch den Ausfall dieser Geschäfte Dollar kostet. Es verhindert aber die Niederlande daran, die auf diese Weise erworbenen Dollar-Beträge, indem es für sie Dollar-Waren erwirbt, in „billige Pfund Sterling" zu konvertieren. In beiden Fällen also — Westdeutschland und Niederlande — sind die neuen Bestimmungen in erster Linie darauf ausgerichtet, die Bildung sogenannter „billiger" Pfund-Sterling-Guthaben zu vermeiden, nicht so sehr aber, ihre Verwendung zu verhindern. Werden Dollar-Güter irgendwohin gegen Zahlung in „billigen" Pfund Sterling verkauft, so ergibt sich immer die Gefahr, daß solche billige Pfund Sterling durch irgendwelche unkontrollierbaren internationalen Kanäle dorthin gelangen, wo Großbritannien sie in Dollar oder in Dollarwaren ablösen muß.

Die Erleichterungen für Frankreich, Dänemark und Französisch-Nordafrika in der Verwendung bilateraler Pfund Sterling erklären sich dadurch, daß sich die Bank von England bisher immer bereit gezeigt hat, bilaterale Pfund Sterling im Verkehr mit dritten Ländern freizugeben. Hierin findet die allgemeine Tendenz der Bank von England ihren Ausdruck, transferierbares Pfund Sterling weniger transferierbar, dagegen bilaterale Pfund Sterling transferierbarer zu machen.

PARIS: flau

Die Pariser Effektenbörse begann die erste Woche des neuen Jahres in zögernder und wenig ausgeprägter Haltung. Interesselosigkeit des Anlage suchenden Publikums und des berufsmäßigen Börsenhandels fanden ihren Ausdruck darin, daß der Überhang der über das Jahresende nicht erledigten Aufträge nur in den wenigsten Fällen erneut bestätigt wurde. Indessen, Paris gewann von Tag zu Tag mehr an innerer Festigkeit und es konnte die Woche in recht freundlicher und zuversichtlicher Stimmung beschließen. Von erheblichem Einfluß auf die Haltung der Pariser Effektenbörse war dabei der parlamentarische Sieg, als solchen darf man ihn wohl bezeichnen, der Regierung Bidault in der Angelegenheit des Haushaltsplanes für das Jahr 1950. Es scheint, daß abgesehen durch eine Stabilisierung der innenpolitischen Lage auch die Börse zu ihrer optimistischen Disposition in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage zurückgefunden hat. Im Blickpunkt des Interesses standen in der vergangenen Woche die Werte der Schwerindustrie und der chemischen Industrie.

SCHWEIZ: deutsche Werte fest; einheimische schwächer

Die schweizerischen Finanz- und Börsenkreise beschäftigten sich am Jahresende eingehend mit den Kommentaren über

Neue Geschäftsverbindungen für den

Export nach Holland, den holländischen Kolonien, Indonesien und Curacao

vermittelt Ihnen die einzige holländische Fachzeitschrift für Großhandel, Export, Import

Groothandel

Weekblad voor Import, Export, Transito, Reciprociteit en Binnenlandse Handel

Organ der Handelskammer in Den Haag für die Sektion Großhandel, Export, Import

Auflage wöchentlich 40 000 Exemplare

Abonnenten sind alle Großhändler, Exporteure und Importeure in Holland, den holländischen Kolonien, Indonesien und Curacao, ferner alle holländischen Großkaufleute im Ausland sowie die großen Handelsfirmen in Belgien und Luxemburg.

Groothandel

nimmt Anzeigenaufträge deutscher Firmen ab 1. Januar 1950 gegen Zahlung in Deutscher Mark entgegen. Interessenten wenden sich an die

Generalvertretung für Deutschland:

Karlsruher Wirtschaftsverlag G. m. b. H.

(17a) Karlsruhe (Baden), Veilchenstraße 35

Französische Gesellschaft

spezialisiert im Verkauf von Leder, Zutaten zu Schuhen und Saffianlederwaren zu Reisezwecken, möchte gerne zwecks Schaffung von Agenturen und Vertretungen in Frankreich mit deutschen Gerbereien und Fabrikanten in Verbindung treten.

C. A. D. E. P. 43 rue Lafayette, Paris IX e

Lebensmittel-Importeur

Algerische Firma liefert direkt Trockenfrüchte, Trockengemüse, Schokolade, Apfelsinen, sowie viele andere Nahrungsmittel. Preise cif Hamburg.

Anschrift: STE BIGORRE, 5. rue de la Paix, ORAN (Algerien)

Kontakt in 26 Ländern der Welt

mit den Kreisen, die an einer Verbindung mit Deutschland persönlich und geschäftlich interessiert sind, und die im Geschäftsleben ihres Landes eine maßgebliche Stellung einnehmen, vermittelt Ihnen

DER STANDPUNKT

die unabhängige Wochenzeitung für abendländische Kultur, Politik und Wirtschaft (Verlagsort Meran, Südtirol-Italien)

DER STANDPUNKT ist die außerhalb Deutschlands meistgelesene Zeitung in deutscher Sprache, die auf fünf Kontinenten in 26 Ländern, in

Ägypten, Argentinien, Belgien, Brasilien, Canada, Dänemark, Ecuador, England, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Palästina, Portugal, Schweden, Schweiz, Siam, Spanien, Südafrika, Türkei, Uruguay, U. S. A.

von 31000 festen Beziehern gelesen wird.

DER STANDPUNKT bietet Ihnen die Möglichkeit, neue Geschäftsverbindungen mit dem Ausland für den Export Ihrer Erzeugnisse anzubahnen. Unsere Bozener Werbeabteilung übernimmt kostenlos die englische oder italienische Übersetzung Ihrer deutschen Anzeigentexte in sprachlich einwandfreier Form und verhilft so Ihrer Werbung zu dem gewünschten Erfolg.

DER STANDPUNKT nimmt Anzeigenaufträge deutscher Firmen ab 1. Januar 1950 gegen Zahlung in Deutscher Mark entgegen. Interessenten wenden sich an

„DER STANDPUNKT"

Generalrepräsentanz für Deutschland

(17a) KARLSRUHE (Baden), Veilchenstraße 35

Transp. Zeichenpapier, Zeichenkarton, Millimeterpap., Logarithmenpap., Diagrammrollen, Registrierpapier, Reißzeuge usw. sof. lieferbar. Anfragen u. B 1073 an die Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35

ACHTUNG!

Anzeigen-Annahme der Wirtschaftsrevue, KARLSRUHE, Veilchenstr. 35 - Telefon 9384

Fabrikräume in Karlsruhe sofort zu vermieten ca. 400 qm auf 3 Stockwerke verteilt mit Aufzug Keller bis Oberstock Garagen — Büro. Eilangebote u. Nr. 4/303 an Annoncen-KRAIS, Karlsruhe, Waldstraße 30

Erdbohrer, Brunnenbohrer und Filterbrunnenbohrer eig. Bauart. Alleinlieferant Fr. Wohlenberg, gegr. 1913, (13b) Aschau-Chiemgau Obb.

Beteiligung an Fabrikation

von neuartigen elektro-mechanischen Meßanlagen für die Großindustrie, welche von dieser dringend benötigt werden und vollständig konkurrenzlos sind, wird kapitalkräftiger Firma, die noch Möglichkeit in der Lage ist im eigenen Betriebe die Fabrikikation aufzunehmen, Beteiligung geboten.

Eilangebote unter Nr. A 1157 Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstr. 35

Neue Kraftfahrzeugmodelle

Gutbrod-Motoren G.m.b.H., Plochingen (Württemberg)

Gutbrod „Atlas 800"

Mit Beginn dieses Jahres ist die Produktion des neuen 0,8 Tonner Kleinlastwagens der Firma Gutbrod „Atlas 800" programmgemäß angelaufen. (Dieses schwäbische Automobilwerk war und ist heute unter seiner früheren Fabrikmarke „Standard" bekannt.)

Der neue Kleinlaster ist seit Jahr und Tag mit Fahrgestell und Motor erprobt worden. Gegenüber dem bisher gebauten Typ „Heck 604" unterscheidet sich der Atlas 800" äußerlich in erster Linie durch sein modernes Fahrerhaus, das ganz nach vorne gezogen ist, wie das hier beigefügte Bild zeigt. Der luftgekühlte 2 Takt-Motor und das gesamte Triebwerk befinden sich im Heck, wobei der Motor hinter der Achse liegt. Durch diese Lage des Antriebsblocks unter der Pritsche kann die gesamte Fläche des Fahrgestelles karosseriert werden. Die Ladefläche beträgt 2600 mal 1750 mm mit einer Nutzlast von 800 kg. Die einzel-schwingenden Vorderräder sind an quer liegenden Blattfedern aufgehängt, die hintere Pendelachse hat Schraubenfedern. Teleskop-Stoßdämpfer ergänzen die Federung.

Der neue 600 ccm Gutbrod-Zweizylinder Zweitaktmotor ist nach dem Prinzip der „Schnürle-Umkehrspülung" konstruiert und in zäher Arbeit weiterentwickelt worden; er eignet sich für den Stadtverkehr und für bergisches Gelände. Die effektive Leistung des Motors beträgt bei 3500 Umdr./min 16,5 PS. Der Kraftstoffverbrauch ist verhältnismäßig gering; es wird ein Normverbrauch von 7,7 Ltr. angegeben (auf einer Fahrt von Holland über Passau-Nürnberg-Köln wurden bei einem Mischverhältnis 1:20 auf 2000 km genau $6^{1}/_{2}$ Ltr. auf 100 km verbraucht). Die Höchstgeschwindigkeit beträgt ca. 70 km. Das Schaltgetriebe mit 3 Vorwärts- und dem Rückwärtsgang wird von der Getriebefirma Hurth, München, gebaut und sitzt vor der Hinterachse; es wird über eine Einscheibenkupplung durch Gestängeübertragung geschaltet. Eine Fulmina-Spindel-Einzelradlenkung und reichlich bemessene Innenbackenbremsen System Perrot geben dem Fahrzeug eine hohe Verkehrssicherheit.

Gutbrod „Superior 600"

Etwa im Mai ds. Js. wird der zweisitzige Personenwagen der Firma Gutbrod in die Serienproduktion kommen. Das Bild hier zeigt diesen Wagen, der den Namen Superior 600 trägt. Er läuft bereits seit vielen Wochen auf den Straßen Deutschlands zur Probe. Dieser zweisitzige Kleinwagen hat einen 600 ccm wassergekühlten Zweizylinder-Zweitaktmotor mit einer Leistung von 20 PS. Man rechnet mit einer Dauergeschwindigkeit von 70—75 km/Std. und einer Spitzengeschwindigkeit von 90 km/Std. Das Getriebe hat 3 Vorwärtsgänge und einen Rückwärtsgang. Das Fahrzeug besteht aus einem Zentralrohrrahmen mit Pendelachse für die Hinterräder und an Dreiecklenkern parallel geführten Vorderrädern. Die Federung geschieht durch Schraubenfedern mit eingebauten Gummidruckelementen und hydraulischen Teleskop-Stoßdämpfern. Die größte Länge beträgt 3,55 m und der Radstand 2 m. Der Wendekreis beträgt nur 9 m; die Kurvensicherheit ist also nicht durch einen zu hohen Wendekreis erkauft. Der Superior 600 ist ein Frontantriebwagen. Man entschloß sich dazu, nicht nur mit Rücksicht auf schlüpfrige und vereiste Straßen, sondern auch weil sich bei begrenztem Radstand wesentlich bessere Unterbringungsmöglichkeiten für das Gepäck ergeben.

Als Aufbau wurde eine sehr geräumige 2 Sitzer Limousine gewählt, deren Dach (jedenfalls das Mittelteil davon) leicht zurückgeklappt werden kann. Der Kraftstoff-Normverbrauch wird bei etwa 6 Liter für 100 km liegen.

Opel-Olympia 1950

Am Mittwochnachmittag stellte die Adam Opel A.G., Rüsselsheim, der in- und ausländischen Presse den neuen Opel-Olympia 1950 vor.

Das äußere Bild des Wagens hat sich erheblich verändert. Mit der niedrigen, breiten Kühlerverkleidung und den die Form streckenden Kotflügeln folgt sie der Linienführung, die die Amerikaner in den modernen Automobilbau gebracht haben, und gibt dem Wagen ein wuchtiges, geschlossenes Aussehen. Die Kotflügel, die nach dem Heck windschnittig verlaufend geformt sind, sind gleichzeitig so weit durchgezogen, daß der Straßenschmutz kaum noch an die lackierten Teile des Wagens herankommt. Die kräftigen, mit Hörnern versehenen Stoßstangen umfassen neuerdings auch die Kotflügelenden und schützen den Wagen gegen die im Gedränge des Stadtverkehrs möglichen Beschädigungen. Viel größer sind auch die in die Kotflügel eingelassenen kombinierten Stopp- und Schlußlichter geworden. Die Motorhaube kann nur vom Wageninnern aus verriegelt werden, so daß unbefugtes Öffnen unmöglich ist. Der Kofferraum ist weiterhin nur von innen zugänglich, ein System, das dem Sicherheitsbedürfnis voll Rechnung trägt, aber doch manche Unbequemlichkeit mit sich bringt; wie wir hören, bestehen in dieser Hinsicht Pläne, bei der geplanten weiteren Verbesserung des Olympia, den Kofferraum von außen zugänglich zu machen, ohne die Sicherheit zu gefährden.

Neu ist auch, daß der Opel Olympia als Cabriolet-Limousine geliefert werden kann, von der hier ein Bild wiedergegeben ist; sie kostet 6950 DM, die zweitürige Limousine kostet 6785 DM. (Das ist der gleiche Preis wie 1949, aber eben für den verbesserten Wagen.)

Neu ist ferner der Opel-Lieferwagen 1950 mit dem Olympia-Motor (1,5 Ltr. 4 Cylinder, 37 PS) zum Preise von 6500 DM (das übrige Produktionsprogramm des Rüsselsheimer Werkes ist mit dem $2^{1}/_{2}$ Ltr. Opel-Capitän und dem Opel-Blitz-Schnellastwagen mit $1^{1}/_{2}$ t Ladegewicht unverändert geblieben).

In technischer Hinsicht ist der Opel-Olympia 1950 auch verbessert worden, wenn auch hier die Änderungen nicht so groß sind wie im äußeren Bild. Am wichtigsten und auffallendsten ist die Änderung der Schaltung. Der Gangschalthebel ist nicht mehr in der Mitte des Wagens neben dem rechten Fuß des Fahrers angeordnet, sondern, wie jetzt schon bei vielen amerikanischen Luxuswagen, an der Lenksäule, griffbereit unterhalb des Lenkrades. Das beigefügte Bild zeigt diese neue Fernschaltung. Überhaupt ist alles griff- und sichtbereiter gelegt. Der dünnere Schalthebel, den der Leser auf dem Bild sieht, dient der Bedienung der Winker, und das Armaturenbrett ist ebenfalls direkt in die Sicht des Fahrers gelegt. Damit ist die Bedienung leichter geworden und die Sicherheit des Fahrers größer. Auch die Fußbremse hat man von der rechten Seite auf die linke gelegt, so daß niemand im Wagen durch sie behindert wird.

Im Zuge der Verlegung des Schalthebels an das Lenkrad ist das Dreiganggetriebe völlig neu konstruiert worden. Es hat jetzt einen vollsynchronisierten zweiten und dritten Gang, dessen Übersetzungsverhältnisse die bestmöglichste Ausnutzung der Motorkraft gestatten. Im ersten Gang kann der Wagen Steigungen bis zu $33^{1}/_{3}$ sicher bewältigen, der zweite Gang ermöglicht das Heruntergehen bis auf Schrittgeschwindigkeit. Die Spitzengeschwindigkeit wird vom Werk mit 112 km und die Dauergeschwindigkeit mit ca. 105 km in der Stunde angegeben.

Damit sind wir beim Motor. Der kopfgesteuerte 4 Zylinder-Motor ist im wesentlichen beibehalten worden. Durch Einbau einer neukonstruierten Nockenwelle und eines etwas veränderten Zylinderkopfes konnte der Normal-Benzinverbrauch von 9,9 auf 8,5 Liter herabgesetzt werden. Auch in dieser Hinsicht bestehen Pläne, nämlich den Kraftstoffverbrauch noch weiter herabzusetzen. Durch Änderung der Motoraufhängung verbesserte sich die Laufruhe, und die neue Nockenwelle erhöhte die Geräuschlosigkeit und Autobahnfestigkeit.

Eine Probefahrt zeigte gute Fahreigenschaften, vor allem ein großes Beschleunigungsvermögen. Auch das Dröhnen ist fast verschwunden. H.

Der neue Opel Olympia 1950 als Cabriolet-Limousine. Mit 1,5 Liter 4-Zylinder-Motor, kopfgesteuert, 37 PS. Werkfoto

Die Fernschaltung des neuen Opel Olympia 1950 mit dem griffsicheren Schalthebel unter dem Steuerrad. Foto-Lossi

das vergangene befriedigende Börsenjahr und mit dem Ausblick auf das neue Jahr, das man für die nächste Zeit mit Zuversicht beurteilt. In der ersten Woche des neuen Jahres entwickelte sich an den Schweizer Börsen eine außergewöhnlich lebhafte Geschäftstätigkeit, wobei sich die Haupt-Umsätze auf den Züricher Platz konzentrierten. Das Marktgeschehen erhielt seine Prägung durch das anhaltende Kaufinteresse für deutsche und deutschorientierte Aktien und Obligationen und durch das Wiederaufleben der Kauftätigkeit für amerikanische Aktienzertifikate, insonderheit von Eisenbahnwerten. Gegen Wochenende traten auch argentinische Emissionen sowie die nach Argentinien interessierten schweizerischen Trust-Werte vermehrt in den Vordergrund. Auffallenderweise wurden einheimische Industriewerte vernachlässigt. Bei der herrschenden Interesselosigkeit genügte schon kleines Angebot, um Kursabschwächungen herbeizuführen. Aluminium verloren 50 und Ciba 90 sfr. Als Hauptstimmungsmomente für deutsche Werte gelten die Wirtschaftserholung für Westdeutschland und die Aussicht auf eine Regelung des Zinsentransfers Westdeutschland-Schweiz, für die amerikanischen Werte die feste Haltung von Wallstreet infolge der erwarteten Besserung des Güterverkehrs in den USA und der optimistischen Wirtschaftsberichte aus den Vereinigten Staaten. Man glaubt, daß über den zur Zeit suspendierten Finanztransfer Argentinien/Schweiz in Kürze verhandelt werden wird.

Notenkurse in Zürich am 7. 1. 1950

1 $ USA	4.28½	4.30
1 £ England	10.20	10.40
100 ffr Frankreich	1.08	1.21
100 bfrs Belgien	8.58	8.68
100 hfl Holland	99.—	101.—
100 skr Schweden	68.—	80.—
100 nkr Norwegen	36.—	41.—
100 dkr Dänemark	45.—	50.—
100 Lire Italien	—.66	—.67
100 Escudos Portugal	14.05	15.—
100 čkr Tschechoslowakei	—.—	1.13
100 arg. Pesos Argentinien	24.—	28.—
100 türk. £ Türkei	—.[illegible]	—.[illegible]
100 österr. Schill. Österreich	13.50	13.50
1 israel. £ Israel	7.—	7.50
100 DM Deutschland	75.—	78.50

LONDON: deutsche Werte sehr fest

Die Entwicklung an der Londoner Effektenbörse wurde in der Berichtswoche überwiegend durch zwei Faktoren gestaltet. Erstens durch die Erwartung der Erklärung des britischen Schatzkanzlers über die Entwicklung der Gold- und Dollar-Reserven des Sterling-Blocks; die Erklärung selbst verhalf an der Börsengeschäft in irgendeiner Weise belebend zu beeindrucken. Der zweite Faktor war das starke Kaufinteresse, das teilweise spekulativ begründet, teilweise aber auch einem wirklichen Anlagebedürfnis entsprungen, für ausländische Emissionen, in erster Linie für deutsche Werte bestand. Bis zur Wochenmitte verzeichneten diese Werte erhebliche Preissteigerungen, von denen insbesondere 7%ige Dawes mit $28^{1}/_{2}$ am 4. Januar, $5^{1}/_{2}$%ige Young mit $21^{1}/_{2}$, 7%ige Deutsche Kali mit 69 und $61^{1}/_{2}$%ige Kali mit 60 genannt zu werden verdienen. Hinweise der Londoner Finanzpresse, die zur Vorsicht gegenüber diesen Werten mahnten, bewirkten Kursabstriche, die indessen die feste Haltung des Marktes für deutsche Emissionen nur unwesentlich beeinflussen konnten. Störender als diese Pressehinweise wurde die Verschiebung der britisch-deutschen Finanz- und Handelsbesprechungen empfunden. Die übrigen Gruppen des Londoner Platzes verzeichneten nur geringe Kursveränderungen, wobei im allgemeinen der Stand von Ende der Vorwoche gehalten werden konnte. Goldgerändete waren angeboten und mußten Kursverluste hinnehmen. Entscheidend für diese Entwicklung und kennzeichnend für die Lage des Londoner Geldmarktes war der Mißerfolg bei der Zeichnung auf die neue $3^{1}/_{2}$%ige Anleihe von Jamaica im Nominalwerte von 3,25 Mill. Pfund Sterling, von dem das Emissionskonsortium 90% für eigene Rechnung übernehmen mußte. Es ist das nach dem Mißerfolg der südafrikanischen Anleihe vor einigen Wochen schon der zweite Fall der gleichen Art.

	30. 12. 49	6. 1. 50
Reuters Index für Industriewerte	130,5	131,4
Reuters Index für Kaffirwerte	130,3	130,7
Reuters Index für Goldgeränderte	94,9 (5. 1.)	90,8

NEW YORK: Gewinnmitnahmen

Die New Yorker Wallstreet begann das neue Jahr in wenig ausgeprägter Haltung. Es überwogen Kursabstriche infolge von Gewinnmitnahmen und von aus Kreisen der Spekulation an den Markt kommenden Materials. Diese wenig zuversichtliche Stimmung des ersten Börsentages hielt sich jedoch nur kurze Zeit. Schon am nächsten setzte eine Aufwärtsbewegung ein, die zur Wochenmitte zu Kursgewinnen auf der ganzen Linie führte. Die Börse verzeichnete am 4. und 5. Januar Umsätze, wie sie seit langem nicht da waren. Zum Teil konnten alle am 4. Jan. vorliegenden Aufträge nicht am gleichen Tage erledigt werden, so daß der Überhang auch das Geschäft am 5. Januar belebend beeinflußte. Zum Wochenschluß überwog die übliche Wochenendstimmung, die zu einigen Korrekturen nach unten führte. Die Botschaft des nordamerikanischen Staatspräsident wurde im allgemeinen günstig aufgenommen, und es war zum Teil ihr zu verdanken, daß die Rückgänge am letzten Wochentage in verhältnismäßig engen Grenzen blieben.

	30. 12. 49	6. 1. 50
Durchschnittskurse für:		
30 Industriewerte	200,[illegible]	200,[illegible]
20 Eisenbahnwerte	53,[illegible]	54,[illegible]
40 Inlandsanleihen	103,30	103,[illegible]
15 Versorgungsbetriebe	41,[illegible]	41,[illegible]
Moody Index	347,8	348,8 (5. 1.)